

Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden

Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Adam, F., Föbker, S., Imani, D., Pfaffenbach, C., Weiss, G., & Wiegandt, C.-C. (2019). *Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden*. (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung, 12). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67181-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



FGW-Studie

Integrierende Stadtentwicklung 12

Heike Herrmann, Jan Üblacker (Hrsg.)



Francesca Adam, Stefanie Föbker, Daniela Imani, Carmella Pfaffenbach,
Günther Weiss, Claus-C. Wiegandt

Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden



Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.)
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand

Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

Themenbereich

Integrierende Stadtentwicklung
Prof. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied
Dr. Jan Üblacker, wissenschaftlicher Referent

Layout

Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN

2512-4749

Erscheinungsdatum

Düsseldorf, Januar 2019

Francesca Adam, Stefanie Föbker, Daniela Imani, Carmella Pfaffenbach,
Günther Weiss, Claus-C. Wiegandt

Integration Geflüchteter in nordrhein- westfälischen Städten und Gemeinden¹

Auf einen Blick

- Der Erwerb der Landessprache ist die zentrale Voraussetzung gesellschaftlicher Integration. Es bestehen nach wie vor Zugangsbarrieren zu Integrationskursen für spezifische Gruppen, die den Spracherwerb verzögern.
- Die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt scheint insbesondere dann zu gelingen, wenn die hierzu notwendigen Informationen in Form von institutionalisierten Coachings oder persönlicher Betreuung erfolgen. Mehr Flexibilität bei Ausbildung und Berufseinstieg, die ein paralleles vertieftes Sprachenlernen ermöglichen, sind in stärkerem Maße als bislang erforderlich.
- Das große ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingsarbeit hat die Grundlage geschaffen, dass viele Geflüchtete schon nach kurzer Zeit Kontakte zur Ankunftsgesellschaft entwickeln konnten. Dies ist eine wertvolle Ressource der gesellschaftlichen Integration.
- Der Übergang in den regulären Wohnungsmarkt ist mittlerweile sowohl in den Städten als auch in den Landkreisen Nordrhein-Westfalens problematisch. Die Lösungen müssen auf verschiedenen Ebenen gefunden werden (z.B. Wohnungsneubau, Diskriminierungsabbau, Modifizierung der Wohnsitzauflage).

¹ Die Ergebnisse dieses Berichts basieren auf dem Forschungsprojekt „Integrationsprozesse asylberechtigter Flüchtlinge in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden“, welches von Oktober 2016 - August 2018 vom FGW gefördert wurde. Wir danken dem FGW für diese Förderung und unserem Ansprechpartner Herrn Dr. Jan Üblacker für die gute und anregende Zusammenarbeit während des Projektes.

Wir danken Herrn Prof.i.R. Dr. Josef Nipper, der uns bei der Konzeptionierung und Durchführung des Projektes sowie bei der Auswertung der Ergebnisse beratend zur Seite stand und stets eine große Unterstützung war. Wir danken auch Muna Shalan und unseren studentischen Hilfskräften Maya Baghdadi, Milena David, Miriam Gruber, Asma Laabidi, Mariam Manz, Beshr Mesiati und Julia Wiethüchter für ihre Unterstützung bei den Interviews und den Veranstaltungen. Ganz besonders möchten wir uns bei unseren zahlreichen Interviewpartnern aus der Stadt Köln und dem Kreis Heinsberg bedanken, die uns ihre Zeit und ihr Vertrauen geschenkt haben und uns dadurch einen wertvollen Einblick in das Leben Geflüchteter in der Stadt Köln und dem Kreis Heinsberg gewährt haben. Ebenso danken wir Herrn Anton Rütten und Herrn Prof. Dr. El-Mafaalani vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, die uns bei Veranstaltungen unterstützt und unsere Ergebnisse konstruktiv mit uns diskutiert haben.

Abstracts

Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden

Die jüngste Flüchtlingszuwanderung nach Europa und Deutschland gilt als zentrale Herausforderung für das zukünftige gesellschaftliche Zusammenleben. Dabei wird es vor allem um die Frage gehen, wie Geflüchtete langfristig integriert werden können.

Konsens ist, dass der Verlauf der Integration in zentralen Dimensionen wie Spracherwerb, Wohnen, Arbeit und soziale Netzwerke durch die Geflüchteten selbst und durch die aufnehmende Gesellschaft gestaltet wird.

Daher haben wir in unserem Projekt beide Seiten betrachtet und methodisch einen qualitativen Zugang aus Interviews mit Geflüchteten und zentralen Akteur_innen der aufnehmenden Gesellschaft gewählt. Der Verlauf der Integration wird durch die jeweiligen lokalen Kontexte beeinflusst. Daher führten wir unsere Untersuchung in Regionen mit unterschiedlichen räumlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, der Stadt Köln und dem Landkreis Heinsberg, durch.

Mit dem Projekt sollen Erkenntnisse über die Integration von Geflüchteten gewonnen werden, die das Zusammenleben von Geflüchteten und aufnehmender Gesellschaft unterstützen können.

Integration processes of refugees in North Rhine-Westphalian cities and communities

The recent migration of refugees to Europe and Germany is supposed to be a central challenge for future social cohesion. A crucial question is how refugees can be integrated in the long term.

It is agreed that the process of integration in central dimensions such as language acquisition, housing, work and social networks is shaped by both the refugees themselves and by the receiving society. Therefore we have considered both sides in our project and have chosen a qualitative approach that combines interviews with refugees and interviews with key actors of the host society. The integration process is influenced by the respective local contexts. Therefore, we conducted our research in regions with different spatial and social conditions, the city of Cologne and the district of Heinsberg.

The project aims to gain insights into the integration of refugees that can support social relations between refugees and host society.

Inhalt

Abstracts	ii
Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden.....	ii
Integration processes of refugees in North Rhine-Westphalian cities and communities	ii
Abbildungsverzeichnis	v
Tabellenverzeichnis	v
1 Einleitung	1
2 Konzeptioneller Hintergrund	2
3 Forschungsdesign und methodisches Vorgehen	5
3.1 Zwei Untersuchungsräume: Differenzierungen im lokalen Kontext	5
3.2 Zwei Perspektiven: Geflüchtete und Vertreter_innen der Aufnahmegesellschaft	6
4 Ergebnisse	13
4.1 Wohnen	13
4.1.1 Forschungsstand: Geflüchtete / Wohnungsmarkt / Integration.....	14
4.1.2 Kommunale Strategien der Unterbringung Geflüchteter und der Integration in den Wohnungsmarkt.....	18
4.2 Sprache und Arbeitsmarkt	31
4.2.1 Spracherwerb	31
4.2.2 Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt	34
4.3 Soziale Beziehungen	40
4.3.1 Forschungsstand: Soziale Netzwerke und Integration	41
4.3.2 Vielfalt in den sozialen Kontakten und Netzwerken Geflüchteter.....	44
4.4 Die Bedeutung des lokalen Kontextes für kommunale Integrationspolitiken	51
4.4.1 Konzeptioneller Rahmen: Neue Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik	51
4.4.2 Kommunale Integrationspolitik in Köln und ausgewählten Kommunen des Kreises Heinsberg	53
5 Fazit	58

5.1	Zusammenfassung.....	58
5.1.1	Bereich Kommunale Integrationspolitik.....	59
5.1.2	Bereich Wohnen.....	60
5.1.3	Bereich Spracherwerb.....	62
5.1.4	Bereich Arbeitsmarktzugang.....	64
5.1.5	Bereich soziale Beziehungen.....	65
5.2	Weiterer Forschungsbedarf.....	66
	Literatur.....	67
	Anhang.....	lxxv
	Anhang 1: Leitfaden für Interviews mit Geflüchteten.....	lxxv
	Anhang 2: Leitfaden für die Interviews mit lokalen Akteur_innen.....	lxxvi
	Über die Autor_innen.....	lxxviii

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Integrationsverständnis im Projekt	4
Abbildung 2: Die Untersuchungsräume	5
Abbildung 3: Expertenworkshop in Aachen	9
Abbildung 4: Workshop mit Geflüchteten, Allerweltshaus Köln	10
Abbildung 5: Workshop im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Düsseldorf.....	11
Abbildung 6: Abschlussveranstaltung im Haus der Bildung, Bonn	12
Abbildung 7: Wege nach dem Integrationskurs.....	38

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Liste der interviewten lokalen Akteur_innen	7
Tabelle 2: Übersicht der Interviews mit Geflüchteten.....	8
Tabelle 3:Maßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarkteinstiegs von Geflüchteten	35

1 Einleitung

Seit nunmehr fast drei Jahren vergeht kaum ein Tag, ohne dass in Polit-Talkshows, auf Plattformen sozialer Medien oder in politischen Gremien über die Zuwanderung und Integration von Geflüchteten debattiert wird. Das Thema hat jüngst zu einem Erstarren populistischer Parteien und Protestbewegungen beigetragen, die das politische Klima und die Parteienlandschaft in Deutschland beeinflusst haben und vor zehn Jahren noch nicht absehbar waren.

Bereits seit Mitte der 2010er Jahre ist Deutschland verstärkt das Ziel einer Zuwanderung von Geflüchteten, die in der Folge politischer Auseinandersetzungen, kriegerischer Konflikte sowie wirtschaftlicher Probleme ihre Heimat verlassen haben. Der Umgang mit den Folgen dieser Zuwanderung gilt als eine zentrale Herausforderung für unser gesellschaftliches Zusammenleben in den kommenden Jahren.

Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde im Berichtsjahr 2015 über eine halbe Million, im Berichtsjahr 2016 über 720 Tausend Anträge auf Asyl entgegengenommen (BAMF 2018b). Im Bundesland Nordrhein-Westfalen wurden 2016 rund 27 % der Asylersanträge gestellt. Angesichts einer Gesamtschutzquote von 62,4 % für 2016 wird deutlich, dass ein wesentlicher Teil der Antragsteller für mehrere Jahre in Deutschland bleiben wird (BAMF 2016). Die Städte und Gemeinden stehen mit ihrer kommunalen Ausländer- und Migrationspolitik daher vor neuen Herausforderungen der gesellschaftlichen Integration.

Standen anfangs noch die drängendsten Aufgaben wie Unterbringung, Registrierung und Versorgung im Vordergrund, rückten in jüngerer Zeit zunehmend Fragen einer langfristigen Integration in den Mittelpunkt (Böhme 2015; OECD 2016). Neben dem Erlernen der Sprache und der Vermittlung von Wohnraum geht es auch um den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie Kontakte zur Aufnahmegesellschaft. Darüber hinaus haben Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts enorm an Bedeutung gewonnen. Die anfängliche „Willkommens-Euphorie“ schlägt zunehmend in Skepsis und Ablehnung der Geflüchteten um.

Die derzeitige und künftige Flüchtlingssituation muss aufgrund der zwischenzeitlich sehr hohen Wanderungszahlen, der infrastrukturellen und finanziellen Engpässe in den aufnehmenden Kommunen, aber auch der zunehmenden politischen Uneinigkeit in Deutschland und der Europäischen Union von neuen Rahmenbedingungen ausgehen. Die aktuelle Situation lässt sich daher nur bedingt mit der Situation Anfang der 1990er Jahre vergleichen. Es gibt auf der einen Seite Unterschiede in der Anzahl und Herkunft der Flüchtlinge, auf der anderen Seite veränderte wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen (Flüchtlinge als potenzielle Arbeitskräfte zur Bewältigung des Fachkräftemangels) sowie einen veränderten gesellschaftlichen Umgang mit Fluchtmigration (Nebeneinander von umfassendem ehrenamtlichen Engagement und massiver Ablehnung).

Zu Beginn dieser jüngeren Zuwanderungsbewegung mangelte es an fundierten Kenntnissen zu den Erwartungen und Erfahrungen der Ankommenden bei der Suche nach einer Wohnung, einem Arbeitsplatz sowie der Knüpfung neuer Kontakte. Basierend auf qualitativen Interviews mit insgesamt 42 Geflüchteten wurde in unserem Forschungsprojekt diesen Fragen nachge-

gangen. Ausgehend von der Annahme, dass Integrationsprozesse sowohl durch die Migrant_innen selbst als auch die aufnehmende Gesellschaft gestaltet werden, wurde in dem Forschungsprojekt auch die Perspektive der aufnehmenden Gesellschaft in den Blick genommen. Hierzu haben wir 27 Experteninterviews mit zentralen Akteur_innen der Stadtverwaltungen und Vertreter_innen der Stadtgesellschaft geführt. Von Interesse war weiterhin, welche Rolle der jeweilige lokale Kontext für die Integrationsprozesse spielt. Die Möglichkeiten, Herausforderungen und Hemmnisse dieser Integrationsprozesse wurden daher in zwei unterschiedlichen lokalen Kontexten in Nordrhein-Westfalen vergleichend untersucht, der Großstadt Köln und dem Landkreis Heinsberg.

2 Konzeptioneller Hintergrund

Das Projekt basierte konzeptionell stark auf den Arbeiten des Soziologen Hartmut Esser zur Sozialintegration von Migrant_innen. Seine 1980 veröffentlichte Assimilationstheorie prägte in den folgenden Jahren nicht nur die wissenschaftliche, sondern auch die politische Debatte zu den Folgen von Migration und der Integration von Zugewanderten.

In seinem handlungstheoretischen Modell wird der Verlauf des Eingliederungsprozesses als komplexes Wechselspiel zwischen Charakteristika der jeweiligen *Person* (Eigenschaften, Kompetenzen, Ressourcen) und der *Umgebung* (insb. die verschiedenen Märkte und ihre Durchlässigkeit) vor dem Hintergrund der jeweiligen *Aufenthaltsdauer* konzipiert (Esser 1980, S. 233). Im Hinblick auf den Verlauf von Integrationsprozessen stehen in diesem Modell also nicht nur die Zugewanderten im Fokus, sondern auch die jeweilige den Integrationsverlauf maßgeblich konstituierende Umgebung.

Zur Analyse der Sozialintegration von Migrant_innen in die Ankunftsgesellschaft unterscheidet Esser vier aufeinander aufbauende Dimensionen, die jeweils zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Integrationsprozesses von Bedeutung sind und deren Fortschreiten unterschiedlich viel Zeit erfordert (Esser 2001, S. 8-15):

- Zu Beginn der Sozialintegration steht die *Kulturation*, also die Aneignung von Wissen, Kompetenzen und kulturellen Vorstellungen (Esser 2003, S. 7). Dazu zählen beispielsweise Kenntnisse darüber, wie man sich in bestimmten Situationen verhält sowie ausreichende Sprachkenntnisse, um kompetent agieren zu können. Esser versteht Kulturation als notwendige Voraussetzung für jede weiterführende Integration. Allerdings ist die Aneignung dieser kulturellen Fähigkeiten nicht nur von der Motivation und den Fähigkeiten der individuellen Akteur_innen, sondern auch von den Gelegenheitsstrukturen in der Ankunftsgesellschaft (z. B. Angebot an Sprachkursen, Kontaktmöglichkeiten zur deutschsprachigen Bevölkerung) abhängig (Esser 2001, S. 8-9).
- Die Dimension der *Platzierung* bezieht sich auf die Besetzung von gesellschaftlichen Positionen durch individuelle Akteur_innen in zentralen Bereichen des sozialen Systems. Dazu zählen die Verleihung bestimmter Rechte (Staatsbürgerschaft, Wahlrecht)

oder die Übernahme von Positionen im Arbeits- und Wohnungsmarkt (Esser 2003, S. 7). Die Platzierung unterscheidet sich von den anderen Dimensionen dahingehend, dass es hier um den Zugang zu Ressourcen geht, die mit unterschiedlichen vertikalen Positionierungen und damit Schichtungen verknüpft sind, während Differenzen in der Kulturation, Interaktion oder auch Identifikation primär in horizontalen Unterschieden münden (Esser 2009, S. 358).

- Die *Interaktion* umfasst im wesentlichen Kommunikation und den Aufbau sozialer Beziehungen. Der Verlauf der Interaktion ist vornehmlich durch die jeweiligen Gelegenheitsstrukturen geprägt. Der Aufbau sozialer Beziehungen ist zentral für die Einbeziehung der Akteur_innen in die alltäglichen, nicht-formellen Bereiche der Gesellschaft und somit für wesentliche gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten. Inwieweit interethnische Kontakte zustande kommen hängt zudem davon ab, über welche Ressourcen und Kompetenzen die Migrant_innen verfügen und inwieweit es sich aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft ‚lohnt‘, Kontakte aufzubauen (Esser 2001, S. 11-12).
- Die *Identifikation* beschreibt schließlich die Übernahme von (grundlegenden) Werthaltungen sowie die Etablierung eines Zugehörigkeitsgefühls gegenüber den anderen Gesellschaftsmitgliedern (Esser 2001, S. 12-15).

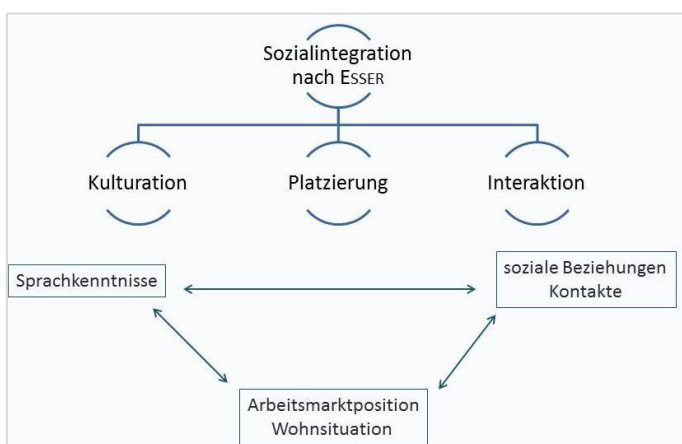
Zwischen diesen vier Dimensionen besteht eine Reihe von Zusammenhängen. Esser verweist darauf, dass eine erfolgreiche Kulturation differenzierte Lernmöglichkeiten braucht. Hierfür ist sowohl die Platzierung auf „anregungsreichen und interessanten Positionen“ (Esser 2001, S. 17) als auch die „Einbettung in als erfreulich erlebte und auch sonst interessante soziale Bezüge“ (ebda.) förderlich. Hierüber können wiederum Eigenschaften und Ressourcen erworben werden, die auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft das Interesse an sozialen Kontakten mit Zugewanderten erhöhen können: „Der Schlüssel zu jeder nachhaltigen Sozialintegration, auch in Hinsicht auf Interaktion und Identifikation, ist die Platzierung der Akteure auf möglichst zentrale und daher für im Prinzip alle Akteure interessanten Positionen *und* die damit in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis verbundene Kulturation.“ (Esser 2001, S. 17).

Im Hinblick auf die Sozialintegration unterscheidet Esser (2001, S. 19) vier Typen die sich dahingehend unterscheiden, inwieweit eine Orientierung an der Ankunftsgesellschaft oder der Herkunftsgesellschaft bzw. ethnischen Gemeinde stattfindet: *Mehrfachintegration* in Ankunfts- und Herkunftsgesellschaft gleichzeitig, *Marginalität* als Fehlen jeglicher Sozialintegration, *Assimilation* als exklusive Sozialintegration in das Aufnahmeland und *Segmentation* als Integration in die Herkunftsgesellschaft oder eine bestimmte (ethnische) Gruppe im Aufnahmeland. Nach dieser Systematik gibt es – theoretisch – durchaus Alternativen zu einer ausschließlichen Integration in die Ankunftsgesellschaft, bspw. in Form der *Mehrfachintegration*. Allerdings ist diese nach Einschätzung Essers aufgrund der hohen Voraussetzungen, insbesondere einem hohen Ausmaß an Lern- und Interaktionsgelegenheiten, ein empirisch äußerst seltener Fall. Eine gelungene Sozialintegration in die Ankunftsgesellschaft ist demnach nur möglich, wenn Einbindungen in eine lokale ethnische Community / die Herkunftsgesellschaft, aufgegeben werden (Esser 2001, S. 21; Koch 2018).

Verschiedene Annahmen und Aspekte des Esser'schen Modells wurden von Migrationsforscher kritisch diskutiert (vgl. Hetfleisch 2013; Pott 2002). So wird u.a. kritisiert, dass Schwierigkeiten bei der Integration in erster Linie auf mangelnde Anpassung seitens der Zugewanderten zurückgeführt werden und strukturelle Ungleichheiten und Exklusionsmechanismen zu wenig Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wird kritisiert, dass Mehrfachintegrationen angesichts zunehmender transnationaler Bezüge keineswegs als seltene Ausnahme sondern eher als Normalfall angesehen werden sollten (vgl. auch Pries 2003; Ager/Strang 2008). Trotz dieser Kritikpunkte findet Essers intragenerationales Prozessmodell der Eingliederung seit den 1980er Jahren vielfache Anwendung als konzeptionelle Grundlage in empirischen Untersuchungen, was insbesondere auf die vergleichsweise gute Operationalisierbarkeit der Eingliederungsprozesse über die vier Dimensionen zurückzuführen ist. Das Esser'sche Modell hat auch die deutsche Integrationspolitik auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene wesentlich geprägt, was sich beispielsweise in den Schwerpunkten des nationalen Integrationsplans, dem Integrationsmonitoring der Länder und zahlreichen kommunalen Integrationskonzepten zeigt (vgl. Koch 2018).

Vor diesem Hintergrund (gute Operationalisierbarkeit und Prägung der Kommunalpolitik) haben auch wir uns entschieden, die Integrationsprozesse Geflüchteter in ausgewählten nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden in Anlehnung an das Modell von Esser zu untersuchen. Wir fokussierten uns zunächst auf die Dimensionen Kulturation (v.a. Sprachkenntnisse, Normenkenntnis), Platzierung (Arbeitsmarktsituation, Wohnsituation) und Interaktion (soziale Kontakte und Beziehungen), die wir als Kernelemente eines selbstständigen Lebens im Ankunftskontext verstehen (siehe Abbildung 1). Hierbei war unser Ziel jedoch nicht, den Grad der Integration zu messen und zu beurteilen; vielmehr wollten wir untersuchen, welche Rolle einzelne Elemente für die Integration von Geflüchteten spielen und wie einzelne Elemente miteinander im Wechselspiel stehen. Weitere Theoriebausteine jenseits dieses Integrationsmodells werden in den jeweiligen Ergebniskapiteln beschrieben.

Abbildung 1: Integrationsverständnis im Projekt



Quelle: Eigener Entwurf nach Esser 1980; 2001

3 Forschungsdesign und methodisches Vorgehen

3.1 Zwei Untersuchungsräume: Differenzierungen im lokalen Kontext

Integrationsprozesse werden wesentlich durch den jeweiligen lokalen Kontext beeinflusst (Aumüller/Bretl 2008; Glick Schiller/Çağlar 2011). Als zentrale Einflussgrößen gelten die Größe der Kommune, die Bevölkerungsstruktur (Präsenz von ethnischen Communities), die Struktur des Arbeitsmarktes, Handlungslogiken kommunaler Integrationspolitiken sowie Strukturen der Flüchtlingsaufnahme (Aumüller et al. 2015, S. 118). Daher wurden die Integrationsprozesse der Fluchtmigranten in zwei unterschiedlichen lokalen und situativen Kontexten in Nordrhein-Westfalen untersucht: dem Kontext einer Großstadt auf der einen Seite und dem Kontext eines Landkreises mit Klein- und Mittelstädten auf der anderen Seite. Jeder Kontext wird durch eine Fallstudie repräsentiert: der großstädtische Kontext durch die Stadt Köln und der klein- und mittelstädtische Kontext durch den Kreis Heinsberg (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Die Untersuchungsräume



Quelle: eigener Entwurf

Köln ist mit 1,08 Millionen Einwohner_innen (Stand 31.12.2016) Nordrhein-Westfalens größte und Deutschlands viertgrößte Stadt. Die Stadt verfügt über eine Nettozuwanderung, die hauptsächlich durch eine Zuwanderung aus dem Ausland und eine Zuwanderung durch 18- bis 20-Jährige getragen wird. 19,3 % der Einwohner_innen Kölns haben eine ausländische Staatsbürgerschaft, weitere 18,5 % der Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft haben einen Migrationshintergrund (Stadt Köln 2017a). Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit bilden

die Mehrheit der ausländischen städtischen Bevölkerung (22,5 %). Personen aus den Hauptherkunftsländern der Geflüchteten (Syrien, Iran und Irak) machen 6,9 % aller Ausländer_innen in Köln aus (Stadt Köln 2017a). Die Stadt verfügt in vielerlei Hinsicht über einen internationalen Charakter sowie über vielfältige migrantische Infrastrukturen (Gastronomie, Vereine, religiöse Stätten), die das Bild einer vergleichsweise offenen und toleranten Stadtgesellschaft begründen und prinzipiell die Integrationsprozesse von Geflüchteten erleichtern können. Zu Beginn des Jahres 2017 lebten knapp 13.000 Geflüchtete in Unterkünften der Stadt Köln.

Der Kreis Heinsberg mit insgesamt 250.000 Einwohner_innen setzt sich aus zehn Kommunen in einer Größenordnung zwischen 9.000 und 44.000 Einwohner_innen zusammen und ist sowohl durch gut versorgte und angebundene städtische Zentren als auch durch dünn besiedelte und peripher liegende Orte charakterisiert. Die Hälfte der Kommunen sind Mittelstädte mit mehr als 20.000 Einwohner_innen, während die andere Hälfte Kleinstädte mit weniger als 20.000 Einwohner_innen sind. Wie die Stadt Köln verfügt auch der Kreis Heinsberg über eine Nettozuwanderung, die im Jahr 2015 beachtlich angestiegen ist. 11 % der Einwohner_innen des Kreises besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Werte variieren erheblich zwischen den Kommunen und reichen von 6,5 % bis zu 37,6 %. Personen aus den angrenzenden Niederlanden sowie der Türkei dominieren dabei (Landesdatenbank NRW 2016). Zu Beginn des Jahres 2017 lebten 3.600 Geflüchtete im Kreis. Dies entspricht rund 13 % der ausländischen Bevölkerung. Die Verteilung auf die einzelnen Kommunen erfolgte dabei annähernd proportional zu deren Einwohnerzahl. Aufgrund der Gastarbeiteranwerbung in Zechenbetriebe des Steinkohlenbergbaus verfügen die örtlichen Gemeinschaften bereits seit vielen Jahrzehnten über Erfahrung mit der Integration von Arbeitsmigranten aus verschiedenen Ländern. Von den zehn Kommunen des Kreises haben wir fünf für das empirische Vorgehen ausgewählt: die Kreisstadt, zwei Kommunen, über die als Best-Practice-Beispiele in den Medien berichtet wurde, sowie zwei Kommunen, in denen es Spannungen zwischen der Stadtverwaltung, den Bewohner_innen und den Geflüchteten gab². Bei den Ergebnissen aus dem Kreis Heinsberg ist deshalb zwischen der Kreisebene auf der einen Seite und den Gemeinden auf der anderen Seite zu unterscheiden.

3.2 Zwei Perspektiven: Geflüchtete und Vertreter_innen der Aufnahmegesellschaft

Grundsätzlich wird der Verlauf der Integrationsprozesse sowohl durch die Geflüchteten selbst als auch durch die Ankunftsgesellschaft gestaltet. Daher wurden in dem Projekt die Möglichkeiten und Hindernisse des Einlebens aus Perspektive der Geflüchteten und Vertreter_innen der Aufnahmegesellschaft untersucht.

Um bereits vor den Experteninterviews mehr über die Situation Geflüchteter in den beiden Untersuchungsräumen zu erfahren, wurde zu Beginn des Projektes eine Recherche und Aus-

² Aus Gründen des Datenschutzes werden die ausgewählten Kommunen nicht namentlich erwähnt.

wertung von Zeitungsartikeln der jeweiligen lokalen Presse (Kölner Stadtanzeiger, Aachener Zeitung) durchgeführt. Auf diesem Wege konnten potentielle Interviewpartner identifiziert und die Expertengespräche inhaltlich vorbereitet werden.

Zur Erfassung der Perspektive der lokalen Akteur_innen haben wir insgesamt 27 Experteninterviews mit Vertreter_innen der Stadtverwaltungen und der Stadtgesellschaften geführt. Die Interviewpartner haben wir aufgrund ihrer beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit und Zuständigkeit im Integrationsprozess von Geflüchteten ausgewählt, wobei wir bestrebt waren, in beiden Fallstudien Experten_innen aus ähnlichen Verwaltungsbereichen bzw. mit ähnlichen Aufgaben zu finden. Eine Übersicht über die Interviewpartner in beiden Fallstudien gibt Tabelle 1.

Tabelle 1: Liste der interviewten lokalen Akteur_innen

Institution	Stadt Köln	Kreis Heinsberg
Stadtverwaltung	Kommunales Integrationszentrum	Kommunales Integrationszentrum Kreis
	Koordinierungsstelle für Flüchtlinge	Stadtverwaltung Gemeinde 1
	Amt für Wohnungswesen	Stadtverwaltung Gemeinde 2
	Integrationsrat	Stadtverwaltung Gemeinde 3
	Integration Point Köln	Stadtverwaltung Gemeinde 4
	Handwerkskammer	Integration Point Kreis Heinsberg
	Städtische Wohnungsgesellschaft	Jobcenter Kreis Heinsberg
	Auszugsmanagement	
	Volkshochschule Stadt Köln	Volkshochschule Kreis Heinsberg
	Grundschule Viertel 1	
Stadtgesellschaft	Caritas Köln	Caritas Kreis Heinsberg
	In Via Köln	Bistum Aachen
	Kölner Flüchtlingsrat	
	Bürgerinitiative Viertel 2	Bürgerinitiative Gemeinde 4
	Bildungseinrichtung Viertel 2	Bürgerinitiative Gemeinde 5
Landesebene	Mieterbund für Nordrhein-Westfalen	
	Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration	

In den Leitfadeninterviews haben wir u.a. die alltägliche Erfahrung mit dem Einleben Geflüchteter thematisiert, Erfolge und Misserfolge in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten, die Bedeutung von Sprache in der Arbeit mit Geflüchteten, Fragen zum Integrationsverständnis und zu Unterstützungsangeboten für Geflüchtete in der jeweiligen Kommune (Leitfaden im Anhang 2). Die Interviews wurden überwiegend an den jeweiligen Arbeitsplätzen der Gesprächspartner geführt, digital aufgezeichnet und anschließend wörtlich transkribiert.

Zudem haben wir zwischen März und November 2017 insgesamt 42 Interviews mit Geflüchteten geführt, um auch ihre Perspektive zu erfassen (siehe Tabelle 2, Leitfaden im Anhang 1). In unserem Forschungsprojekt standen solche Fragen im Mittelpunkt, die mit einer langfristigen Integration Geflüchteter verbunden sind. Daher konzentrierten wir uns auf Personen mit einer

Asylberechtigung, anerkannte Geflüchtete sowie Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive.

Bei der Auswahl der geflüchteten Interviewpartner strebten wir an, möglichst unterschiedliche Lebenssituationen zu berücksichtigen, die einen Einfluss auf den Integrationsprozess haben könnten (z. B. Alter, Geschlecht, Herkunftsland, Familiensituation, Bildung). Den Kontakt zu den Geflüchteten stellten wir überwiegend durch Expert_innen her, die wir zuvor interviewt hatten und die ehren- oder hauptamtlich mit Geflüchteten arbeiten. Die Vermittlung durch solche *Gatekeeper* sollte helfen, eine vertrauensvolle Interviewatmosphäre herzustellen. Darüber hinaus stellte einer unserer arabischsprachigen studentischen Mitarbeiter Kontakte über soziale Medien her. Der Interviewort wurde durch die Interviewpartner oder die jeweiligen Kontaktpersonen bestimmt. Viele Gespräche fanden in den Einrichtungen der Expert_innen statt, einige aber auch in Cafés oder unseren Büros in der Universität.

Tabelle 2: Übersicht der Interviews mit Geflüchteten

Datum	Bezeichnung	Geschlecht	Herkunft	Datum	Bezeichnung	Geschlecht	Herkunft
KÖLN				KREIS HEINSBERG			
09.03.17	Interview 1	m	Syrien	19.04.17	Interview 22	m	Syrien
09.03.17	Interview 2	m	Syrien	18.05.17	Interview 23	m	Irak
10.03.17	Interview 3	w	Irak	18.05.17	Interview 24	m	Syrien
10.03.17	Interview 4	m	Syrien	18.05.17	Interview 25	m	Syrien
17.03.17	Interview 5	w	Syrien	18.05.17	Interview 26	w	Iran
17.03.17	Interview 6	m	Syrien	22.05.17	Interview 27	m	Afghanistan
27.03.17	Interview 7	m	Irak	22.05.17	Interview 28	w	Syrien
31.05.17	Interview 8	m	Irak	22.05.17	Interview 29	w	Afghanistan
31.05.17	Interview 9	m	Syrien	22.05.17	Interview 30	w	Iran
31.05.17	Interview 10	m	Iran	22.05.17	Interview 31	m	Syrien
31.05.17	Interview 11	m	Syrien	22.05.17	Interview 32	m	Syrien
01.06.17	Interview 12	m	Syrien	31.05.17	Interview 33	w	Syrien
01.06.17	Interview 13	m	Syrien	31.05.17	Interview 34	w	Syrien
06.07.17	Interview 14	m	Syrien	28.06.17	Interview 35	m	Iran
07.07.17	Interview 15	w	Syrien	28.06.17	Interview 36	w	Iran
07.07.17	Interview 16	w	Iran	28.06.17	Interview 37	w	Irak
18.10.17	Interview 17	w	Irak	28.06.17	Interview 38	m	Tadschikistan
18.10.17	Interview 18	w	Palästina	28.06.17	Interview 39	m	Irak
18.10.17	Interview 19	w	Syrien	29.06.17	Interview 40	m	Afghanistan
27.10.17	Interview 20	w	Eritrea	29.06.17	Interview 41	w	Irak
02.11.17	Interview 21	w	Syrien	29.06.17	Interview 42	w	Usbekistan

Die meisten der leitfadengestützten Interviews wurden auf Deutsch geführt, digital aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Einige der Interviews wurden mithilfe von Übersetzer_innen (unsere studentischen Hilfskräfte, Mitarbeiter der Einrichtungen oder Bekannte der Interviewpartner) auf Arabisch oder Farsi geführt, digital aufgezeichnet und anschließend ins Deutsche oder Englische übersetzt.

In unseren leitfadengestützten Interviews haben wir die Erfahrungen der Geflüchteten in Köln und im Kreis Heinsberg, ihren Alltag, ihre Wohn- und Arbeitssituation sowie persönliche Kontakte und Beziehungen thematisiert. Schließlich ermutigten wir die Teilnehmer_innen uns weitere, eigene, Themen mitzuteilen, die für sie von Bedeutung sind. In diesem Zusammenhang wurden häufig Sorgen und Bedenken in Bezug zu ihrem Aufenthaltsstatus angesprochen.

Zusätzlich zu den Interviews haben wir im Verlauf des Forschungsprojektes drei Workshops durchgeführt:

Am 23.06.2017 führten wir in Aachen einen Expertenworkshop durch, zu dem wir unsere lokalen Ansprechpartner aus den Verwaltungen, caritativen Einrichtungen und ehrenamtlichen Organisationen einluden. Wir stellten unsere ersten Ergebnisse vor und diskutierten diese mit den Expert_innen. Die als Audio-Protokolle vorliegenden und transkribierten Rückmeldungen der Teilnehmer_innen halfen, die Ergebnisse zu validieren, unser Verständnis zu erweitern und von neuen Entwicklungen Kenntnis zu erhalten. Die hier gewonnenen Informationen dienten außerdem der weiteren Vorbereitung der Interviews mit Geflüchteten.

Abbildung 3: Expertenworkshop in Aachen



Quelle: eigene Aufnahme

Am 18.11.2017 führten wir in Köln einen Workshop durch, zu dem wir unsere geflüchteten Interviewpartner aus Heinsberg und Köln einluden. Um die Teilnahmemöglichkeit zu verbessern, luden wir auch jeweils die Partner_innen und Kinder mit ein. Für die Interviewpartner aus Heinsberg organisierten wir einen Reisebus. Insgesamt nahmen 31 Erwachsene und 25 Kinder an dem Workshop teil. Letztere wurden während der Ergebnispräsentationen und Gruppenarbeiten durch studentische Hilfskräfte betreut. Im Rahmen des Workshops präsentierten wir erste Ergebnisse auf Postern, die auf Deutsch und Arabisch beschriftet waren. Die Übersetzung während des Workshops erfolgte über arabisch- und farsi-sprachige Muttersprachler. Auf diesem Wege konnten wir auch ins Gespräch mit solchen Geflüchteten kommen, deren Deutschkenntnisse noch nicht umfassend genug waren, um an komplexeren Diskussionen teilzuneh-

men. Im Anschluss an den Workshop fand ein gemeinsames Abendessen statt, mit dem wir uns bei unseren Gesprächspartner bedankt haben.

Abbildung 4: Workshop mit Geflüchteten, Allerwelts Haus Köln



Quelle: eigene Aufnahmen

Am 27.02.18 stellten wir unsere Ergebnisse im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) in Düsseldorf vor. Seitens des Ministeriums nahmen der damalige Leiter der Abteilung Integration, Anton Rütten, und zahlreiche Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen des Ministeriums teil. Darüber hinaus hatten wir aus beiden Untersuchungsgebieten Ge-

flüchtete und lokale Akteur_innen eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Ziel war es zum einen, nach Abschluss der Empirie nun etwas umfassendere Ergebnisse zu präsentieren. Zum anderen ging es darum, die verschiedenen Ebenen, die jeweils mit der Integration von Geflüchteten befasst sind (Land, Kommune, Geflüchtete selbst) zusammenzubringen, die unterschiedlichen Perspektiven aufzuzeigen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Abbildung 5: Workshop im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Düsseldorf



Quelle: eigene Aufnahmen

Zum Projektabschluss luden wir am 06.07.2018 nach Bonn zur Abschlussveranstaltung ein. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Ergebnisse aus dem eigenen und anderen aktuellen Forschungsprojekten zur Integration von Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen vorgestellt und mit Vertreter_innen aus Wissenschaft, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen diskutiert.

Schließlich war von Beginn an wichtig, dass die Ergebnisse nicht „nur“ präsentiert werden. Vielmehr war ein Austausch über die Ergebnisse mit unseren Interviewpartnern, mit den Expert_innen und interessierten Bürger_innen erwünscht. Daher wurde der Projektverlauf von einer deutsch-arabischsprachigen Homepage begleitet (<https://ankommen-nrw.com/>).

Abbildung 6: Abschlussveranstaltung im Haus der Bildung, Bonn



Quelle: eigene Aufnahmen

4 Ergebnisse

4.1 Wohnen³

Die in den Jahren 2015 und 2016 stark angestiegene Flüchtlingszuwanderung nach Europa und insbesondere nach Deutschland gilt als die zentrale Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den kommenden Jahren. Während zunächst die dringendsten Aufgaben wie die Bereitstellung von Notunterkünften, die Versorgung und Registrierung bewältigt werden mussten, ist mittlerweile die langfristige Integration der Geflüchteten ein wichtiges Diskussthema. Hierzu zählt auch der Übergang der Geflüchteten aus den Gruppenunterkünften in den Wohnungsmarkt, denn der Wechsel in eine eigene Wohnung gilt als Ausdruck einer gelungenen strukturellen Integration und als Voraussetzung weiterer Integrationsprozesse. Spätestens nach Abschluss ihres Verfahrens haben bleibeberechtigte Geflüchtete die Möglichkeit, die Gemeinschaftsunterkünfte zu verlassen und in eine eigene Wohnung zu ziehen – sofern sie eine finanzierbare Wohnung finden können (Aumüller et al. 2015, S. 39). Allerdings stellt die Bereitstellung von Wohnungen für Geflüchtete für viele Gemeinden, insbesondere in Ballungszentren, eine große Herausforderung dar, da dies den Druck auf die ohnehin angespannten Wohnungsmärkte zusätzlich erhöht. Dieser zusätzliche Wettbewerb um bezahlbaren Wohnraum könnte zu (weiteren) sozialen Spannungen in diesen Regionen führen.

In unserem Forschungsprojekt haben wir uns daher zum einen mit der Frage beschäftigt, welche Strategien Kommunen entwickeln, um die kurzfristige Unterbringung Geflüchteter zur gewährleisten und den Übergang in den regulären Wohnungsmarkt zu unterstützen. Hierbei haben wir uns auf zwei unterschiedlich strukturierte Untersuchungsgebiete in Nordrhein-Westfalen konzentriert, um einen vergleichenden Einblick in die Bedingungen von Integrationsprozessen in städtischen Kontexten unterschiedlicher Größe zu erlangen.

Zum anderen haben wir uns damit beschäftigt, welche Zugänge Geflüchtete zum Wohnungsmarkt haben, welche Wünsche sie an ihren Wohnstandort und ihre Wohnform haben und auf welche Schwierigkeiten sie bei der Realisierung ihrer Wünsche treffen. Hiermit verbunden ist auch die Frage, welche Hindernisse und Möglichkeiten für eine weiterreichende Integration mit der jeweiligen Wohnsituation verbunden sind.

³ Die hier dargestellten Ergebnisse beruhen im wesentlichen auf zwei zur Veröffentlichung eingereichten Aufsätzen:

(1): Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C.: **“Lost in transition”? – Integration of refugees into the local housing market in Germany.** Eingereicht in: Journal of Urban Affairs.

(2): Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C.: **Municipal housing strategies for refugees. Insights from two case studies in Germany.** Eingereicht in: IMISCOE Research Series, Geographies of Asylum in Europe and the Role of European Localities.

Im folgenden Abschnitt 4.1.1 geben wir einen Überblick zum aktuellen Forschungsstand zum Thema Wohnen Geflüchteter. In Abschnitt 4.1.2 stellen wir die Ergebnisse unserer eigenen empirischen Forschung im Hinblick auf kommunale Unterbringungstrategien dar. Hierbei ist auch von Bedeutung, welche Erfahrungen die Kommunen vor dem deutlichen Anstieg der Zuwanderungszahlen mit der Unterbringung Geflüchteter hatten. Unser Forschungsprojekt verweist auf Unterschiede, aber auch Ähnlichkeiten der Integrationspolitiken in den zwei Untersuchungsräumen.

4.1.1 Forschungsstand: Geflüchtete / Wohnungsmarkt / Integration

Die Bedeutung der Wohnsituation für die Integrationsprozesse Geflüchteter

Die Wohnsituation ist ein zentraler Aspekt im Integrationsprozess von Migrant_innen. Ein erfolgreicher Wechsel von kommunalen Unterkünften in den regulären Mietmarkt kann als Indikator für den Fortschritt im Integrationsprozess eines Flüchtlings interpretiert werden. In unserer Untersuchung haben wir uns daher mit dem Übergang Geflüchteter in den regulären Wohnungsmarkt als einen wichtigen Aspekt der strukturellen Integration konzentriert. Gleichzeitig hat die Wohnsituation Auswirkungen auf das physische und emotionale Wohlbefinden und kann dazu beitragen, dass sich Migrant_innen, und somit auch Geflüchtete, in der Aufnahmegesellschaft zu Hause fühlen (Ager/Strang 2008; Allen/Goetz 2010). Darüber hinaus beeinflusst die Form der Unterbringung den Zugang der Geflüchteten in andere Kernbereiche der Aufnahmegesellschaft. Die Wohnsituation dient also nicht nur als *Marker* für den Verlauf des Integrationsprozesses, sondern kann auch als potenzielles *Mittel* verstanden werden, um die Integration in anderen Bereichen wie Beschäftigung und dem Aufbau sozialer Kontakte zu unterstützen. Demgegenüber erschwert beispielsweise das Wohnen in Gruppenunterkünften das Lernen (Aumüller et al. 2015); die Unterbringung in abgelegenen Unterkunftscentren ohne öffentliche Verkehrsmittel beeinträchtigt das tägliche Leben und den Zugang zum Arbeitsmarkt (Söhn et al. 2017; Baier/Siegert 2018). Darüber hinaus beeinflussen Art und Größe der Unterkunft die gesellschaftliche Wahrnehmung von Geflüchteten. So fördern beispielsweise Großgruppenunterkünfte eine negative Einstellung gegenüber Geflüchteten unter der lokalen Bevölkerung (Aumüller 2018). Die Errichtung von Gruppenunterkünften in Wohngebieten führt oft zu Konflikten zwischen lokaler Verwaltung und lokaler Bevölkerung (Doomernik/Glorius 2016). Darüber hinaus kann eine Politik der Verteilung Geflüchteter auf stigmatisierte städtische Gebiete zu einer (weiteren) Stigmatisierung der Flüchtlinge führen (Darling 2016).

Es zeigt sich, dass von der Wohnsituation nur dann positive Auswirkungen auf den Verlauf des Integrationsprozesses zu erwarten sind, wenn bestimmte Standards erfüllt sind (Murdie 2008). Definitionen von Standards für eine angemessene Unterbringung von Geflüchteten finden sich auf verschiedenen politischen Ebenen, von global (UN 2009) bis lokal (z.B. Stadt Köln 2017b). Murdie (2008) schlägt Mindestnormen vor, die sich auf die physische Qualität einer Wohnung, ihre Erschwinglichkeit und ihre Eignung im Hinblick auf die Anzahl der untergebrachten Personen und ihre Eigenschaften / ihre persönliche Situation beziehen. Darüber hinaus werden Sicherheit und Stabilität der Wohnsituation als wichtige Voraussetzungen für die Integration von Geflüchteten identifiziert. Diese Bedingungen beziehen sich sowohl auf die tatsächliche Woh-

nung (z.B. Mietverträge) als auch auf das Wohnumfeld (z.B. Interaktion mit Nachbar_innen) (Ager/Strang 2008).

Die Auswirkungen des jeweiligen Wohnumfeldes haben in politischen und akademischen Debatten über die Integration von Flüchtlingen eine hohe Bedeutung. Hierbei können zwei Argumentationslinien unterschieden werden. Beide beziehen sich auf das Sozialkapital (Putnam 2000), das in der täglichen Interaktion im Wohnumfeld aufgebaut wird (Borevi/Bengtsson 2015). Eine basiert auf der Bedeutung von social bonds, die Flüchtlinge mit familiären und koethnischen Gruppen verbinden (Borevi/Bengtsson 2015). Diese Linie betont insbesondere die positiven Auswirkungen des Lebens in einer ethnischen Nachbarschaft, die Informationen sowie Unterstützung bei der Eingewöhnung neu zugewanderter Migrant_innen bietet (Murdie 2008). Die andere Argumentation bezieht sich auf die positiven Auswirkungen durch *bridging social capital*, das die Flüchtlingsbevölkerung mit der Aufnahmegesellschaft verbindet. In dieser Perspektive erscheint Segregation negativ, da dies den Kontakt zwischen Migrant_innen und der Aufnahmegesellschaft und somit die gesamte Integration erschwert. Hingegen werden sozial und ethnisch gemischte Gebiete als günstige Ausgangsbedingungen für die Integration der Flüchtlinge bewertet. Dieses Argument wird in der politischen Debatte besonders stark vertreten. Allerdings sind empirische Belege für die Hypothese, dass die räumliche Segregation negative Auswirkungen auf die Integration von Migrant_innen hat, zumindest in Deutschland rar (Dangschat/Alisch 2014).

Borevi/Bengtsson (2015, S. 2602) werfen angesichts dieser unterschiedlichen Deutungsmuster die Frage auf, welches soziale Umfeld durch staatliche Maßnahmen gefördert werden soll. Allerdings sind die staatlichen Handlungsmöglichkeiten oft begrenzt; der jeweilige Wohnstandort der Geflüchteten wird vielmehr über die Struktur des Wohnungsmarktes beeinflusst.

Verteilungs- und Unterbringungspolitik und -praxis für Flüchtlinge in Deutschland

Wenn Flüchtlinge in Deutschland Asyl beantragen, können sie nicht frei wählen, wo sie wohnen wollen, sondern werden von einer Bundesbehörde (BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) über das ganze Land verteilt. Für die Aufnahme der Geflüchteten sind die Bundesländer zuständig. Nach der Ankunft in Deutschland werden sie nach dem Königsteiner Schlüssel (der sich nach der Einwohnerzahl und den Steuereinnahmen der Länder richtet) den Ländern zugeordnet, wo sie zunächst für bis zu sechs Monate in Aufnahmeeinrichtungen unterkommen. Später verteilen die Landesbehörden die Geflüchteten auf die Kommunen; diese Verteilung erfolgt in der Regel auch nach Quoten (Aumüller 2018). Die Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, die zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen (Schamann/Kühn 2016).

Die Unterbringung von Geflüchteten verläuft in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Nach dem Asylgesetz (§53 I) *sollten* Asylbewerber in Gruppenunterkünften untergebracht werden. Diese „Soll“-Regel eröffnet jedoch Spielräume. Daher haben die meisten Länder ein Flüchtlingsaufnahmegesetz (z.B. Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW) erlassen, das die Verteilung und Unterbringung von Geflüchteten auf ihrem Gebiet regelt. Während einige Länder eine (vorübergehende) Unterbringung von Asylbewerbern in Gruppenunterkünften vorschreiben,

tun es andere nicht. Darüber hinaus hängt die Umsetzung dieser Vorschriften auf kommunaler Ebene stark von der politischen Prägung und den strukturellen Rahmenbedingungen innerhalb der Gemeinden ab. In der Praxis nimmt ein Teil der Gemeinden Asylbewerber in Wohnungen auf und unterstützt sie bei der Suche nach Privatwohnungen (Schammann/Kühn 2016).

In beiden Fällen ist es nach Erteilung des Flüchtlingsstatus durch das BAMF möglich, in eine Privatwohnung zu ziehen. Die Anerkennung als Flüchtling berechtigt auch zum Bezug von Sozialhilfe und Sozialwohnungen (BBSR 2017). Allerdings ist die Wahl des Wohnsitzes auch nach Erteilung des legalen Flüchtlingsstatus gesetzlich eingeschränkt. Nach der Einführung einer Wohnsitzauflage und deren Umsetzung in Nordrhein-Westfalen (NRW) sind Geflüchtete verpflichtet, sich drei Jahre lang in der Gemeinde aufzuhalten, der sie zugewiesen wurden. Diese Anforderung gilt nicht für Flüchtlinge, die erwerbstätig sind und ein bestimmtes Mindesteinkommen beziehen, studieren oder eine Berufsausbildung absolvieren (Wiegandt 2017).

Wohnungsmarktstruktur und -politik in Deutschland

Die Erfahrungen der Geflüchteten im Bereich Wohnen sind geprägt von den jeweiligen wohnungswirtschaftlichen Kontexten in den Aufnahmeländern. Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist durch unterschiedliche Teilmärkte gekennzeichnet. Eigentumswohnungen sind von Mietwohnungen zu unterscheiden. Rund 46 % der Haushalte leben 2017 in einer selbstgenutzten Wohnimmobilie (Deutscher Bundestag 2017, S. 38). Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist dies ein eher niedriger Wert. Regionale Unterschiede bei der Wohneigentumsquote zeigen sich zwischen Stadt und Land. In den Städten liegt der Wert bei nur rund 30 %.

Von den rund 40 Millionen Wohnungen in Deutschland waren im Jahr 2011 rund 22 Mio. Mietwohnungen (Deutscher Bundestag 2017, S. 40). Im Unterschied zu den meisten anderen Ländern ist der Wohnungsbestand in Deutschland durch eine kleinteilige Struktur mit einem hohen Anteil an Privateigentümern gekennzeichnet. 65 % der Mietwohnungen befinden sich im Eigentum privater Kleinanbieter. Mit etwa zehn Prozent befindet sich nur ein geringer Anteil des Mietwohnungsbestandes im Eigentum der Kommunen. Weitere knapp zehn Prozent sind genossenschaftliche Wohnungen. Privatwirtschaftliche Unternehmen bieten 13 % der gesamten Mietwohnungen an. Umfassende Transaktionen von Wohnungsbeständen und -unternehmen haben seit Ende der 1990er Jahre zu der beschriebenen Struktur des Mietwohnungsmarktes geführt.

Die Wohnungspolitik in Deutschland ist in den vergangenen Jahren durch die Privatisierung von kommunalen Wohnungsbeständen, die Übertragung der Wohnraumförderung vom Bund auf die Länder sowie die Betonung der Subjektförderung charakterisiert (Pätzold 2017). Einkommensschwächere Haushalte erhalten Wohngeld oder ihnen werden unter bestimmten Voraussetzungen die Kosten der Unterkunft erstattet. Diese Fokussierung auf die Subjektförderung hat zu einer Vernachlässigung der Objektförderung geführt. Es wurde zu wenig in den preisgebundenen Mietwohnungsbestand investiert. Insbesondere in den deutschen Großstädten steht deshalb einer erhöhten Nachfrage am Wohnungsmarkt ein unausgeglichenes Wohnungsangebot im unteren und mittleren Preissegment gegenüber. Soziale Mietwohnungen werden knapp, weil Mietpreis- und Belegungsbindungen auslaufen. Die Verringerung entspre-

chend gebundener Wohnungen sowie die gleichzeitige Verteuerung frei finanzierter Wohnungen sorgen in wachsenden Großstädten für ein Versorgungsproblem bei einkommensschwachen Haushalten (Held/Waltersbacher 2015, S. 7). Seit einigen Jahren wird deshalb das Instrument der Mietpreisbremse eingesetzt, das eine Erhöhung der Miete bei Neuvermietungen in ausgewählten Städten mit Engpässen auf dem Wohnungsmarkt begrenzen soll.

Die aktuellen Engpässe im öffentlich geförderten Wohnraum erhöhen derzeit die Gefahr der Obdachlosigkeit. Eine amtliche Statistik zu diesem Phänomen liegt bundesweit nicht vor. Für das Jahr 2016 schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, dass 860.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung sind und sich die Zahl seit 2014 in Folge der Geflüchteten um 150 % erhöht hat. Bei Wohnungslosen handelt es sich um Menschen, die keine dauerhafte Wohnung haben und stattdessen in Unterkünften leben, in denen der Aufenthalt begrenzt ist (Koschnitzke 2017). Die Zahl der auf der Straße lebenden Menschen wird auf 52.000 geschätzt.

Diese Ausführungen zeigen, dass Flüchtlinge in einem sehr begrenzten Wohnungsmarktsegment zusätzlichen Druck auf die Nachfrage ausüben.

Die Wohnsituation Geflüchteter

Die Wohnsituation Geflüchteter unterscheidet sich sowohl zwischen verschiedenen Aufnahmeländern als auch innerhalb der Flüchtlingsgruppe stark. Die Wohnsituation wird in hohem Maße durch ihren Rechtsstatus bestimmt, d.h. ob sie bereits als Flüchtling anerkannt wurden oder sich noch im Asylverfahren befinden. Asylbewerber haben im Vergleich zu bereits anerkannten Flüchtlingen in der Regel nur begrenzte Rechte und Zugang zu weniger Unterstützungsleistungen (Fozdar/Hardley 2014; Murdie 2008). Im Hinblick auf die Wohnsituation belegen Studien aus Europa, Nordamerika und Australien, dass die meisten Flüchtlinge zunächst in (kommunalen) Übergangswohnungen leben. Es gibt große Unterschiede in der Art der vorläufigen Unterkunft, als auch hinsichtlich des Zeitraumes, den Geflüchtete dort bleiben dürfen oder müssen. In einem zweiten Schritt wechseln sie auf den regulären Mietmarkt (z.B. Borevi/Bengtsson 2015; Flatau et al. 2015; Fozdar/Hardley 2014; Francis/Hiebert 2014; Murdie 2008). Die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus für Geflüchtete ist je nach Verfügbarkeit unterschiedlich und kann im Laufe der Zeit variieren, was auf Veränderungen in der Flüchtlingspolitik (siehe Darling 2016 für Großbritannien) und sinkende Investitionen in diesem Sektor zurückzuführen ist (Francis/Hiebert, 2014).

Der Übergang zum privaten Mietmarkt verläuft für Geflüchtete selten reibungslos. Sie sind mit einer Reihe von Barrieren konfrontiert. Ein zentrales Problem ist das niedrige Einkommen der meisten Haushalte vor dem Hintergrund von angespannten Wohnungsmärkten, die nur eine begrenzte Menge an erschwinglichem Mietwohnraum anbieten, was insbesondere für blühende Metropolen gilt. Weitere Barrieren entstehen, wenn das Angebot des lokalen Wohnungsbestandes nicht zur Nachfrage der Geflüchteten passt, deren Haushaltsstruktur durch eine große Anzahl von Single-Flüchtlingen und Großfamilien gekennzeichnet ist. Darüber hinaus stoßen Flüchtlinge bei der Wohnungssuche und Bewerbung auf Schwierigkeiten, da sie nur über begrenzte Erfahrung auf dem lokalen Mietmarkt verfügen und oft nicht den Mietbedingungen wie Referenzen, Wohnsitz und/oder Kreditgeschichte entsprechen. Schließlich ist die

Diskriminierung durch Vermieter_innen und Immobilienmakler ein wichtiges Thema. Sie reicht von der Diskriminierung sichtbarer Minderheiten über die Diskriminierung aufgrund des Einwanderungsstatus bis hin zur Diskriminierung aufgrund der Einkommensquelle (z.B. durch das Jobcenter). Die meisten dieser Hindernisse sind sowohl für Asylbewerber als auch für anerkannte Flüchtlinge von Bedeutung. Die Wohnungssuche von Asylbewerbern ist jedoch zusätzlich stark durch die Unsicherheit ihres Rechtsstatus geprägt (Flatau et al. 2015; Fozdar/Hardley 2014; Francis/Hiebert 2014; Murdie 2008).

Bei der Suche nach einer neuen Unterkunft spielen Freunde und Familie eine wichtige Rolle als Informations- und Unterstützungsquelle. Darüber hinaus können Freiwillige und Mitarbeiter in Übergangswohnungen um Unterstützung gebeten werden (Francis/Hiebert 2014; Murdie 2008). Francis und Hiebert (2014, S. 76) kommen jedoch zu dem Schluss, dass die „häufigste ‚Lösung‘ zur Bewältigung dieser Herausforderungen darin besteht, einen hohen Preis für unzureichende, unerschwingliche und oft überfüllte Wohnungen“ zu zahlen, die oft nur kurzfristige Mietverträge haben. Auf der Suche nach besseren Wohnbedingungen ziehen viele Flüchtlingshaushalte mehrmals um, bevor sie endlich eine geeignete Unterkunft finden (Ager /Strang 2008; Murdie 2008). Es wird deutlich, dass der Weg in den Mietermarkt für Geflüchtete schwierig ist. Allerdings scheinen die Barrieren für Asylbewerber noch höher zu sein als für bereits anerkannte Flüchtlinge. Es gibt Hinweise darauf, dass sie mehr Zeit brauchen, um eine dauerhafte Unterkunft zu finden, dass sie öfter umziehen und ein höheres Risiko haben, obdachlos zu werden (Murdie 2008; aber siehe auch Francis/Hiebert 2014).

Die hier skizzierten Ergebnisse basieren auf Studien aus Kanada, Australien und Großbritannien. Erst in jüngster Zeit haben Untersuchungen zur Wohnsituation von Flüchtlingen in Deutschland wieder an Bedeutung gewonnen. Während sich einige frühere Studien auf die allgemeine Situation der Flüchtlinge in Deutschland in den 90er Jahren beziehen (z.B. Behnen 1995; Kühne/Rüssler 2000), gibt es heute einen wachsenden Bestand an Literatur über Übergangsunterkünfte (für einen Überblick siehe BBSR 2017). Allerdings gibt es nur wenige aktuelle Informationen über die Integration von Flüchtlingen in die lokalen Wohnungsmärkte. Angesichts der hohen Zahl neu eingetrossener Flüchtlinge in Deutschland ist ein gründliches Verständnis des Übergangs Geflüchteter aus den Übergangswohnungen in den regulären Mietmarkt dringend erforderlich.

4.1.2 Kommunale Strategien der Unterbringung Geflüchteter und der Integration in den Wohnungsmarkt

Wie bereits beschrieben, gibt es große Unterschiede in der kommunalen Unterbringung Geflüchteter. Im Gegensatz zu vielen anderen Studien, die die nationale Situation im Allgemeinen untersuchen, fokussiert unsere Studie auf den lokalen Kontext, der als entscheidender Faktor für Integrationsprozesse von Migrant_innen gilt (Aumüller/Bretl 2008; Glick Schiller/Çağlar 2011). Angesichts des Verteilungssystems für Flüchtlinge in Deutschland argumentieren wir, dass Flüchtlinge mit deutlich unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für ihre Integration konfrontiert sind. Im folgenden Abschnitt stellen wir daher, basierend auf unserer eigenen empiri-

schen Forschung in zwei Untersuchungsräumen, lokale Politiken und Praktiken in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen dar.

Erstunterbringungen in der Stadt Köln und dem Kreis Heinsberg

In den Jahren 2015 und 2016, als rund 1,2 Mio. Flüchtlinge in Deutschland Asyl beantragten, mussten Städte und Gemeinden wie Köln und Heinsberg ihre Unterbringung sicherstellen. In einigen Gemeinden stellte die Sicherstellung der Unterbringung eine enorme Herausforderung dar; in anderen Gemeinden stellte die Erstunterbringung kein größeres Problem dar. Im Folgenden werden die Unterkunftssituation bei der Ankunft der Geflüchteten sowie der Übergang von den Gruppenunterkünften zur Privatwohnung beschrieben und erläutert.

Im Hinblick auf die Vorbereitung zur Unterbringung von Geflüchteten weisen die beiden Untersuchungsgebiete unterschiedliche Ausgangsbedingungen auf.

In Köln entwickelte der „Runde Tisch für Flüchtlingsfragen“ bereits 2003 ein Konzept zur Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten. Der Rat verabschiedete dieses Konzept 2004 als „Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“ (Stadt Köln 2004). Ziel des Konzepts ist es, die öffentliche Akzeptanz für Geflüchtete zu erhöhen und ein friedliches Miteinander aller Bevölkerungsgruppen in der städtischen Gesellschaft zu fördern. Wie in den Leitlinien vorgesehen, sollten die zugewiesenen Geflüchteten nach einem dreistufigen Modell untergebracht werden. Neue Bewohner_innen sollen zunächst in einer städtischen Erstaufnahmeeinrichtung wohnen. Eine Aufenthaltsdauer von maximal drei Monaten soll der Gemeinde die Möglichkeit geben, sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen und die Menschen schnellstmöglich in Gruppenunterkünfte einzuteilen. Nach den Richtlinien sind Gruppenunterkünfte durch abgeschlossene Wohnungen und eine Begrenzung auf 80 Personen pro Gebäude vorgesehen. Sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Integrationsdiskurs wird die Unterbringung in Gruppenunterkünften jedoch aufgrund der psychischen Belastung der Bewohner_innen, der eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten zur Aufnahmegesellschaft und der Ablehnung durch die lokale Bevölkerung kritisch gesehen (Baier/Siegert 2018). Daher sollten Geflüchtete nach maximal drei Jahren in privaten Mietwohnungen untergebracht werden. Darüber hinaus sind die Kosten der Unterbringung für die Stadt in Privatwohnungen am geringsten. Familien sollten eine Wohnung in der gleichen Nachbarschaft wie die ehemalige Gruppenunterkunft erhalten, um einen Wechsel der Kindertagesstätte oder der Schule zu vermeiden (Stadt Köln 2004). Der Umzug von einem Wohnheim in eine Privatwohnung wird in Köln von Sozialarbeiter_innen begleitet. Seit 2011 unterstützt das „Auszugsmanagement“ der Stadt Köln diesen Vorgang. Anspruch auf Unterstützung haben Personen mit einer besonderen Schutzbedürftigkeit, Bleibereichtsperspektive, einer positiven Sozialprognose und einer längeren Aufenthaltsdauer.

Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen, die 2015/2016 in Köln ankamen und aufgenommen werden mussten, ist es jedoch kaum verwunderlich, dass sich die Stadt nicht an die zuvor entwickelten Richtlinien halten konnte (Ottersbach/Wiedemann 2017). Die Vermeidung von Obdachlosigkeit stand im Vordergrund, daher wurden in Spitzenzeiten Geflüchtete in Sporthallen, Hotels, Containern und Leichtbauhallen untergebracht. Ein Mitarbeiter der Kommunalverwal-

tung räumte im Interview entsprechend ein, dass die Verwaltung zwar über eine vorab entwickelte Strategie zur Unterbringung Geflüchteter verfügte, in der Praxis jedoch nicht vorbereitet genug war, diese Strategie angesichts der hohen Ankunftsahlen auch umzusetzen.

Daraufhin beschloss die Gemeinde im Jahr 2015 ein Vier-Phasen-Modell zur Unterbringung von Geflüchteten. Es fokussiert vor allem auf den Ausbau von *temporären* Unterkünften. Um die Sporthallen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zuzuführen, errichtete die Stadt Leichtbaukonstruktionen für bis zu 400 Personen (80 Personen pro Gebäude). Als weitere Form einer vorübergehenden Unterkunft, die jedoch mehr Privatsphäre erlauben, wurden Wohncontainer aufgestellt. Mittlerweile gelten diese Container als dauerhafte Lösung. Zu den temporären Unterkünften gehören auch Hotels, in denen die Zimmer in der Regel von mehreren Personen belegt sind. Als feste Gebäude werden Gruppenunterkünfte mit Schnellbauwohnungen erweitert. Um eine größere Flexibilität bei der Auslastung zu erreichen, soll die Unterkunft an Studierende vermietet werden, solange sie nicht für Geflüchtete benötigt wird. Die letzte Phase dieses Modells stellt der Neubau regulärer Wohnungen dar.

Die letzte von 27 Sporthallen für die Unterbringung von Asylbewerbern konnte erst im Juni 2017 geräumt werden. Noch im März 2018 lebten 3.872 von 9.674 Asylbewerbern in Notunterkünften, Leichtbauhallen und Hotels (Vertreter des Wohnungsamtes der Stadt Köln). Die Zahlen zeigen deutlich, dass eine in den Leitlinien vorgesehene Verweildauer in Notunterkünften von maximal drei Monaten nicht eingehalten werden konnte (Ottersbach/Wiedemann 2017).

Im Jahr 2016 hat die Stadt Köln Mindeststandards für die Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten beschlossen, die auch strukturelle und soziale Aspekte beinhalten (Stadt Köln 2017b, 2016a). Insbesondere Personen mit einer besonderen Schutzbedürftigkeit (z.B. Geflüchtete mit Behinderungen, schwangere Frauen, unbegleitete Minderjährige) sollten in alternativen Unterkünften untergebracht werden. Nach Angaben eines Interviewpartners von der Caritas Köln wurden die vereinbarten Mindeststandards in Phasen sehr hoher Zuwanderung jedoch nicht eingehalten, wenn besonders schutzbedürftigen Geflüchteten in Sporthallen oder anderen Gruppenunterkünften ohne angemessene psychologische Betreuung untergebracht wurden. Ein Vertreter des Kölner Flüchtlingsrates beschrieb im Interview die Notunterbringung als „chaotisch“ und „ohne Belegungsmanagement“.

Insgesamt lässt sich mit Blick auf die in 2003 entwickelten Leitlinien feststellen, dass diese zu Beginn der starken Zuwanderung Geflüchteter hilfreich waren, da es entsprechend einige, wenn auch nicht ausreichend, Gruppenunterkünfte gab. In der weiteren Entwicklung konnten die Leitlinien jedoch nicht vollumfänglich umgesetzt werden, da Engpässe auf dem lokalen Wohnungsmarkt die Unterbringung dieser außergewöhnlich hohen Anzahl von Geflüchteten in Wohnungen verhinderten. Dennoch spiegeln die Leitlinien einen wichtigen Konsens der lokalen Akteur_innen über die bevorzugte Unterbringung von Geflüchteten wider.

Die Wohnsituationen unserer Interviewpartner in Köln scheinen sich leicht von der Gesamtsituation in der Stadt zu unterscheiden. Zum Zeitpunkt des Interviews lebten elf unserer 21 Gesprächspartner entweder allein oder mit Familienmitgliedern in Gruppenunterkünften, Wohn-

containern oder Hotels. Allerdings lebten bereits zehn Interviewpartner mit Familienmitgliedern oder Freunden in privaten Mietwohnungen. Die jeweiligen Aufenthaltszeiten sind sehr unterschiedlich. Wir haben ein Interview mit einer Interviewpartnerin aus Syrien geführt, die nach fünf Jahren in Deutschland noch in einer Gruppenunterkunft für Flüchtlinge lebt. Andere Interviewpartner, die nur ein Jahr oder weniger in Deutschland lebten, zogen jedoch bereits in ihre eigene Mietwohnung. Dies verdeutlicht, dass der Übergang von Gruppenunterkünften zu privaten Mietwohnungen ganz unterschiedliche Zeiträume umfassen kann.

Im Gegensatz zu Köln befasst sich das im Jahr 2015 verabschiedete Integrationskonzept des Kreises Heinsberg nicht mit der Frage der Aufnahme von Geflüchteten – obwohl die Aufnahme von Geflüchteten eine kommunale Pflicht ist (vgl. Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW §1; Stadt Köln 2011; Kreis Heinsberg 2014). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinden im Kreis Heinsberg bisher nur in geringem Umfang vom Zustrom Geflüchteter betroffen waren. Dementsprechend war die Frage ihrer Unterbringung jahrelang nicht dringlich und der starke Anstieg der Zuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 für die lokalen Akteur_innen nicht in der vollen Dringlichkeit absehbar. Dennoch wird deutlich, dass der Kreis nicht ausreichend vorbereitet war, seine kommunalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Im Kreis Heinsberg lebten im Jahr 2017 3.600 Flüchtlinge in Wohnungen und Gruppenunterkünften. Da es vorab kein gemeindeübergreifendes Konzept zur Unterbringung gab, verfolgte jede Gemeinde ihre eigene Strategie. Unsere Interviewpartner in verschiedenen Gemeinden des Kreises Heinsberg betonen vor allem ihre Bemühungen, die Geflüchteten so dezentral wie möglich unterzubringen, um Konflikte und Integrationshindernisse zu vermeiden.

Laut Aumüller (2018) können Kommunen bei der Bereitstellung von Wohnraum auf verschiedene Spielräume zurückgreifen. Verfügen Kommunen über Grundstücke und Wohnungen oder kooperieren sie mit öffentlichen Wohnungsunternehmen, nehmen ihre Handlungsmöglichkeiten zu und die Abhängigkeit von privaten Anbietern ab. Vor allem kleinere Gemeinden haben in der Regel bessere Möglichkeiten einer dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern als Großstädte (Aumüller 2018).

Die Strategien der Gemeinden im Kreis Heinsberg umfassen ein breites Spektrum. Nur eine Gemeinde musste Notunterkünfte einrichten (Sporthalle, Gewerbehalle), die anderen Gemeinden konnten Gruppenunterkünfte, Container oder sogar einzelne Wohnungen nutzen. Insbesondere in zwei Gemeinden des Landkreises standen im Winter 2016/2017 sowohl kommunale als auch private Wohnungen in ausreichender Zahl leer, die zur Unterbringung genutzt werden konnten. Ein anderer Experte aus dem Kreis Heinsberg räumt jedoch ein, dass viele dieser Wohnungen eine schlechte Qualität hatten und anfangs überfüllt waren. Insgesamt scheint die Vermittlung von Privatwohnungen im Kreis Heinsberg eine größere Bedeutung für die Unterbringung Geflüchteter zu haben als in der Großstadt Köln.

Der Flüchtlingsrat des Kreises, gegründet von gemeinnützigen Organisationen und dem kommunalen Integrationszentrum, hat sich 2016 darauf geeinigt, den Wohnbedürfnissen besonders schutzbedürftiger Frauen und Kinder stärker Rechnung zu tragen. Im Kreis Heinsberg konnten meist solche Unterkünfte vermittelt werden, die den jeweiligen Bedürfnissen entge-

genkommen (z.B. Familien in Wohnungen, alleinreisende Mütter mit Kindern im eigenen Flur, alleinreisende Männer in der eigenen Gruppenunterkunft).

Bei der Errichtung von Gruppenunterkünften ist ihre räumliche Lage ein wichtiges Thema für die Gemeinde, die Nachbar_innen und die Geflüchteten selbst. Ein Experte aus Gemeinde 3 bezieht sich auf Anrufe von Bewohner_innen, „die sich nicht über die Unterkunft, vor allem nicht über die Größe der Unterkunft, freuen“. Er bezieht sich auch auf einige Vorfälle, in denen junge männliche Asylbewerber Mädchen aus der Nachbarschaft verfolgt haben sollen. Auch in Köln äußern sich Anwohner_innen zum Teil besorgt über den Bau von Gruppenunterkünften, da sie die Abwertung ihrer Immobilien und einen zunehmenden Wettbewerb um Schul- und Kindergartenplätze fürchten (Stoldt 2017).

Hinsichtlich der Lage von Gruppenunterkünften in Kleinstädten betonen einige Expert_innen des Kreises Heinsberg die Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und anderen Infrastrukturen wie Sprach- und Integrationskursen oder Supermärkten. Eine ehemalige Kaserne, eine Gruppenunterkunft in Gemeinde 4, liegt am Rande der Stadt in einem Wald. Es gibt keine direkte Busverbindung, so dass die Flüchtlinge 20 bis 30 Minuten bis zur nächsten Einkaufsmöglichkeit und Bushaltestelle laufen müssen. Solche isolierten Wohnstandorte, die eine deutliche räumliche Trennung der Flüchtlinge von der Ankunftsgesellschaft bewirken, wurden in Köln nicht gefunden.

In beiden Untersuchungsgebieten werden darüber hinaus die laute Umgebung, der geringe Platz und die fehlende Privatsphäre in bestimmten Not- und Gruppenunterkünften genannt. Dies hat negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die soziale Atmosphäre in der Unterkunft. Außerdem fällt es Geflüchteten, die einen Sprachkurs oder die Schule besuchen schwer, sich auf ihre Hausaufgaben zu konzentrieren. Menschen unterschiedlicher Herkunft sind gezwungen, auf engstem Raum zusammenzuleben. Verschiedene Religionen und Nationalitäten können zu sozialen Spannungen und Konflikten führen (Christ et al. 2017). Laut Aumüller et al. (2015) können die Folgen dieser beengten Platzverhältnisse und mangelnden Privatsphäre psychosoziale Schwierigkeiten sein. In Bezug auf Notunterkünfte betont eine Expertin der Caritas Köln, dass es „Frauen gibt, die ihr Kopftuch nicht abnehmen können, da es keinen privaten Raum gibt“. Nach Christ et al. (2017) fühlen sich nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch Männer in Gruppenunterkünften nicht sicher. Dies gilt auch für Gemeinschaftsduschen, die keinen ausreichenden Schutz bieten, da sie nicht abschließbar sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in unseren Untersuchungsräumen bei der Ankunft der Geflüchteten erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Unterbringung gab. Während 2015/2016 viele Geflüchtete in Köln in Notunterkünften oder provisorischen Einrichtungen untergebracht werden mussten, war im Kreis Heinsberg insbesondere für Familien von Anfang an eine Unterbringung in privaten oder kommunalen Wohnungen möglich.

Aufgrund der Wohnsitzregelung für anerkannte Geflüchtete in NRW, wonach sie drei Jahre am bisherigen Wohnsitz bleiben müssen – es sei denn, sie erhalten einen Arbeitsplatz in einem anderen Ort – sind die Geflüchteten weiterhin entweder an ihr kleinstädtisches Umfeld im Kreis Heinsberg gebunden oder an Köln trotz des dortigen Wohnungsmangels.

Übergänge zum regulären Wohnungsmarkt in der Stadt Köln und im Kreis Heinsberg

Die Kölner Leitlinien für die Unterbringung von Flüchtlingen und die Experteninterviews in Köln und Heinsberg haben gezeigt, dass der politische Diskurs in beiden Untersuchungsräumen das Wohnen in einer Privatwohnung als langfristiges Ziel der Wohnungspolitik für anerkannte Flüchtlinge betrachtet. Spätestens nach der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus ist es möglich, in eine Privatwohnung zu ziehen.

Diejenigen Geflüchteten, die zum Zeitpunkt des Interviews noch in Gruppenunterkünften, Hotels oder Containern lebten, bewerten ihre derzeitige Wohnsituation gegenüber der Unterbringung in den Notunterkünften als leichte Verbesserung, da diese Unterbringungsformen etwas mehr Privatsphäre erlauben und die Möglichkeit, selbst zu kochen. Allerdings müssen sie noch immer ihren Wohnraum oder zumindest gemeinsame Gruppenräume (z.B. Küche, Bad, Aufenthaltsraum) mit Menschen teilen, die nicht selten einen vollkommen anderen Lebensstil pflegen. Dies wird oft als deutliche Belastung empfunden. Darüber hinaus können solche Wohnsituationen den Erwerb von Deutschkenntnissen behindern, da Lernen oder das Erledigen von Hausaufgaben nach dem Sprachkurs kaum möglich sind. Es ist daher nicht ungewöhnlich, dass die Interviewpartner versuchen, so wenig Zeit wie möglich in diesen Unterkünften zu verbringen.

Im Kreis Heinsberg stellt sich die Situation etwas anders dar. Da einige Gemeinden im Kreis viele Angebote von privaten Vermieter_innen erhielten, konnten sie diese Wohnungen mieten und für die Erstaufnahme von Geflüchteten nutzen. Entsprechend konnten von Beginn an viele der Geflüchteten in kommunalen oder regulären Wohnungen untergebracht werden. Nun werden in einigen Gemeinden diese Mietverträge von den Gemeinden auf die Geflüchteten selbst übertragen, sofern die Vermieter_innen zustimmen. So können zumindest einige Familien im Kreis Heinsberg in ihrer ersten Wohnung wohnen bleiben und müssen nach Erhalt ihres Status nicht nach einer alternativen Wohnung suchen. Für die Geflüchteten ermöglicht diese Praxis einen reibungslosen Übergang in den Mietmarkt (BBSR 2017). Für die Kommunen ist diese Lösung attraktiv, da sie mit der Übertragung des Vertrags zusätzliche Kosten wie Neben- und Renovierungskosten reduzieren können. Allerdings ist diese Praxis nur in einigen Fällen möglich.

Alle unsere Interviewpartner, die zum Zeitpunkt der Interviews noch nicht in der eigenen Wohnung wohnen, sind auf der Suche. Einige von ihnen haben erst vor kurzem begonnen, andere suchen seit Monaten. Insgesamt wurde der Übergang in den regulären Wohnungsmarkt sowohl von Seiten der Expert_innen als auch von Seiten der Geflüchteten in beiden Untersuchungsräumen als schwierig beschrieben.

Es wurden mehrere ausschlaggebende Faktoren genannt.

Dazu zählen erstens *Sprachbarrieren* sowie *fehlende Informationen über geeignete Suchtechniken*. Unsere Interviewpartner suchten ihre neue Unterkunft sowohl über gängige Suchportale im Internet als auch über soziale Kontakte. Keiner unserer Interviewpartner konnte eine Wohnung über das Internet finden. Neben Sprachproblemen fehlten im Einzelfall (noch) Erfahrun-

gen und Kenntnisse über geeignete Suchstrategien (siehe auch Foroutan et al. 2017; Fozdar/Hardley 2014; Francis/Hiebert 2014; Baier/Siegert 2018).

Im Gegensatz dazu scheint die Vermittlung von Wohnungen oder Zimmern über soziale Kontakte ein erfolgreicherer Weg zu sein, wie die folgenden Beispiele verdeutlichen. So beschrieb ein junger Interviewpartner aus Syrien, wie ein zufällig getroffener Landsmann ihm von einem freien Zimmer in seiner Wohngemeinschaft erzählte. Einem anderen jungen Interviewpartner aus dem Irak wurde von einem deutschen Freund, den er in einem Theaterprojekt kennengelernt hatte, eine Wohnung angeboten. Schließlich beschrieb ein weiterer junger Interviewpartner aus Syrien, wie er von einer Bekannten „seiner“ Ehrenamtlerin, die ihn seit seiner Ankunft unterstützt, über eine leerstehende Wohnung informiert wurde.

Der Übergang in den regulären Wohnungsmarkt wird zweitens durch den *Mangel an bezahlbarem Wohnraum* erschwert. In beiden Untersuchungsgebieten wird der überdurchschnittlichen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum kein entsprechendes Angebot gegenübergestellt. Die Mieten der freien Unterkünfte überschreiten oft die vom Jobcenter festgelegten Grenzen (siehe auch BBSR 2017).

Der Wohnungsmarkt in Köln ist bereits seit vielen Jahren angespannt. Die erhöhte Zuwanderung von Geflüchteten hat diese Situation verstärkt. Nicht nur bei Geflüchteten, sondern auch bei Student_innen und Haushalten mit geringerem Einkommen besteht eine starke Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen: „Das Problem betrifft nicht nur Flüchtlinge, sondern alle Leistungsempfänger, die dringend eine Wohnung suchen.“ (Gesprächspartner Auszugsmanagement, Köln). Das löst teilweise soziale Spannungen bei deutschen Transferleistungsempfängern aus. Das Auszugsmanagement ist sehr bemüht, die deutschen Transferleistungsempfänger nicht zu benachteiligen und betont die Prioritätenliste:

"[...] es gibt Beiträge auf Facebook oder Twitter, in denen es heißt: "Warum nicht wir, wir Deutschen, wir Sozialhilfeempfänger"? [...]. Wir versuchen es zu begründen und sagen, dass wir wirklich versuchen, schwerbehinderte oder traumatisierte Flüchtlinge umzusiedeln. Dass wir sagen, dass wir nicht jeden unterstützen, sondern Menschen, die diese Hilfe wirklich brauchen." (Gesprächspartner Auszugsmanagement, Köln)

Das Bestreben, den Wettbewerb um Wohnraum zu verhindern, ist in unseren Experteninterviews ein wiederkehrendes Motiv.

In Köln werden die niedrigsten Mieten für Wohnungen in Hochhäusern und älteren unsanierten Mehrfamilienhäusern, teilweise am Stadtrand, verlangt (KSK Immobilien 2018). Dies führt zu einem starken Zuzug Geflüchteter. Häufig handelt es sich dabei um Stadtteile, die bereits vorher einen höheren Ausländeranteil hatten (siehe Stadt Köln 2018).

Demgegenüber war der Wohnungsmarkt im Kreis Heinsberg zu Beginn der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten eher entspannt. In einigen Gemeinden waren sowohl kommunale als auch private Wohnungen frei. Diese Reserven wurden jedoch zwischenzeitlich von einigen Gemeinden für die Erstunterbringung Geflüchteter genutzt. Daher gibt es kaum noch Wohnungen, in die die Geflüchteten nach dem Verlassen der Gruppenunterkünfte ziehen können.

Der dritte Hinderungsgrund beim Übergang in den regulären Wohnungsmarkt sind *räumliche Einschränkungen* bei der Suche. Durch die Einführung der Wohnsitzauflage in NRW dürfen Geflüchtete, die innerhalb ihrer Gemeinde keine bezahlbare Wohnung finden können, nicht in Gemeinden mit entspannteren Wohnungsmärkten umziehen. Einige Befragte im Kreis Heinsberg bewerten dies überaus kritisch. Sie weisen darauf hin, dass Geflüchtete, die in sehr kleinen Gemeinden leben müssen, häufig mit stark begrenzten oder schlicht nicht vorhandenen Wohnungsangeboten, Integrationsangeboten (z.B. Integrationskurse) sowie Arbeitsmöglichkeiten konfrontiert sind. Expert_innen in der Stadt Köln betonen, dass die Wohnsitzauflage Familien mit mehreren Kindern daran hindert, außerhalb der Stadtgrenzen zu suchen, wo große Wohnungen günstiger sind.

Einen fünften Hinderungsgrund stellen *Vorbehalte seitens der Vermieter dar*. Die befragten Expert_innen in der Stadt Köln und im Kreis Heinsberg stellen fest, dass die Vorbehalte der Vermieter_innen gegenüber Flüchtlingen (aufgrund von Rechtsstellung, Einkommensquelle, Herkunftsland, Religion) ein großes Hindernis für den Übergang zum Wohnungsmarkt darstellen (siehe auch Flatau et al. 2015; Murdie 2008). In beiden Untersuchungsgebieten ist die Bereitschaft insbesondere der privaten Vermieter_innen, Flüchtlinge als Mieter_innen aufzunehmen, zurückgegangen. Einige Expert_innen gehen davon aus, dass diese Entwicklung stark vom medialen Diskurs über die sexuellen Übergriffe in Köln am Silvesterabend 2015 beeinflusst wird.

Auch in den Interviews mit Geflüchteten werden Diskriminierungen seitens der Vermieter_innen oder Mitbewohner_innen (wenn sie einen WG-Platz suchten) als eine starke Barriere beim Übergang zum Wohnungsmarkt genannt. Neben Vorbehalten aufgrund ihrer ausländischen Herkunft, ihrer Religion, ihren begrenzten Sprachkenntnissen oder gegenüber ihrem Flüchtlingsstatus (befristete Aufenthaltserlaubnis) wurden vor allem auch Vorbehalte gegenüber der Finanzierung der Mieten durch die öffentliche Hand, z.B. das Jobcenter, genannt. Obwohl es sich hierbei um ein vergleichsweise sicheres Mieteinkommen handelt, berücksichtigen einige Vermieter diese Bewerber_innen nicht, wie dieser Interviewte beschreibt:

„Also, ich habe ein Jahr lang nach einer Wohnung gesucht und suche nur im Internet. Meine Situation ist, [...] sie sehen nur das Jobcenter und schreiben sofort auf: ‚Es tut mir leid wegen Ihrer Bewerbung‘. Das bedeutet, dass sie nicht akzeptieren. Wenn du arbeitest, akzeptieren sie sofort.“ (Interview 9, Köln).

Hinzu kommt schließlich, dass die *angebotenen Wohnungsgrößen nicht der Nachfrage entsprechen*. In Köln erleben vor allem Familien mit mehreren Kindern die Suche nach großen Wohnungen (mehr als drei Zimmer) als problematisch. Gleichzeitig ist es Familien in Köln aufgrund von geltenden Mindeststandards (Stadt Köln 2017c) im Zusammenhang mit dem Bezug von Wohnberechtigungsscheinen auch nicht möglich, in eine kleinere Wohnung zu ziehen, da die kommunale Sozialhilfestelle solch einen Mietvertrag nicht akzeptieren würde:

„[...] nein, eine Wohnung mit 40 m² für eine Familie mit fünf Mitgliedern, so einen Umzug unterstützen wir nicht. Wir sagen, wir haben Standards, die wir einhalten wollen.“ (Koordinierungsstelle für Flüchtlinge, Köln)

Im Kreis Heinsberg gilt dies vor allem für junge männliche Flüchtlinge auf der Suche nach Einzimmerwohnungen. In den Interviews weisen die Expert_innen darauf hin, dass der Umzug in eine Wohngemeinschaft eine Lösung für diese jungen Männer sein könnte. Doch nach einigen Monaten in Gruppenunterkünften wollen viele der jungen Männer dringend wieder alleine leben und Privatsphäre haben. Darüber hinaus haben einige Vermieter_innen Bedenken, ihre Wohnungen als Wohngemeinschaften an junge, männliche Geflüchtete zu vermieten.

Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage bezieht sich nicht nur auf die Wohnungsgrößen sondern auch auf die Lage der Wohnungen im Stadtraum. So haben insbesondere Familien mit Kindern ein hohes Interesse daran, mit dem Wechsel von der Gruppenunterkunft zur eigenen Wohnung nicht auch das Quartier wechseln zu müssen, um einen Kindergarten-/Schulwechsel der Kinder zu verhindern. So ist es auch in den Kölner Leitlinien zur Unterbringung Geflüchteter als Ziel angegeben. Allerdings konnte auf diese Bedürfnisse zunächst kaum Rücksicht genommen werden, da die Nachfrage die Angebote so deutlich überstieg. Dies hatte zur Folge, dass Familien in neue Stadtteile umziehen mussten und Kinder die Schule wechseln mussten:

„[...] [Familien] mussten von Longerich nach Poll umziehen. Sie besuchten bereits einige Schulen und lebten in verschiedenen Unterkünften, sind jetzt ein wenig im Quartier integriert und kommen dann in einem völlig neuen Stadtteil an. Und die Eltern sind unglücklich. Die Kinder sind unglücklich. Es erscheint mir problematisch.“ (Grundschule, Viertel 1)

Mittlerweile ist die Stadtverwaltung wieder stärker bemüht, Umzüge innerhalb eines Bezirks zu ermöglichen:

„[...] wir werden die Leute aus den Gruppenunterkünften nehmen, wenn es passt. Also, wenn sie in der Nähe bleiben können, wo sie beschult werden, wo sie Kontakte knüpfen. Das ist eine Situation, in der wir uns erst jetzt befinden. Damals hatte die Räumung von Sporthallen oberste Priorität. Diese Umzüge fanden leider in alle Viertel der Stadt statt.“ (Koordinierungsstelle für Flüchtlinge, Köln).

Erfahrungen Geflüchteter in regulären Wohnungen

Auch diejenigen Interviewpartner, die bereits eine eigene Wohnung gefunden hatten, berichteten über die bereits erwähnten Barrieren (s.o.) bei ihrer Suche. Dennoch konnten sie eine eigene Wohnung finden. In den Interviews wurden soziale Kontakte als die größte Hilfe bei der Wohnungssuche genannt. Das folgende Zitat eines jungen Befragten aus Syrien veranschaulicht, wie besonders der Kontakt zu Freiwilligen oder Wohltätigkeitsorganisationen eine große Rolle spielt, da sie wertvolle und verlässliche Informationen liefern können. Darüber hinaus können diese Kontakte als Vermittler zwischen Flüchtlingen und Vermietern fungieren und so den Abschluss eines Mietvertrages unterstützen.

"Also erstmal habe ich gesucht in Immobilienscout24 und so, ohne Ende. Habe ich nix gefunden. Wenn ich etwas finde, schreibe ich etwas an die Leute, ich gehe den Termin ansehen. Ok, ich schreibe auf, was ich arbeite und so weiter, schreibe, dass ich von der Arbeitsagentur bezahlt werde. Wenn es Leute gibt, die arbeiten, dann nehmen sie die. Dann gibt's die Leute die arbeiten, dann ja dann nehmen die die. Ich habe es versucht und versucht, ich habe Bekannte angerufen und sie gefragt, ob sie Wohnungen haben oder Leute kennen, die eine Wohnung vermieten wollen, ich habe nichts gefunden. Am Ende gab es einen Freund von mir, der in der

Wohnung lebte und nach[Ortsname] ziehen wollte. Er erzählte mir davon und ich sprach mit Frau Elisabeth [Beraterin bei der Wohlfahrtseinrichtung] und sie sagte: ‚Ok, ich werde den Vermieter fragen‘ und das hat funktioniert.“ (Interview 1, Köln)

Es wird deutlich, dass Verhandlungen mit Vermieter_innen oft die Unterstützung einer deutschen Vertrauensperson benötigen, die in ihrem Namen sprechen, bei Sprachproblemen helfen und Zweifel abbauen kann. Dies veranschaulicht, wie Flüchtlinge von sozialen Kontakten mit Einheimischen profitieren können, um ihren Mangel an Wissen und Erfahrungen bei der Wohnungssuche und im Umgang mit Vermietern / Institutionen auszugleichen (Anthias 2007). Einige Befragte hörten jedoch auch von Vermittler_innen, die sich für ihre Tätigkeit bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen bezahlen lassen. Diese profitieren von der Situation auf dem Wohnungsmarkt durch hohe Gebühren für ihre Dienstleistungen.

Neben der Bedeutung der sozialen Kontakte erwies sich die Bereitschaft in einer Wohngemeinschaften zu leben als hilfreich um die Gruppenunterkünfte zu verlassen, da ein Einzelzimmer leichter zu finanzieren ist als eine Wohnung. Darüber hinaus berichteten die Befragten, dass sie auf der Grundlage eines Zeitvertrages ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft mieten konnten, da es üblich ist, dass Studierende ihre Zimmer während eines Praktikums an anderen Orten oder während eines Auslandsstudiums untervermieten. Das Leben in einer Wohngemeinschaft ist mit dem Aufbau sozialer Kontakte verbunden. Wenn die Befragten mit Freund_innen zusammenleben, kann die Wohnsituation zu einer wichtigen emotionalen Unterstützung für diejenigen werden, die ihre Familien zurücklassen mussten. Allerdings kann es immer wieder vorkommen, dass das Leben in einer Wohngemeinschaft nicht funktioniert – und einen weiteren Umzug unvermeidlich macht.

Der Übergang von Gruppenunterkünften zu privaten Mietwohnungen ist teilweise auch mit negativen Konsequenzen verbunden, z.B. mit prekären Mietverhältnissen die auf kurzfristigen oder unsicheren Mietverträgen beruhen. Gerade in solchen Situationen sind grundlegende Informationen über die Mieterrechte (z.B. Kündigungsschutz; anrechenbare Miete, Nebenkosten und Kaution) wichtig, da Menschen, die in unsicheren Wohnsituationen leben, einem ständigen Risiko der Obdachlosigkeit ausgesetzt sind, wie dieser Befragte berichtet:

„Wir mussten das Haus von heute auf morgen verlassen, denn nachdem man uns gesagt hatte, dass wir einen Monat Zeit zum Ausziehen hätten, kam die Sekretärin [des Vermieters] und sagte uns, dass wir HEUTE ausziehen müssten. Sie nahm unsere Schlüssel mit, so dass sich herausstellte, dass wir, sobald wir die Wohnung verlassen hatten, nicht mehr dorthin zurückkehren können. Wir wurden aufgefordert, all unsere Sachen in einem Auto zu sammeln, bis wir einen zweiten Platz finden. [...] Wir baten den Arbeitskollegen meines Mannes um einen Platz zu suchen, und er sagte uns, dass er für 2 Wochen eine leere Wohnung hat und dass wir dort wohnen können, bis wir eine eigene Wohnung finden. Nach zwei Wochen baten wir ihn die Wohnung für uns zu mieten, denn um ehrlich zu sein, war es so schwierig, ein Haus in Köln zu finden. Er akzeptierte und wir reichten unsere Papiere ein, und es wurde akzeptiert.“ (Interview 5, Köln).

Dieses Zitat verdeutlicht eindrücklich die Bedeutung sozialer Kontakte, in diesem Fall war es ein Kollege ihres Mannes, der sofort eine alternative Wohnung anbot und so verhinderte, dass diese junge Familie obdachlos wurde.

Schließlich ist es von Bedeutung zu erfahren, wie die Befragten ihre aktuelle Wohnsituation in der eigenen Wohnung bewerten. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass unsere Interviewpartner keine Alternative zu den Wohnungen oder Zimmern hatten, in denen sie derzeit leben. Sie hatten keine Wahlfreiheit, sondern mussten die einzige angebotene Wohnung / Zimmer nehmen, wie ein Interviewpartner aus Syrien erklärt:

„Also wie ich gesagt habe, das Problem ist, man kann sich nicht für eine Wohnung entscheiden. Wir haben diese gefunden, wir haben diese genommen. Man kann in Köln nicht viel suchen.“ (Interview 10, Köln)

Insgesamt werden die aktuellen Wohnsituationen von unseren Interviewpartnern unterschiedlich bewertet, obwohl die meisten von ihnen ihren dringenden Wunsch nach einer ruhigen Wohnsituation mit mehr Privatsphäre erfüllen konnten. Eine Veränderung der Wohnsituation kann zu mehr Wohlbefinden führen und die Lernmöglichkeiten für diejenigen verbessern, die die Sprache lernen. Im Gegensatz dazu werden Wohnsituationen, die den Integrationsprozess in die deutsche Gesellschaft erschweren könnten, eher kritisch betrachtet. Die Interviewpartnerin aus Syrien, die ihre Wohnung von einem Tag auf den anderen verlassen musste, freut sich über ein "Dach über dem Kopf" für sie und ihre Familie. Doch die neue Wohnung ist weit weg von der Altstadt, wo sie noch immer einen Sprachkurs besucht. Die tägliche Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zusammen mit ihrem Neugeborenen, ist für sie eine deutliche Belastung.

Ein weiterer kritischer Punkt wird von einem männlichen Interviewpartner aus Syrien erwähnt, der mit seinen Eltern und einer jüngeren Schwester in einem Viertel mit einem hohen Anteil an türkisch- und arabischsprachigen Menschen zusammenlebt.

„Eigentlich mag ich [das Viertel, in dem er lebt] nicht so sehr. Weil alle Menschen dort Türken sind. Und ich möchte mit den Deutschen sprechen. [...] Es gibt nicht so viele Kontakte da drüben.“ (Interview 10, Köln)

Strategien der staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen zur Bewältigung des Wohnungsmangels

Aufgrund des Mangels an bezahlbaren Wohnungen auf dem Mietmarkt wird das Wohnen in kommunalen Gruppenunterkünften in Köln inzwischen als dauerhafte Lösung angesehen, wie dieses Zitat eines Vertreters des Wohnungsamtes verdeutlicht:

„Welche Perspektive haben Geflüchtete jetzt noch an Wohnungen zu kommen? Die sind in Köln ungeheuer schlecht. Wir werden noch sehr lange auch Containeranlagen stehen haben, wo geflüchtete Menschen auch länger untergebracht sind.“ (Amt für Wohnungswesen, Stadt Köln)

Unsere Ergebnisse zeigen jedoch darüber hinaus zwei verschiedene Wege auf, wie staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Stadt Köln und im Kreis Heinsberg versuchen, der Wohnungsknappheit entgegenzuwirken.

(1) Vermittlung von leerstehenden Wohnungen: In beiden Untersuchungsgebieten erhalten Geflüchtete Unterstützung bei der Wohnungssuche durch verschiedene Akteur_innen.

Häufig besteht ein Bedarf an grundlegenden Informationen zum Thema Wohnen sowie Unterstützung bei der Suche nach einer geeigneten Wohnung, der Kontaktaufnahme mit dem/der Vermieter_in und der Unterzeichnung des Mietvertrages. So sind in einigen Gemeinden ehrenamtliche Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Wohnungsunternehmen sowie Mitarbeiter der Stadtverwaltung beteiligt und stehen idealerweise in einem engen Austausch. Dies verweist auf den Spielraum, den Kommunen bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben (z.B. Aufnahme von Flüchtlingen; Schammann/Kühn 2016) haben, wenn einige Kommunen freiwillig Angebote zur Unterstützung bei der Wohnungssuche initiieren. Umgekehrt gilt aber auch: wenn die Integration der Geflüchteten in den Wohnungsmarkt für die verantwortlichen Kommunalpolitiker nicht wichtig bzw. nicht zu unterstützen ist, wirkt sich dies auch auf das Engagement des umsetzenden Verwaltungspersonals aus, wie uns ein Gesprächspartner im Kreis Heinsberg mitteilte:

„Der Fisch stinkt vom Kopf her, das ist offensichtlich so. Wenn da oben der nicht will, dann [...] bricht sich das runter. [...] Mitarbeiter in Sozialämtern, die haben mir vor ´nem Jahr noch sehr euphorisch geholfen, [...] heut zucken die mit den Schultern. [...] Nicht, weil der keine Lust mehr hat, sondern weil er irgendwann mal einen aufn Deckel gekriegt hat, weil er sich zu sehr engagiert.“ (Bistum Aachen)

Eine wichtige Einrichtung in Köln ist in diesem Zusammenhang das von der Stadt, dem Kölner Flüchtlingsrat, dem Deutschen Roten Kreuz und der Caritas im Jahr 2011 entwickelte Auszugsmanagement. Ziel dieser Einrichtung ist es, Geflüchteten bei der Wohnungssuche zu helfen, um einen Auszug aus kommunalen Gruppenunterkünften zu ermöglichen. Nach einem erfolgreichen Umzug fungieren Sozialarbeiter_innen des Wohnungsamtes als Ansprechpartner für die Mieter_innen und Vermieter_innen. Die Auswahl der Geflüchteten, die Unterstützung erhalten, erfolgt durch diejenigen Sozialarbeiter_innen, die für die jeweilige Gruppenunterkunft zuständig sind. Die Auswahl der Geflüchteten erfolgt auf Basis von Kriterien wie besondere Verwundbarkeit, Asylstatus und „positive Sozialprognose“. Diese Kriterien sind jedoch für Betroffene teilweise kaum nachvollziehbar (BBSR 2017). Nach Angaben des Auszugsmanagement wurden im Jahr 2016 842 Personen (237 Familien) in privaten Wohnraum vermittelt. Es gibt jedoch eine Warteliste mit bis zu 3.600 Parteien. Dies zeigt deutlich, dass vor dem Hintergrund angespannter Wohnungsmärkte in Großstädten die kommunalen Fördermaßnahmen zur Wohnungssuche für Flüchtlinge (oder andere bedürftige / gefährdete Gruppen) nur bedingt wirksam sind.

Seit 2015 arbeitet das Auszugsmanagement mit der Kommunalen Wohnungsgesellschaft zusammen, die sich verpflichtet hat, jährlich 150 Wohnungen für Geflüchtete bereitzustellen (BBSR 2017). Da diese Wohnungsgesellschaft jedoch hauptsächlich Wohnungen mit zwei oder drei Zimmern im Bestand hat, kann die Nachfrage von Familien mit mehreren Kindern sowie von Einpersonenhaushalten kaum befriedigt werden. Außerdem sind die Geflüchteten nur eine Gruppe von mehreren anderen (schutzbedürftigen) Gruppen, die nach bezahlbaren Wohnungen suchen. Ein Vertreter eines kommunalen Wohnungsunternehmens beobachtet einen zunehmenden Wettbewerb:

„Die Flüchtlingsorganisationen [sind] immer nur ein Teil der Nachfrage und wir müssen auch ein bisschen danach schauen, dass wir möglichst alle Interessen wahrnehmen. Und natürlich gibt es die ein oder andere Obdachlosenorganisation, die uns nachsagt, ja nachdem die Flüchtlinge da sind, gucken die Obdachlosen in die Röhre. Das gleiche sagt uns vielleicht der ein oder andere deutsche Wohnungssuchende.“ (städtische Wohnungsgesellschaft, Köln)

(2) Neue Bauvorhaben: Der zweite Weg, dem Wohnungsmangel zu begegnen, sind Neubauten. Seit der Einführung neuer Bedingungen für die Finanzierung von gefördertem Wohnungsbau auf Landesebene im Jahr 2015 nimmt die Bautätigkeit zu. Dies zeigt, dass neben klassischer Integrationspolitik auch andere Politiken, wie z.B. die Wohnungspolitik, Integrationspolitik beeinflussen (Czaika/de Haas 2013).

Im Kreis Heinsberg weisen Vertreter_innen verschiedener Kommunen darauf hin, dass es zu wenige Sozialwohnungen gibt. Zum Zeitpunkt unserer Interviews hatte jedoch nur eine Gemeinde beschlossen, in den Bau neuer Wohnungen für Flüchtlingsfamilien zu investieren. Durch die Ansiedlung von Flüchtlingsfamilien mit Kindern in schrumpfenden Dörfern will ein Vertreter der Gemeinde 2 die Schließung von Grundschulen verhindern:

"Darüber hinaus haben wir im vorigen Jahr beschlossen [...] selber 18 Wohnungen zu bauen [...]. Die haben wir ganz bewusst gewählt, diese Standorte, weil die Grundschulen sind da notleidend, in [Ortsname] ist es nicht dauerhaft möglich ´ne zweizügige Grundschule aufrecht zu erhalten und in [Ortsname] droht sogar die Schließung der Grundschule, wenn wir nicht mehr Kinder in [Ortsname] platzieren können und das geht natürlich durch so eine Flüchtlingsunterkunft relativ gut." (Stadtverwaltung Gemeinde 2, Kreis Heinsberg)

Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel für die Bemühungen schrumpfender Gemeinden, einige negative Folgen des Bevölkerungsrückgangs durch die dauerhafte Integration von Geflüchteten abzumildern.

In Köln investiert unter anderem die städtische Wohnungsbaugesellschaft in den Neubau von Wohnungen. Im Jahr 2017 setzten sie sich 350 Wohneinheiten als Bauziel. Nach Angaben des Wohnungsamtes waren 2017 in der Stadt insgesamt ca. 1.000 öffentlich geförderte Wohneinheiten in Bau. Private Investoren hingegen konzentrieren sich beim Bau nach wie vor eher auf vergleichsweise teure Ein- und Mehrfamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen im gehobenen Preissegment – obwohl die Finanzierungsbedingungen für öffentlich geförderte Bauvorhaben verbessert wurden. Die Stadt Köln versucht dem durch neue Konzepte für Bauherren entgegenzuwirken. So wurde im Jahr 2013 ein *kooperatives Baulandmodell* verabschiedet, welches Investoren verpflichtet mindestens 30 % der Neubauprojekte als geförderte Wohnungen zu entwickeln. Zudem werden kommunale Immobilien/Grundstücke nicht mehr an den meistbietenden Investor vergeben sondern an denjenigen, mit dem "besten Konzept" (Stadt Köln 2016b). Die Bewertungsmatrix legt u.a. die geplante Anzahl an geförderten Wohnungen zugrunde (Hendorf 2017). Damit käme nicht unbedingt der Investor mit dem höchsten Gebot zum Zug, sondern derjenige, der die Anforderungen der Stadt am besten erfüllt und umsetzt (Attenberger 2016). Diese Maßnahmen sind Beispiele dafür, wie sich der in den letzten Jahren intensiviertere öffentliche und politische Diskurs über die Bedeutung von bezahlbarem Wohnraum für die soziale Integration in kommunalen wohnungspolitischen Konzepten widerspiegelt.

4.2 Sprache und Arbeitsmarkt

Insgesamt nehmen Fragen der ersten Unterbringung und des Übergangs zum regulären Wohnungsmarkt, als Ausdruck struktureller Integration, sowohl bei den Geflüchteten als auch bei den interviewten Expert_innen einen sehr hohen Stellenwert ein. Spätestens sobald die drängendsten Fragen der Unterbringung geklärt sind, gewinnen zwei weitere zentrale Integrationsaspekte an Bedeutung: das Erlernen der Landessprache und, eng damit verbunden, der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt⁴. In unserem Forschungsprojekt haben wir daher erstens untersucht, welche Möglichkeiten und Barrieren beim Spracherwerb bestehen. Zweitens haben wir uns dafür interessiert, welche Zugänge zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt existieren, welche Bedeutung vorhandene Qualifikationen haben und wie schließlich erreichte Ausbildungs- und Arbeitsplatzverhältnisse bewertet werden.

4.2.1 Spracherwerb

Um sich in einem fremden Land zurechtzufinden, sind lokalspezifisches Wissen und Kompetenz erforderlich. Insbesondere der Aufbau von Sprachkenntnissen wird als Schlüssel zur Integration angesehen, gelten diese doch als wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung lokaler Kontakte, eine erfolgreiche Alltagsbewältigung und die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit (Vogel/Rinke 2008, S. 261; Esser 2006). In den 1990er Jahren waren Sprachlernangebote jedoch nur für anerkannte Geflüchtete zugänglich (Aumüller/Bretl 2008, S. 34). Asylbewerber und Geduldete waren auf kostenlose bzw. spendenfinanzierte Angebote, gute Kontakte zu Einheimischen sowie ihre eigenen autodidaktischen Fähigkeiten (Erlernen mittels alter Kinder- und Schulbücher) angewiesen (Kühne/Rüssler 2000; Aumüller 2008). Heute stehen neben anerkannten Flüchtlingen auch Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive⁵ und Geduldeten Integrationskurse offen (BAMF 2018). In den Integrationskursen soll über die Sprachmodule und die Orientierungskurse die Basis für eine gelungene Integration in Deutschland gelegt werden. Ihnen kommt eine herausragende Bedeutung für den weiteren Integrationsverlauf zu.

Ergebnisse: Welche Möglichkeiten und Barrieren bestehen beim Spracherwerb?

Die meisten unserer Interviewpartner konnten einen Integrationskurs besuchen und haben diese Möglichkeit als sehr positiv bewertet. Die Zertifikate, mit denen diese Kurse abgeschlossen werden, stellen eine wichtige Eintrittskarte für weitere Qualifikationsmaßnahmen und den Arbeitsmarkteinstieg dar. Es gab aber auch einige Interviewpartner, denen der Besuch eines Integrationskurses aus unterschiedlichen Gründen nicht bzw. nur schwer möglich war. In den Interviews wurden insbesondere folgende Aspekte genannt:

- Als zentrale Barriere wirkt der *rechtliche Status*. Asylbewerber aus solchen Ländern *ohne* gute Bleibeperspektive (z.B. Afghanistan), also einer Schutzquote unter 50 %,

⁴ Aufgrund der engen Verknüpfung der Maßnahmen zum Spracherwerb und der Arbeitsmarktintegration werden die Ergebnisse zu diesen beiden Aspekten der Integration in einem Kapitel bearbeitet.

⁵ Als Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive werden Menschen definiert, die aus Herkunftsländern mit einer Schutzquote von über 50 % kommen. 2017 fielen darunter die fünf Herkunftsländer Eritrea, Irak, Iran, Syrien und Somalia.

oder sicheren Herkunftsstaaten⁶ sind nicht berechtigt, einen Integrationskurs zu besuchen.

- Insbesondere 2015/2016 überstieg die Nachfrage nach Integrationskursplätzen deutlich das vorhandene Angebot. Zum Teil gab es *Wartezeiten* bis zu mehreren Monaten. Aufgrund der vor allem anfangs beschränkten Zugangsmöglichkeiten für viele Geflüchtete, wurden viele alternative Sprachkursangebote entwickelt – z.B. durch Kirchen, karitative Einrichtungen, ehrenamtliche Organisationen oder auch einzelne Ehrenamtler. In diesen inoffiziellen Angeboten konnten erste Sprachkenntnisse erworben werden und boten somit eine Möglichkeit, mit Barrieren aufgrund des rechtlichen Status oder zu wenigen Angeboten umzugehen. Gleichzeitig schlossen diese Kurse aber nicht mit einem Zertifikat ab, welches den Zugang zu weiteren Qualifikationen oder dem Arbeitsmarkt eröffnet hätte.
- Für Mütter mit kleinen Kindern gab es zunächst kaum Angebote mit einer parallelen *Kinderbetreuung*. Auf diesem Wege wurden Frauen mit Kindern von einer frühzeitigen Teilnahme ausgeschlossen. Mittlerweile ist dieses Problem erkannt und man ist bemüht, hier zusätzliche Angebote zu schaffen. Allerdings reichen die Angebote immer noch nicht aus. Die Interviewpartner entwickeln daraufhin unterschiedliche Strategien. Zum Beispiel besucht ein Elternteil vormittags und der andere abends einen Integrationskurs. Oder ein Elternteil beginnt den Kurs, sobald der andere seinen Kurs abgeschlossen hat.

Die drei genannten Barrieren (rechtlicher Status, mangelnde Sprachkursangebote und Kinderbetreuungsmöglichkeiten) führen in den meisten Fällen zu einer zum Teil ganz erheblichen Verzögerung beim Spracherwerb. Zwar berichteten vereinzelte Interviewpartner, dass sie sich die Sprache via YouTube-Videos und Kinderbüchern selber beigebracht hätten. Für andere ist dieser Weg jedoch nicht praktikabel, wenn sie z.B. nicht gewöhnt sind, zu lernen. Die zeitliche Verzögerung beim Zugang zu regulären Sprachlernangeboten und somit die zeitliche Verzögerung des Zugangs zu zentralen gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten wirkt auf viele Geflüchtete demotivierend.

Unsere Interviewpartner berichteten außerdem über Schwierigkeiten im Hinblick auf die *Erreichbarkeit* der Angebote. Im Kreis Heinsberg gibt es nicht in allen Gemeinden Integrationskurse, noch geringer ist das Angebot an weiterführenden Sprachkursen. Kurse in anderen Gemeinden waren zum Teil nicht pünktlich zu Kursbeginn mit dem ÖPNV erreichbar. In Köln hingegen ist ein umfassendes Angebot an verschiedenen Sprachkursen verfügbar. Aber auch in Köln berichteten vor allem junge Familien mit Kindern von Schwierigkeiten, wenn der Kurs weit entfernt vom Wohnstandort liegt. Dies ist relativ häufig der Fall, da die Sprachkurse zu meist während des Lebens in den Gruppenunterkünften begonnen werden. Wird dann eine neue Wohnung gefunden, liegt diese in den seltensten Fällen im gleichen Stadtteil. Je nach

⁶ EU-Mitgliedstaaten, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, ehem. jugoslaw. Republik Mazedonien, Montenegro, Senegal, Serbien (Stand: September 2018) (<http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/Sonderverfahren/SichereHerkunftsstaaten/sichereherkunftsstaaten-node.html>)

Qualität der ÖPNV-Verbindungen zwischen diesen verschiedenen Standorten ist es für einige Gesprächspartner eine immense Herausforderung bzw. kaum möglich, pünktlich zu den Integrationskursen zu kommen, wie folgendes Zitat verdeutlicht:

„Aber für uns ist das Haus jetzt nicht geeignet, weil es in Worringen liegt, etwas abseits der Stadt. Ich habe ein [2 Monate altes] Kind und deshalb ist der Weg für mich so schwierig, ohne Auto, im öffentlichen Verkehr, im Winter, und ich habe jeden Tag einen Sprachkurs [in Kalk]. Ich war meistens zu spät, deshalb suchen wir eine neue Wohnung, die für mein Kind geeignet ist und auch für uns, in der Nähe der Stadt.“ (Interview 5, Köln)

Der Erfolg des Spracherwerbs und der Nutzen für die Geflüchteten hängen in großem Maß von der Konzeption und Ausgestaltung der Integrationskurse ab. Dies zeigt sich an dem Wunsch der Interviewpartner nach einer *vergleichbaren Unterrichtsqualität*. Dies wurde seitens der Interviewpartner vor allem im Hinblick auf die heterogene sprachliche Kompetenz und das überaus unterschiedliche Engagement des Lehrpersonals geäußert. So konzentrieren sich manche Lehrpersonen/Kursträger ausschließlich auf die Vermittlung der Sprache, während andere die Inhalte auch praktisch anwenden und zum Beispiel über Möglichkeiten des Berufseinstiegs informieren oder sogar Kontakte vermitteln (vgl. 4.2.2). Diese Unterschiede zwischen den Integrationskursen können einen deutlichen Einfluss auf den weiteren Integrationsverlauf haben.

Zudem äußerten Interviewpartner sowohl in Köln als auch im Kreis Heinsberg den Wunsch nach einem differenzierteren und flexibleren Kursangebot. Dies begründeten sie durch das unterschiedliche Lerntempo der einzelnen Teilnehmer_innen (z.B. aufgrund von Belastungen, kurzer Schulbiographie, zeitliche Beschränkung des Selbstlernens wegen Familie oder Arbeit). Schließlich wurde in den Interviews thematisiert, dass das feste Ziel der Integrationskurse, das Sprachniveau B1 zu erreichen, nicht für alle Teilnehmer_innen passt. Für einige Personen steht bereits zu Beginn fest, dass sie zügig ein höheres Sprachniveau erreichen möchten oder müssen, da sie eine Ausbildung oder ein Studium anstreben. Andere Interviewpartner äußerten Zweifel daran, ob sie das B1-Niveau über den Integrationskurs erreichen können, insbesondere unter schwierigen Lernbedingungen – und ob sie es in ihrem Alltag brauchen. Hierzu gehören bspw. ältere Flüchtlinge, für die es schwieriger sein kann, eine neue Sprache zu lernen und die in Deutschland wahrscheinlich nicht mehr arbeiten werden. Hierzu gehören aber auch solche Personen mit geringer Bildungserfahrung, die sich eher einen frühen Jobeinstieg mit geringeren Qualifikationsansprüchen wünschen, um im Arbeitsumfeld das Deutsch lernen zu können, welches sie tatsächlich benötigen. Für einige Gesprächspartner stellen die Anforderungen des Spracherwerbs eine enorme psychische Belastung dar, zumal sie die Erfahrung gemacht haben, dass fehlende Erfolge im Sprachkurs als persönliche Defizite bei der Integration bewertet werden (z.B. durch Sachbearbeiter_innen im Jobcenter). Seitens unserer Gesprächspartner wurde angeregt, den Abschluss des Integrationskurses für unterschiedliche Zielgruppen auf verschiedenen Sprachniveaus anzubieten.

Die Gespräche mit Kursträgern, Vertreter_innen aus der Flüchtlingsberatung und den Integration Points belegen, dass es sich bei der Sprachförderung um ein äußerst dynamisches Feld handelt, in dem kontinuierlich neue Kursangebote konzipiert werden. Im Verlauf der letzten

Jahre wurden viele Erfahrungen gesammelt, auf deren Basis das Kursangebot zunehmend differenzierter und zielgruppenorientierter gestaltet wird. Gleichzeitig verändern sich auch die Vorgaben von Bund und Land für den Teilnehmerkreis sowie die Förderung von Maßnahmen, was sich wiederum darauf auswirkt, welche Sprachkurse für welche Personengruppen angeboten werden.

4.2.2 Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

„Also `ne bessere Integration als zu arbeiten, Kollegen zu haben, sich austauschen zu können gibt's gar nicht.“ (Bürgerinitiative Gemeinde 3, Kreis Heinsberg)

Dieses Zitat einer Interviewpartnerin aus Heinsberg veranschaulicht die Bedeutung, die dem Zugang zum Arbeitsmarkt sowohl in der Gesellschaft als auch der Politik beigemessen wird. Eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle gilt als zentrale Voraussetzung für und Ausdruck einer strukturellen Integration in die Aufnahmegesellschaft. Die positiven Konsequenzen sind vielfältig und reichen von ökonomischer Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen, vermehrten Teilhabemöglichkeiten, verbesserten Chancen auf dem Wohnungsmarkt über die Akkumulation von Humankapital, den Aufbau lokaler sozialer Netzwerke und die Verbesserung der Sprachkenntnisse bis hin zur Wiederherstellung des Selbstbewusstseins (Ager/Strang 2008; Aumüller et al. 2015). Gleichzeitig bedeutet die Integration dieser Gruppe in den Arbeitsmarkt eine enorme Herausforderung, was daran deutlich wird, dass sich Geflüchtete im Vergleich zu anderen Migrantengruppen deutlich später in den Arbeitsmarkt integrieren. Auswertungen einer IAB-SOEP-Migrationsstichprobe haben gezeigt, dass die Beschäftigungsquoten der Geflüchteten erst 15 Jahre nach ihrem Zuzug keine Unterschiede mehr zu den Quoten anderer Gruppen aufweisen (Brücker et al. 2015, S. 10).

Dies ist unter anderem auf die bestehenden *rechtlichen Barrieren* zurückzuführen. Denn der Zugang zum Arbeitsmarkt hängt stark vom jeweiligen Aufenthaltstitel ab (Aumüller 2018). Darüber hinaus fehlen jedoch, zumindest in der ersten Zeit, auch ausreichende *Sprachkenntnisse* und (anerkannte, ausreichende) *Qualifikationen*. So zeigte eine Befragung von Teilnehmer_innen eines ESF-Bundesprogramms zur arbeitsmarktrechtlichen Unterstützung von Bleibeberechtigten und Geflüchteten mit Zugang zum Arbeitsmarkt, dass nur knapp ein Viertel der 19.570 Befragten eine berufliche Ausbildung abgeschlossen und nur 12,5 % der Teilnehmer_innen universitäre Erfahrung hatten (Lawaetz-Stiftung 2014, S. 9-10, 16).

Insgesamt hat sich in diesem Bereich vor dem Hintergrund der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den 1990er Jahren ein bemerkenswerter Richtungswechsel vollzogen von einer Politik, die stark auf Abschottung Geflüchteter vom deutschen Arbeitsmarkt gerichtet war, hin zu einer möglichst frühen Arbeitsmarktintegration bleibeberechtigter Geflüchteter (Etzold 2018, S. 319). Dies spiegelt sich z.B.:

- in den veränderten institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die einen früheren uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für anerkannte Flüchtlinge / Asylberechtigte / subsidiär Geschützte ermöglichen;

- in der verbesserten Sprachförderung durch die Öffnung der Integrationskurse für Menschen im Asylverfahren aus Ländern mit positiver Bleibeperspektive;
- in den zahlreichen Programmen und Maßnahmen, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, um den Ausbildungs- und Arbeitsmarkteinstieg Geflüchteter zu unterstützen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Maßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarkteinstiegs von Geflüchteten

Ziel	Bundes- und Landesebene	Lokale und regionale Ebene
Spracherwerb	z.B. Integrationskurse, Berufsbezogene Deutschsprachförderung, Basissprachkurse zur Integration von Flüchtlingen (NRW)	zusätzl. Sprachkurse
Information, Beratung, Vermittlung	z.B. Integration Point, Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration (Kau- sa)	Beratungsstellen, Netzwerke, z.B. CHANCE+
Einstieg in Ausbildung/ Arbeit	Programme* wie z.B. KompAS, PerF, PerF-W, PerjuF, PerjuF-H, BOF, Care for Integration (NRW)	Programme lokaler/regionaler Verbände (z.B. HWK, IHK) und Unternehmen
Erwerb/ Anerkennung von Bildungsabschlüssen	Anerkennungsgesetz des Bundes, Portal „Anerkennung in Deutschland“, Zugang zu (Weiter-) Bildung	Qualifikationstests (z.B. IHK), Programme von Universitäten und Fachhochschulen

Quelle: eigene Darstellung; * Programme zum Einstieg in Ausbildung und Arbeit unterliegen einer großen Dynamik sowohl hinsichtlich der Einführung neuer Maßnahmen als auch hinsichtlich des teilnahmeberechtigten Personenkreises.

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus möglich, dass die zukünftige Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt günstiger verläuft als in der Vergangenheit (Brücker et al. 2015, S. 10). So waren Mitte 2018 311.000 Personen, die aus den acht wichtigsten außereuropäischen Asylherkunftsländern⁷ stammen, abhängig beschäftigt (Beschäftigungsquote: 28,3%). Zwar sind viele von ihnen noch in bezahlten Praktika oder in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen tätig, rund 78 % sind jedoch in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis (Brücker 2018, S. 2-3).

Bei der Integrationsmöglichkeit in den Arbeitsmarkt zeigen sich häufig große regionale Unterschiede aufgrund der Aufnahmefähigkeit des jeweiligen Arbeitsmarktes (Aumüller/Bretl 2008). Zudem zeichnen sich branchenspezifische Zugangsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt ab, denn Flüchtlinge finden am ehesten in solchen Branchen eine Beschäftigung, die für einheimische Arbeitskräfte weniger attraktiv sind (z.B. dem Hotel- und Gastgewerbe, Gebäudereinigung, Wach- und Sicherheitsdienste) (Brücker et al. 2015, S. 8; Kühne/Rüssler 2000). Auch im Her-

⁷ Im Jahr 2018 sind dies Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien (Brücker 2018, S. 2).

kunftsland erworbene berufliche Qualifikationen oder Hochschulabschlüsse erlauben nicht zuverlässig einen raschen Arbeitsmarkteinstieg. Der Prozess des De-Skilling in Folge von Migration zeigt sich bei den Fluchtmigrant daher sehr deutlich (Aumüller 2018).

Vor diesem Hintergrund haben wir in unserem Forschungsprojekt untersucht, wie der Zugang zum Arbeitsmarkt bei den von uns interviewten Geflüchteten erfolgt. Darüber hinaus hat uns interessiert, wie vorhandene Qualifikationen und Ressourcen (z.B. Sprache) für den Arbeitsmarkteinstieg genutzt werden können und wie die eigene Position bewertet wird. Im Folgenden werden die Ergebnisse auf Basis unserer eigenen empirischen Forschung dargestellt.

Ergebnisse: Wie erfolgt der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt?

Die Basis des Zugangs zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist der Besuch eines Integrationskurses (s.o.). Hier werden zum einen grundlegende Sprachkenntnisse (angestrebter Abschluss B1) vermittelt und – bei erfolgreichem Abschluss – ein Zertifikat ausgestellt, das den Zugang zu weiteren Maßnahmen der beruflichen Eingliederung eröffnet. Darüber hinaus gehört das Thema Arbeitssuche zum Rahmencurriculum für Integrationskurse (Goethe Institut 2016). So können auch Basiskenntnisse über Qualifikations-, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland vermittelt werden, die die Grundlage für den späteren Berufseinstieg darstellen. Allerdings haben unsere Interviews gezeigt, dass Umfang und Intensität der Auseinandersetzung mit dieser Thematik je nach Träger des Integrationskurses und je nach Lehrpersonal sehr unterschiedlich ausfallen können, wie die beiden folgenden Zitate verdeutlichen:

„Ja ich frage die Leute, wie kann man eine Ausbildung finden? Manche sagen, das ist schwer. Manche sagen, du kannst das nicht so einfach. Und sie sagen mir, dass ich in den Firmen von Schreibern nachfragen soll, ob ich da bei denen eine Ausbildung machen kann oder nicht. Ich suche im Internet, aber im Internet gibt es keine.“ (Interview 10, Köln)

„Dann hab ich zwei Wochen dort Deutsch gelernt und da war ein Chef vom Kurs, der hat mir gesagt: Ja willst du z.B. eine Ausbildung machen? Was kannst du handwerklich? [...] Ich kann z.B. Elektrik, ich war im Irak. Ich habe dort sechs Jahre als Elektriker gearbeitet in der Zwischenzeit. Und er sagt mir, ok machen wir.“ (Interview 7, Köln)

Dem Interviewpartner 7 wurde daraufhin in eine ausbildungsvorbereitende Maßnahme der Handwerkskammer vermittelt, über die er ein Praktikum und letztendlich einen Ausbildungsplatz gefunden hat. Die Zitate verdeutlichen, dass die Vermittlung zentraler Informationen und somit auch der Verlauf der Arbeitsmarktintegration stark personengebunden sind. In den Interviews mit Geflüchteten in Köln wurden oft Lehrer_innen aus Integrationskursen als ‚Weichensteller‘ genannt, die hilfreiche Informationen darüber vermittelt haben, welche Möglichkeiten es nach dem Integrationskurs gibt (z.B. weiterführender Sprachkurs, Aus- oder Fortbildung, Studium). Im Kreis Heinsberg wurden auch häufiger Mitarbeiter aus den Wohlfahrtsorganisationen, vom Jobcenter oder Integration Point genannt. Es zeigt sich, dass auch im Hinblick auf eine strukturelle Integration in den Arbeitsmarkt soziale Kontakte und die persönliche Förderung von Geflüchteten in Form beruflichen Coachings eine zentrale Rolle spielen. Schwierigkeiten ergeben sich allerdings für diejenigen Geflüchteten, die nicht über solche sozialen Kontakte verfügen.

Sowohl in den Interviews mit einigen Geflüchteten als auch in Interviews mit Expert_innen wurde über die ‚richtige‘ Reihenfolge von Sprachlernangeboten und Arbeitsmarkteinstieg diskutiert. Nicht selten stehen die Erfordernisse des Sprachlernens und des Geldverdienens in unmittelbarer Konkurrenz zueinander. So zeigten sich Konflikte zwischen Mitarbeitern des Jobcenters und Geflüchteten, wenn jemand den Sprachkurs abbrechen wollte, um eine Ausbildung anzufangen oder einer Arbeit nachgehen zu können. Zwar besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich die Sprache besser in einem praktischen Umfeld erlernen lasse, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Auf der Arbeit lernt man die Sprache gut. (...) Also nicht richtig, aber gut. Dass die Zunge einfach läuft.“ (Interview 1, Köln)

Gleichzeitig berichten Geflüchtete als auch Expert_innen, dass die *Sprachkenntnisse*, die die Geflüchteten in einem Sprachkurs mit B1-Niveau erreicht hatten, zum Teil nicht ausreichten, um bestimmte Berufe oder Ausbildungen zu bewältigen. Das Sprachniveau im Betrieb oder der Berufsschule erwies sich nicht selten als zu hoch. Eine gelungene Verzahnung von Arbeit/ Ausbildung und weiterführenden Sprachkursen stellt sich somit aktuell als eine der zentralen Herausforderungen für die berufliche Integration von Geflüchteten dar. Hierzu wurden im Laufe der letzten Jahre bereits vielfältige Angebote entwickelt (z.B. PerF, Einstiegsqualifizierung mit Sprachförderung etc.), die jedoch meist nicht den gewünschten Erfolg erzielten, auch weil sie die Teilnehmer_innen mitunter überforderten.

Insgesamt wurde in den Gesprächen deutlich, dass es individuell sehr unterschiedliche Vorstellungen von einer gelungenen Integration in den Arbeitsmarkt gibt. Sowohl Expert_innen als auch Geflüchtete betonen, wie wichtig es für die Integration der Betroffenen ist, unabhängig von Transfereinkommen leben zu können. Unterschiede gibt es aber in Bezug auf die zeitliche Perspektive. Während viele Geflüchtete schnell auf eigenen Füßen stehen möchten, verweisen die Expert_innen meist auf die langfristigen negativen Folgen für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, wenn selbst grundlegende Bildungsqualifikationen zugunsten eines zu frühen Arbeitsmarkteinstiegs nicht erreicht werden.

„Es gibt natürlich viele Leute, die dann einen Job bei McDonalds gefunden haben oder froh sind, dass sie eigenes Geld verdienen. Aber das sind natürlich alles sehr kurze Erfolgserlebnisse. Ich denke wichtiger und schwieriger ist es, Bildung oder eine Ausbildung zu vermitteln und Sprache über B1 hinaus, also über die pure Verständigungsmöglichkeit hinaus, zu vermitteln.“ (Volkshochschule Stadt Köln)

Diese Einschätzung wird auch von einem Teil der Geflüchteten vertreten. Sie verstehen unter der Integration in den Arbeitsmarkt auch die Möglichkeit, sich beruflich zu entfalten, d.h. ihren eigenen Beruf auszuüben oder einen Beruf zu erlernen, der ihren Interessen entspricht. Dazu sind in der Regel umfassende Sprachkenntnisse notwendig.

Viele unserer Gesprächspartner waren zum Zeitpunkt des Interviews noch im Sprachkurs, entweder im Integrationskurs oder auch in einem weiterführenden B2 oder C1 Kurs (siehe Abbildung 3). Hierbei handelte es sich überwiegend um jüngere Gesprächspartner, die in ihren Herkunftsländern noch nicht lange Jahre in eine Ausbildung oder ihre Karriere investiert hatten, und einen Ausbildungsplatz oder Studienplatz anstreben.

Abbildung 7: Wege nach dem Integrationskurs



Quelle: eigener Entwurf

Recht häufig wurde seitens unserer Interviewpartner ein *Praktikum* in dem gewünschten Berufsfeld als Versuch angeführt, einen Zugang zu einer Ausbildung oder zum Arbeitsmarkt zu finden. Allerdings machten unsere Gesprächspartner hier sehr unterschiedliche Erfahrungen. Während einige über ihr Praktikum tatsächlich ihre Ausbildung finden konnten, berichteten andere über Praktika, in denen keine sinnvollen oder verantwortungsvollen Tätigkeiten übernommen werden konnten und die auch im Anschluss keine neuen Perspektiven eröffneten. Auch hier zeigten sich wieder Unterschiede bei unseren Untersuchungsräumen dahingehend, dass in Heinsberg im Gegensatz zu Köln deutlich weniger Möglichkeiten bestehen, ein Praktikum in unterschiedlichen Berufsfeldern zu absolvieren. Die Wohnsitzauflage und das ÖPNV-Angebot beschränken wiederum die Optionen von Geflüchteten auf das Umfeld ihrer Gemeinde und wirken sich somit auch als Hemmnis bei der Arbeitsmarktintegration aus.

Seltener können auch *Mini-Jobs* den Weg zu einer qualifizierten Beschäftigung ebnen. So arbeitet ein Gesprächspartner in der IT-Branche. Der Mini-Job ermöglicht ihm, aufgrund des geringen Stundenumfangs gleichzeitig an einem Integrationskurs teilzunehmen und in seinem früheren Berufsfeld tätig zu sein. Häufig finden sich Mini-Jobs aber in klassischen Aushilfstätigkeiten (Restaurant, Security). Seitens der Interviewpartner wurden diese Mini-Jobs als Überbrückung angesehen, mit der sie Geld dazu verdienen können, bis sie eine Ausbildung oder Vollzeit-Stelle gefunden haben.

Nur wenige unserer Gesprächspartner arbeiteten zum Zeitpunkt des Interviews in *Vollzeit* oder hatten eine *Fort-/ oder Ausbildung* oder ein *Studium* erreicht. Dies ist maßgeblich durch den Zeitpunkt des Interviews beeinflusst, da viele Geflüchtete in der Zeit unserer Erhebung erst an einem Integrationskurs oder Sprachkurs teilnahmen. Vergleicht man die Möglichkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Köln und dem Kreis Heinsberg, zeigt sich, dass Köln im Gegensatz zu Heinsberg ein differenzierteres und breiteres Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsstellen aufweist. Im Kreis Heinsberg stehen Geflüchtete zudem vor der Herausforderung,

Arbeitsangebote in entfernteren Gemeinden tatsächlich erreichen zu können, da das ÖPNV-Angebot hierfür häufig nicht ausreicht:

„[...] wo die [Geflüchteten] Arbeit finden könnten, weil es ja doch meistens Hilfsarbeiten sind, herrscht Schichtbetrieb. Können die aber alle nicht, weil um acht Uhr hier die Bürgersteige hochgeklappt werden.“ (Bürgerinitiative Gemeinde 4, Kreis Heinsberg)

Diejenigen, die sich zum Zeitpunkt unserer Untersuchung schon um einen Berufseinstieg bemühten, berichteten darüber hinaus zum Teil von deutlichen Schwierigkeiten, aufgrund ihres rechtlichen Status, mangelnder Sprachkenntnisse und der Bewertung ihrer beruflichen Qualifikationen.

Ergebnisse: Welchen Nutzen haben vorhandene Qualifikationen für den Arbeitsmarkteinstieg?

Viele der Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, zielen auf eine Ausbildung und richten sich damit vor allem an junge Geflüchtete. Für Geflüchtete, die bereits über berufliche Qualifikationen verfügen, wurden Verfahren entwickelt, um im Ausland erworbene Qualifikationen in Deutschland anzuerkennen. Doch die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen ist aufgrund der häufig großen Unterschiede zwischen den Herkunftsländern und Deutschland im Hinblick auf Ausbildung und Beruf überaus schwierig und langwierig. Hinzu kommt, dass erforderliche Nachweise in Form von Zeugnissen und Belegen häufig nicht vorliegen (Lawaetz-Stiftung 2014). In reglementierten Berufen (z.B. Gesundheitswesen, Erziehung und Bildung) ist eine Anerkennung zwingend erforderlich, in anderen Berufen wird sie empfohlen (vgl. BMBF 2018), um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Anerkennung von Qualifikationen dauert in beiden Untersuchungsgebieten zum Teil mehrere Monate und ist stark vom Engagement der Ansprechpartner in Jobcenter und Integration Point abhängig. Während einige Geflüchtete bei der Übersetzung und der Anerkennung ihrer Zeugnisse durch Jobcenter, Integration Point oder Beratungsstellen unterstützt werden, fehlen bei anderen grundlegende Informationen über den Anerkennungsprozess. Die Anerkennung erweist sich jedoch nicht per se als Schlüssel zum deutschen Arbeitsmarkt. Denn trotz Anerkennung nehmen Geflüchtete ein Misstrauen der Arbeitgeber gegenüber ihren Qualifikationen aus dem Ausland wahr. Praktika bieten dann eine Möglichkeit, Qualifikationen in der Praxis unter Beweis zu stellen. In vielen reglementierten Berufen wird neben dem Nachweis fachlicher Qualifikationen auch ein hohes Sprachniveau gefordert, so dass der Berufseinstieg sich um lange Zeit verzögern kann. So berichtet ein syrischer Arzt, der im Kreis Heinsberg lebt:

„Ich brauche die Approbation. Approbation kann ich nicht bekommen ohne C1 für Medizin [...] Ich habe auch noch kein Praktikum, [...] das Krankenhaus in Heinsberg fordert C1.“ (Interview 22, Kreis Heinsberg)

Er beschreibt dann die Schwierigkeiten, in Heinsberg zeitnah an einem weiterführenden Sprachkurs teilzunehmen und seine Sorge, dass sich in der Wartezeit sowohl seine Sprachkenntnisse wieder verschlechtern als auch seine beruflichen Qualifikationen an Wert verlieren. „Das [der Arztberuf] ist mein Leben. Ich bin Ende 30 und ich kann keinen neuen Job erlernen.“

Gerade für hochqualifizierte und beruflich hochspezialisierte Geflüchtete erweist sich der Einstieg in den Arbeitsmarkt als sehr schwierig. So berichtet eine Interviewpartnerin, die vor ihrer Flucht im Bereich Petrochemie gearbeitet hat, dass es lokal weder Kenntnisse über ihr Berufsfeld gibt noch die Möglichkeit eines wohnortnahen Praktikums besteht. Es zeigen sich also vielfältige Hindernisse, mitgebrachte berufliche Qualifikationen in Deutschland in Wert zu setzen. Eine zentrale Herausforderung ist nun, jenseits von Maßnahmen zur Ausbildungsförderung, auch berufliche Perspektiven für (ältere) Geflüchtete aufzuzeigen, die bereits über Qualifikationen verfügen.

Ergebnisse: Wie werden erreichte Ausbildungs- oder Arbeitsplatzverhältnisse bewertet?

Insgesamt bewerten diejenigen Geflüchteten, die eine Ausbildung, einen Studienplatz oder eine Arbeitsstelle finden konnten, ihre Situation positiv. Es wird als große Chance zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation (Alltag hat wieder Sinn; z.T. finanzielle Verbesserung) als auch der Zukunft gewertet, mit der viele Hoffnungen verknüpft sind (Arbeitsmarkteinstieg, Verfestigung des Aufenthaltsstatus).

Gleichzeitig sind die Tätigkeiten jedoch auch sehr zeitintensiv, da nicht selten lange Fahrzeiten hinzukommen und nach der Arbeit weiterhin Deutsch gelernt werden muss. Einige Interviewpartner berichteten, dass sie mit Beginn der Arbeit, der Ausbildung oder des Studiums weniger Möglichkeiten hatten, bestehende Kontakte zu pflegen oder neue aufzubauen. Gleichzeitig machen unsere Interviewpartner nicht die Erfahrung, dass bei der Arbeit / der Ausbildung oder dem Studium leicht neue soziale Beziehungen oder Freundschaften aufgebaut werden können:

„Bei mir in der Fachhochschule ist so, wir sind 14 Personen. Das war ein Welcomeprojekt, geflüchteten Menschen einen Studienplatz zu geben. Wir sind 14 Personen, haben uns aber nicht so richtig integriert mit den deutschen Studenten (...). Es ist immer diese Distanz immer noch da, wissen Sie was ich meine.“ (Interview 4, Köln)

Dies verweist darauf, dass es jenseits des konkreten ‚Hilfskontextes‘ (Integrationsbezogene Projekte für Geflüchtete) durchaus Hemmungen und Barrieren zum Aufbau neuer Kontakte zur lokalen Bevölkerung gibt. Dieser Aspekt soll im folgenden Abschnitt näher thematisiert werden.

4.3 Soziale Beziehungen⁸

In Kapitel 2 wurde in Anlehnung an Esser auf die Bedeutung sozialer Beziehungen zu Mitgliedern der Ankunftsgesellschaft für Integrationsprozesse verwiesen, da diese als Voraussetzung

⁸ Die hier dargestellten Ergebnisse beruhen im Wesentlichen auf dem zur Veröffentlichung eingereichten Aufsatz: Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C.: **Soziale Kontakte und Netzwerke von Geflüchteten im Ankunftskontext – Ausprägungen in Großstädten sowie in Klein- und Mittelstädten**. Eingereicht in: Erdkunde.

einer Einbeziehung der Akteur_innen in zentrale, formelle ebenso wie nicht-formelle, Bereiche der Gesellschaft und somit als Grundlage gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten verstanden werden können.

In der deutschsprachigen Migrationsforschung werden die sozialen Kontakte und Netzwerke Geflüchteter im Zusammenhang mit Integrationsprozessen erst in jüngerer Zeit in den Blick genommen (vgl. Kutscher/Kreß 2018). Fragen ihrer sozialen Integration sind allerdings von herausragender gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. In unserem Forschungsprojekt haben wir uns daher mit den alltäglichen Kontakten Geflüchteter beschäftigt. Wir haben untersucht, wie die Kontakte zu räumlich entfernten Freund_innen und Familien aufrechterhalten werden und welche Bedeutung diese Kontakte im Alltag der Geflüchteten einnehmen. Von besonderem Interesse war auch, wie neue soziale Kontakte im Aufnahmekontext aufgebaut werden und welche Faktoren den Aufbau neuer Kontakte erleichtern oder auch erschweren können. Hierbei ging es auch darum zu ermitteln, welche Bedeutung verschiedene Kontakte bzw. Netzwerke für die Integration der Geflüchteten haben. Schließlich war für uns ebenso von Interesse, ob es beim Aufbau und der Aufrechterhaltung sozialer Kontakte und Netzwerke Unterschiede zwischen einer großstädtischen und eher klein- und mittelstädtischen Situation gibt.

Im Folgenden werden wir zunächst einige grundlegende Arbeiten zur Bedeutung sozialer Kontakte und Netzwerke für Integrationsprozesse aus der sozialwissenschaftlichen Literatur vorstellen (4.3.1), auf die wir im Weiteren aufbauen. Die eigenen Ergebnisse zu den unterschiedlichen sozialen Kontakten und Netzwerken der Geflüchteten finden sich in Abschnitt 4.3.2.

4.3.1 Forschungsstand: Soziale Netzwerke und Integration

Die Bedeutung von Netzwerken für Integrationsprozesse

In den letzten Jahren wird der Bedeutung sozialer Netzwerke im Hinblick auf Migrations- und Integrationsprozesse generell verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt (Ryan et al. 2008, S. 673; Haug 2006). Soziale Netzwerke werden in der Literatur unterschiedlich definiert (Stevens 2016, S. 53). Wir verstehen unter sozialen Netzwerken eine Gruppe von Individuen, die über bestimmte gemeinsame Interessen (z.B. bedingt durch familiäre Zugehörigkeit, einen gemeinsamen Herkunftskontext oder den Besuch des gleichen Sprachkurses) miteinander in Beziehung stehen, wobei die Interaktion zwischen den Mitgliedern in der Regel auf bestimmte Anlässe und Situationen beschränkt ist. Hierbei kann es sich um enge oder auch sehr lose Beziehungen (Kontakte) in unterschiedlichen räumlichen Kontexten handeln. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen bereits vor der Migration bestehenden persönlichen Netzwerken und dem Aufbau neuer sozialer Netzwerke im Ankunftskontext. Allerdings ist bislang wenig darüber bekannt, wie der Aufbau neuer sozialer Kontakte und Beziehungen tatsächlich erfolgt und auf welche Barrieren Migrant_innen hierbei treffen (Ryan 2011, S. 720).

Der hohe Stellenwert sozialer Netzwerke für die Integrationsprozesse von Migrant_innen resultiert aus der Annahme, dass über soziale Netzwerke verschiedene Ressourcen zugänglich werden können, die sowohl den Migrations- als auch Integrationsprozess beeinflussen können (Esser 2001; Ryan et al. 2008, S. 673; Fenicia et al. 2010; Haug 2006). Basierend auf den Arbei-

ten Bourdieus werden soziale Netzwerke in diesem Zusammenhang als Zugangsmöglichkeit zu sozialem Kapital als „aggregate of the actual or potential resources which are linked to possession of a durable network of more or less institutionalized relationships of mutual acquaintance and recognition“ (Bourdieu 1986, S. 51) verstanden.

Allerdings betont Bourdieu auch, dass Netzwerke nicht einfach entstehen und auch nicht alle Netzwerke für jeden zugänglich sind. Vielmehr erfordert der Aufbau von neuen lokalen Netzwerken Mühe, die Überwindung von Hemmnissen, die Investition von Zeit und Ressourcen: „The network of relationships is the product of investment strategies, individual or collective, consciously or unconsciously aimed at establishing or reproducing social relationships that are directly usable in the short or long term [...]“ (Bourdieu 1986, S. 52). Inwieweit der Aufbau neuer sozialer Beziehungen gelingt, hängt auch davon ab, welche kulturellen Kapitalien (z.B. Sprach- und Normenkenntnisse, Qualifikationen), ökonomische Kapitalien (Geld, beispielsweise um an Freizeitaktivitäten teilnehmen oder Mitgliedsbeiträge zahlen zu können) oder auch ‚interessante‘ soziale Kapitalien bereits zur Verfügung stehen (ebda.; vgl. auch Esser 2001; Ryan et al. 2008). Dies verweist darauf, dass die drei Kapitalien miteinander verknüpft sind und, zumindest prinzipiell, ineinander konvertierbar sind (ebda.; vgl. auch Erel 2010).

In der jüngeren Forschung zu sozialen Netzwerken wird in Anlehnung an Putnam (2000) zwischen *bonding ties* (Beziehungen zwischen Personen mit ähnlichem Hintergrund) und *bridging ties* (Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppen) unterschieden (vgl. auch Gericke et al. 2018; Ager/Strang 2008; Haug/Pointner 2007; Mabeya 2015).

Nach Putnam (2000, S. 23) dienen *bonding ties*, beispielsweise zu Familienangehörigen, zu engen Freund_innen, einer ethnischen oder religiösen Community vor allem dazu, im neuen Kontext zurechtzukommen und sich wohlfühlen. Sie können eine wichtige Ressource sowohl emotionaler als auch informativer Unterstützung, bspw. zu Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, darstellen (Stevens 2016, S. 53; Ryan et al. 2008, S. 674; Haug/Pointner 2007, S. 383). Enge soziale Beziehungen können jedoch auch zu Freund_innen und Familien im Herkunftsland oder an anderen Stationen der Migrationsbiographie, auch noch für lange Zeit nach der Migration, aufrecht erhalten werden und so eine wichtige Ressource informativer und emotionaler Unterstützung bleiben (transnationale Netzwerke) (Haug/Pointner 2007, S. 373). Allerdings wird eine zu starke Einbindung in enge, homogene *bonding ties* auch kritisch diskutiert, da hierüber nur geringe Informationen über Möglichkeiten jenseits dieser Community ausgetauscht werden (Anthias 2007; vgl. auch Stevens 2016). Auch durch die Migrant_innen selbst wird eine zu starke Einbindung in die eigene ethnische Community nicht selten abgelehnt (vgl. Ryan et al. 2008).

Hingegen werden *bridging ties* zu Angehörigen anderer Gemeinschaften (bspw. der Aufnahmegesellschaft) als erstrebenswert erachtet, da angenommen wird, dass hierüber weiterführende Informationen vermittelt werden können, die eine umfassende Integration und soziale Aufwärtsmobilität unterstützen können (vgl. Stevens 2016, S. 53; Haug/Pointner 2007, S. 383; Gericke et al. 2018, S. 58; vgl. auch Esser 2001). Dies setzt jedoch voraus, dass das *bridging* zu solchen Personen erfolgt, die tatsächlich über relevante Ressourcen verfügen (Ryan et al.

2008, S. 676; Föbker/Imani 2017). Nach Ager und Strang (2008) bedarf es im Hinblick auf eine Integration in die Aufnahmegesellschaft beider Formen sozialer Beziehungen (bonding / bridging).

Die Bedeutung von sozialen Netzwerken für Geflüchtete

Nach Uzelac et al. (2018) sind viele Geflüchtete bald nach ihrer Ankunft bemüht, ihr infolge der Flucht deutlich reduziertes lokales Netzwerk wieder aufzubauen, bspw. über die Kontaktaufnahme zu Verwandten oder Freund_innen, die ebenfalls geflohen sind. Insbesondere für Geflüchtete, die nicht selten aufgrund traumatischer Erlebnisse in ihren Herkunftsländern und ihrer Flucht belastet sind, haben diese Beziehungen zu Familienangehörigen, vertrauten Freund_innen oder einer ethnischen Community eine hohe Bedeutung, weil diese Kontakte emotionale Unterstützung bieten können und keine sprachlichen Barrieren vorliegen (vgl. auch Stevens 2016; Palmgren 2017). Auf diesem Wege können leichter Informationen (bspw. über Arbeitsmöglichkeiten, Versorgungsangebote) und Unterstützungsangebote ausgetauscht werden. Schließlich kann über diese Kontakte der Zugang zu weiteren Netzwerken und in die Aufnahmegesellschaft erleichtert werden (Kingsbury et al. 2018). Allerdings verweisen Uzelac et al. (2018) auch auf die Fragilität dieser Netzwerke hin, wenn eine starke Konkurrenz um zentrale oder lebensnotwendige Ressourcen besteht.

Neben den lokalen Kontakten zu Freund_innen und Familienangehörigen können auch Kontakte zu räumlich entfernten, nahestehenden Personen eine wichtige Ressource emotionaler und informativer Unterstützung sein. Der Kontakt über digitale Medien erleichtert die Aufrechterhaltung dieser transnationalen sozialen Netzwerke und den Informationsaustausch mit Familien und Freund_innen (vgl. Uzelac et al. 2018; Alam/Imran 2015, S. 356; Kutscher/Kreß 2018, S. 5). Allerdings können sowohl die infrastrukturellen Bedingungen in den Herkunftsländern als auch eingeschränkte Zugangsmöglichkeiten im Ankunfts-kontext die Aufrechterhaltung der Kontakte erschweren, was eine deutliche emotionale Belastung darstellt, die den gesamten Integrationsprozess erschweren kann. Diese Ausführungen werfen auch ein Licht auf die Belastung, die eine Trennung von engen Familienmitgliedern infolge der Flucht bedeuten kann. Auch diese Situation wird als Integrationshemmnis beschrieben, da die Sorge um die Zurückgelassenen ein Einlassen auf den neuen Kontext erschweren kann (Taha Basch/Panzer-Krause 2016, S. 22; Jurt/Roulin 2018, S. 344). Nicht selten ist der Familiennachzug durch die lange Zeit der Trennung und eine damit möglicherweise einhergehende emotionale Entfremdung allerdings eine deutliche Herausforderung.

Bislang gibt es keine umfassenden Studien darüber, wie Geflüchtete vor Ort neue Netzwerke aufbauen. Allerdings ist zu vermuten, dass Geflüchtete schwierige Ausgangsbedingungen zur Etablierung von Beziehungen zur Ankunftsgesellschaft haben. Vor ihrer Flucht hatten die wenigsten die Möglichkeit, sich auf die fremde Kultur vorzubereiten, oder die Sprache zu lernen (Gericke et al. 2018, S. 47). Vor Ort ist ihr etabliertes soziales Netzwerk deutlich reduziert, so dass auch hierüber nicht verlässlich Zugänge zu Unterstützung und Information in der Ankunftsgesellschaft gefunden werden können.

Erste Kontakte zur Aufnahmegesellschaft ergeben sich häufig über die Sozialarbeiter_innen in den Unterkünften und die ehrenamtlichen Unterstützungsorganisationen. Hier kann es durchaus zum Aufbau intensiverer persönlicher Beziehungen kommen (= bridging).

Die Beziehungen zwischen einheimischer Bevölkerung (jenseits des Unterstützungskontextes) und Geflüchteten beschreibt Aumüller in ihrer vergleichenden Studie zur kommunalen Integration Geflüchteter als geprägt von einer „neutralen Gleichgültigkeit“ (Aumüller/Bretl 2008, S. 147; vgl. auch Ager/Strang 2008). Als zentrale Barrieren für den Aufbau intensiverer sozialer Beziehungen seitens der Geflüchteten benennt sie wenig Freizeit, fehlende Sprachkenntnisse und geringe ökonomische Ressourcen, kulturelle Distanz und die häufig als beschämend empfundene Wohnsituation (Aumüller/Bretl 2008, S. 41). Auch Hebbani et al. (2017, S. 82) verweisen darauf, dass sprachliche und kulturelle Barrieren sowie der Wohnkontext hemmend auf den Aufbau intensiverer sozialer Kontakte zwischen Geflüchteten und ihren Nachbar_innen im Wohnumfeld wirken. Diese fehlenden positiven Interaktionen mit den Nachbar_innen können wiederum das Erlernen der neuen Sprache und social bridging beeinträchtigen.

Eine hohe Integrationskraft wird hingegen Kirchengemeinden und Vereinen zugesprochen, da hier vergleichsweise gute Rahmenbedingungen zum Aufbau persönlicher Beziehungen vorliegen (Aumüller/Bretl 2008; Wägerle 2012, S. 111). So kann die Teilnahme an Sportangeboten die (psychische) Gesundheit und die soziale Einbindung fördern (Block/Gibbs 2017, S. 95). Allerdings ist es für den Aufbau sozialer Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft wichtig, dass es sich nicht um reine Sportangebote für Geflüchtete sondern um reguläre Sportvereine mit gemischten Mitgliedergruppen (= bridging) handelt. Allerdings können hier auch fehlende ökonomische Ressourcen (bspw. für Mitgliedschaftsbeiträge, Ausstattung), Schwierigkeiten der Erreichbarkeit oder auch Geschlechterrollen als Barrieren wirken.

Es stellt sich die Frage, inwiefern sich in Köln und dem Kreis Heinsberg soziale Kontakte und Netzwerke vor Ort entwickeln oder bereits auf der Flucht entwickelt haben, welche Bedeutung die mitgebrachten Netzwerkkontakte haben und wie diese verschiedenen Netzwerke Integrationsprozesse der Geflüchteten beeinflussen. Welche Rolle spielen hierbei bonding und bridging ties für den Alltag und die Zukunft der Geflüchteten und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten treten dabei in den beiden räumlichen Untersuchungskontexten auf?

4.3.2 Vielfalt in den sozialen Kontakten und Netzwerken Geflüchteter

Im Folgenden werden zunächst die aus dem Herkunftskontext bestehenden und nach Deutschland mitgebrachten sozialen Kontakte und Netzwerke dahingehend betrachtet, welche Bedeutung sie für das erste Ankommen und Einleben in Deutschland haben. Anschließend stehen die im Ankunftskontext neu aufgebauten Kontakte und Beziehungen im Mittelpunkt, sowohl zu anderen Geflüchteten als auch zu Angehörigen der Ankunftsgesellschaft. Hier interessiert zum einen, wie sich diese neuen Kontakte entwickelt haben, in welchen Bereichen die Kontakte entstehen und ob es spezifische Orte gibt, die für den Aufbau und die Pflege der Kontakte von Bedeutung sind. Zum anderen ging es auch hier um die Bedeutung dieser Kontakte für die Integrationsprozesse der Geflüchteten. Schließlich ist von Interesse, welche Bedeutung die je-

weiligen lokalen Kontexte für das Knüpfen neuer Kontakte und den Aufbau neuer Netzwerkbeziehungen haben. In diesem Zusammenhang wurde auch betrachtet, welche Perspektiven bestehen im Hinblick auf Rückkehr, Verbleib in Deutschland oder Migration in ein Drittland.

Bestehende soziale Kontakte und Netzwerke zum Herkunftskontext

Ein Teil der Fluchtmigranten kommt nicht alleine, sondern begibt sich mit der Kernfamilie (Ehefrau / Ehemann und Kinder) auf die Flucht. Die eigene Kernfamilie stellt grundsätzlich eine emotionale Ressource da, denn sie umfasst Bezugspersonen, die Unterstützung und Zuwendung gewährleisten, aber auch verlangen. Dabei erweisen sich Beziehungen zwischen Ehepartner nicht immer als stabilisierend und halten den Belastungen der Flucht sowie der Orientierungsphase im Aufnahmeland nicht immer stand. So berichteten einige Interviewpartnerinnen, inzwischen von ihrem Mann getrennt zu leben und auch dessen Aufenthaltsort nicht zu kennen. Auch noch bestehende Partnerschaften können, beispielsweise durch differierende Ansichten über die Arbeitsteilung im Haushalt, belastet sein. Die Beziehung zu den eigenen Kindern ist hingegen, insbesondere aber nicht nur für Frauen, von zentraler Bedeutung. Gelegentlich wird über in Kindergarten und Schule erworbene bessere deutsche Sprachkompetenzen der Kinder berichtet, in einigen Fällen vermochten sie bereits Dolmetscherdienste für ihre Eltern zu übernehmen. Für das Knüpfen von Kontakten im neuen Umfeld können sich die Kinder sowohl begrenzend als auch fördernd erweisen. Sind die Kinder klein oder gibt es keine Möglichkeiten der Kinderbetreuung, sind Frauen an den Haushalt gebunden und werden daran gehindert, Integrations- und Sprachkurse zu besuchen, eine Ausbildung einzugehen oder einen Job zu übernehmen. Andererseits können über Kinder im öffentlichen Raum (Spielplätze) oder im institutionellen Umfeld (Kindertagesstätte, Schule) Kontakte mit anderen Elternteilen geknüpft werden. Befinden sich Mitglieder der eigenen Kernfamilie noch nicht in Deutschland, wird die Aufmerksamkeit der Interviewpartner stark von Sorge um Kinder beziehungsweise den Partner absorbiert; das Bestreben, im Alltag neue Kontakte zu knüpfen und sich auf das soziale Umfeld einzulassen, ist deutlich eingeschränkt: „Viele Geflüchtete sagen, dass eine Integration ohne Familienzusammenführung nicht möglich“ sei (Interview 1, Kreis Heinsberg).

Die Eltern als Mittelpunkt der Herkunftsfamilie befinden sich häufig noch im Heimatland der Geflüchteten. Wenn auch alle Interviewpartner darüber berichten, noch mit ihren Eltern in Kontakt zu stehen, üblicherweise per Telefon, E-Mail, Skype oder digitale Netzwerke (WhatsApp), ist die Bedeutung der Eltern für die Fluchtmigranten individuell unterschiedlich. Wenn die Eltern sich an einem sicheren Ort befinden oder schon älter sind, wird deren Einreise nach Deutschland nicht zwangsläufig in Erwägung gezogen; die Kontakte bleiben auf Telekommunikation und geplante Besuche beschränkt. Die Bedeutung der virtuellen sozialen Kontakte zu den entfernten Eltern liegt im emotionalen Bereich. Wenn Interviewpartner auch selten über den Inhalt ihrer Gespräche mit den Eltern berichten, scheint doch gelegentlich eine Beratung in grundsätzlichen Lebensfragen durch (z.B. über den angemessenen Zeitpunkt einer Heirat). Dies gilt besonders für junge alleinreisende Geflüchtete, die im Rahmen ihrer Flucht erstmals völlig ohne elterlichen Beistand klar kommen müssen und über virtuelle Kontakte Halt suchen.

Die Bedeutung der anderen Verwandten, wie Geschwister aber auch Onkel, Tanten, Cousins und Cousinen ist individuell noch heterogener. Bestanden im Herkunftsland intensive Beziehungen zu einzelnen Geschwistern oder auch z.B. Cousins und Cousinen, so werden diese auch weiterhin aufrechterhalten, über virtuelle Kontakte, gegenseitige Besuche oder manchmal sogar gemeinsame Flucht und gemeinsame Wohnstätte. Bei der Mehrzahl der Interviewpartner haben Teile der Geschwister und entferntere Verwandte bereits das Herkunftsland verlassen und befinden sich nun in anderen Ländern oder an anderen Orten in Deutschland. Zum Teil gewähren diese Verwandten temporäre Hilfe als (erste) Anlaufstelle, Quartier in Notsituationen und Informationen über den Umgang mit Bürokratie sowie das Leben in Deutschland. Intensivere Kontakte bis hin zur gemeinsamen Wohnung werden mit einzelnen nahe stehenden Verwandten, meist Geschwistern, gepflegt – sofern dies im Rahmen der Wohnsitzauflage möglich ist. Angesichts des knappen und teuren Wohnraums wurde z.B. die Chance genutzt, ein Zimmer in der Wohnung der Familie eines Bruders benutzen zu dürfen. Manche Interviewpartner berichten aber auch, dass Geschwister, die sich bereits länger in Deutschland aufhalten, inzwischen mit ihrer Familie ein eigenes Leben führen und dass die Kontakte zu ihnen relativ lose sind.

Nach Aussage der Interviewpartner geschieht die Unterstützung seitens der Verwandten aber manchmal unwillig bis hin zum Gefühl, ausgenutzt zu werden. Entferntere Verwandte werden gelegentlich besucht, aber selten als zentrale Ansprechpartner bei Problemen erwähnt. Hier dominieren Personen am aktuellen Wohnort (Ehepartner, Ehrenamtler, Freund_innen). Das verwandtschaftliche Netzwerk in Deutschland fungiert somit nicht zwangsläufig als umfassendes Unterstützungs-Netzwerk für die Neuankömmlinge und nur als begrenzt nutzbares Sozialkapital.

Die Relevanz von Freundschaften, die im Herkunftsland und auf der Flucht geknüpft wurden, ist ebenfalls individuell sehr verschieden. Grundsätzlich berichten die Befragten eher selten über noch bestehende Kontakte mit Freund_innen aus früheren Zeiten (z.B. ehemalige Arbeits- und Studienkollegen, Schulfreunde), Wenn die Kontakte noch bestehen, dann zumeist über digitale Medien (WhatsApp, Emails), bei zeitgleichem Aufenthalt der alten Freund_innen in Deutschland auch über sporadische Besuche.

Neue soziale Kontakte und Netzwerke im Ankunftskontext: Kontakte zu anderen Geflüchteten

Der Alltag vieler Geflüchteter am Ankunftsort ist zunächst durch das Leben in Wohnheimen, durch Behördentermine und die Teilnahme an Sprachkursen geprägt. An diesen Orten treffen Geflüchtete vor allem auf andere Neuzugewanderte. Dabei entwickeln sich sehr unterschiedliche Beziehungen. Insbesondere in den Wohnheimen werden einerseits neue Freundschaften geschlossen und andererseits vielfältige Konflikte ausgetragen (dazu Christ et al. 2017). Oftmals entstehen Kontakte auch dadurch, dass Geflüchtete bei gleicher Muttersprache Hilfe beim Übersetzen ins Deutsche anbieten oder um Hilfe bitten, zum Beispiel bei Behördengängen oder Arztterminen. Diese praktische Unterstützungsleistung wird vor allem von Geflüchteten für Geflüchtete erbracht und ist für das Zurechtfinden am neuen Wohnort von großer Bedeutung. Nicht selten entwickeln sich aus solchen zufälligen Hilfsdiensten Freundschaften zwi-

schen Geflüchteten. Freundschaften zu anderen Geflüchteten haben eine wichtige emotionale Funktion:

„Den deutschen [Freunden] kann ich nicht meine Gefühle erklären. In Deutsch kann ich nicht so gut meine Probleme erklären. Besser sage ich es den syrischen [Freunden]. [...] Natürlich auf Arabisch. [...] Das liegt an der Sprache.“ (Interview 13, Köln)

Insgesamt wird die große Bedeutung von Sprache für soziale Beziehungen deutlich. So ist die emotionale Unterstützung stark mit einer gemeinsamen Muttersprache verknüpft. Kenntnisse der deutschen Sprache hingegen können zur Entstehung neuer sozialer Kontakte zu anderen Geflüchteten beitragen.

Das soziale Netzwerk wird genutzt, um praktische Unterstützung zu erhalten, als Informationsquelle, z.B. über freie Wohnungen oder potenzielle Arbeitgeber, und als emotionaler Rückhalt. Es erleichtert das Einleben vor Ort somit erheblich. Allerdings wird in der gesellschaftspolitischen Integrationsdebatte ein dauerhafter Rückzug „in das eigene Milieu“ (Häußermann/Siebel 2001, S. 73) als problematisch bewertet und eine soziale Einbindung in die Aufnahmegesellschaft gefordert. Wie solche Kontakte entstehen und welchen Nutzen sie haben, wird im folgenden Abschnitt betrachtet.

Neue soziale Kontakte und Netzwerke im Ankunfts-kontext: Kontakte in die Aufnahmegesellschaft

In Wohnheimen, Sprachkursen und Behörden treffen Geflüchtete nicht nur auf andere Geflüchtete, sondern auch auf Personen aus der Aufnahmegesellschaft. Insbesondere die Lehrkräfte aus den Sprachkursen werden von vielen Geflüchteten als wichtige Bezugspersonen beschrieben. Sie lehren nicht nur die Sprache und Wissen über Deutschland, sondern vermitteln Freizeitangebote und mitunter sogar Wohnungen und Arbeitsplätze. Sie können somit einen wesentlichen Einfluss auf die Integration am Ankunftsort nehmen.

Im Gegensatz zu früheren Migrationsbewegungen nach Deutschland haben Geflüchtete heute einen frühzeitigeren und direkteren Zugang zu Personen aus der Aufnahmegesellschaft. Dieser erfolgt einerseits über die Integrationskurse und andererseits durch die Vielzahl von Initiativen, die sich insbesondere 2015/16 zur Unterstützung der neuzugewanderten Geflüchteten gründeten. Diese Initiativen bieten ebenfalls Informationen, praktische Hilfen und Möglichkeiten, Menschen vor Ort kennenzulernen. Angebote, die sich explizit an Geflüchtete wenden, werden jedoch durchaus ambivalent beurteilt, da sich die Beteiligten selten auf Augenhöhe begegnen, sondern in verschiedenen Rollen, den Helfenden und den Geflüchteten, aufeinandertreffen. Hinzu kommt, dass sich diese Kontakte häufig auf spezifische Orte und Situationen beschränken.

„Ich habe ein Mädchen getroffen, das im Flüchtlingscafé arbeitet. Man kann dort hinkommen, andere treffen und Deutsch sprechen. Wir haben uns kennengelernt [...] Irgendwie. Wir sprechen nur miteinander, wenn ich in das Café gehe. [...] Ein anderes Mädchen habe ich beim „Welcome dinner“ kennengelernt [...] Wir haben uns am Bahnhof getroffen, sind zu ihrem Haus gegangen und haben zusammen gegessen. Es war ein toller Abend in der WG mit ihren Freunden. [...] Da sie Lehrerin ist, hat sie aber keine Zeit [sich wieder zu treffen].“ (Interview 12, Köln)

Es mangelt somit nicht an Gelegenheiten, Menschen aus der Aufnahmegesellschaft kennenzulernen, eine Vertiefung der Kontakte erscheint hingegen schwierig. Viele Geflüchtete betonen, dass Menschen aus der Aufnahmegesellschaft durch Arbeit und Termine äußerst eingebunden sind und keine Zeit haben, engere persönliche Kontakte mit ihnen zu pflegen. Um außerhalb spezifischer Angebote für Geflüchtete Kontakte in die Aufnahmegesellschaft zu entwickeln, bedarf es häufig der Initiative der Geflüchteten. Sie nehmen an Sportangeboten teil oder an kulturellen Veranstaltungen und berichten, wie sie dort, oder auch im öffentlichen Raum, Menschen ansprechen. Eine wichtige Voraussetzung sind daher Deutschkenntnisse, die überhaupt erst ein Gespräch ermöglichen.

Insgesamt besteht eine große Unsicherheit hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Geflüchteten und der Aufnahmegesellschaft. Insbesondere Kopftuchträgerinnen und junge männliche Geflüchtete nehmen Misstrauen ihnen gegenüber wahr, das sich negativ auf die Kontaktaufnahme auswirkt:

„Es gibt hier einen wichtigen Punkt [...] wo in den Medien immer über Flüchtlinge geredet wird, [...] und was in Köln passiert ist. Dieses Spotlight auf Flüchtlinge, dann fühlt man sich [...] wie eine Belastung für die Gesellschaft. [...] Das ist nicht gut, dann hat man keine Motivation sich zu entwickeln, dann will man so allein sein und sich distanzieren und dann wird man immer ausgeschlossen.“ (Interview 1, Köln)

Andere Gesprächspartner berichten, dass sie vor dem Hintergrund der in den Medien breit behandelten Kölner Silvesterereignisse, bei der es zu Übergriffen junger nordafrikanischer Männer auf feiernde Frauen kam, Sorgen haben, sich falsch zu verhalten und daher zurückhaltend sind, Menschen anzusprechen, die sie nicht über gemeinsame Freund_innen kennenlernen. Hinzu kommt die Schwierigkeit aufgrund der häufig eingeschränkten Sprachkenntnisse, nicht gegen Vorurteile gegenüber Geflüchteten argumentieren zu können.

Einen besonders erfolgreichen Zugang zu neuen Netzwerken erfahren Geflüchtete, die sich selber ehrenamtlich engagieren. Sie lernen dadurch nicht nur, wie oben beschrieben, viele Geflüchtete kennen, sondern knüpfen häufig auch Kontakte in die Aufnahmegesellschaft:

Da Geflüchtete in der Regel zunächst an einem Integrationskurs teilnehmen (müssen), bevor sie in Arbeit oder Weiterbildungsmaßnahmen vermittelt werden, verfügen viele, sofern sie keine Kinder betreuen, über ein gewisses Zeitbudget, das nicht selten für eine ehrenamtliche Tätigkeit genutzt wird. Dahinter steckt häufig der Gedanke, der deutschen Gesellschaft etwas zurückzugeben. Gleichzeitig berichten viele ehrenamtlich tätige Geflüchtete, dass sie selber von ihrer Tätigkeit profitieren, da die dort geknüpften Kontakte sie ihrerseits unterstützen und sie zudem ihre deutschen Sprachkenntnisse anwenden und ausbauen können.

Die Gespräche zeigen, dass die Geflüchteten aktive Akteur_innen im Aufbau sozialer Kontakte sind, indem sie sich ehrenamtlich, kulturell oder sportlich engagieren, die deutsche Sprache lernen und andere Geflüchtete und / oder Mitglieder der Aufnahmegesellschaft ansprechen. Für einige Gesprächspartner mit geringen Deutschkenntnissen sind türkischsprachige Kontakte eine wichtige Informationsquelle, da sie selber Türkisch sprechen. Somit stellt hier die türkische Community eine Brücke in die Aufnahmegesellschaft dar. Darin spiegelt sich auch die

Heterogenität der Aufnahmegesellschaft wider. So erläutert eine Gesprächspartnerin, die sich mit einer Bekannten über Verhaltensregeln in Deutschland austauscht: „Die ist nicht Deutsche. Aber es gibt viele, die hier geboren sind oder seit langer Zeit hier sind. Sie wissen mehr über Deutschland als ich.“ (IP 3 Köln)

Das Zitat verdeutlicht, dass für die Integration vor Ort nicht ausschließlich Kontakte zu Personen mit deutschem Pass oder deutscher Muttersprache von Bedeutung sind, sondern dass die Aufnahmegesellschaft sehr viel weiter zu fassen ist.

Die Bedeutung der lokalen Kontexte

Die lokalen Kontexte sind für das Knüpfen neuer Kontakte eine wichtige Rahmenbedingung, aber nicht entscheidend. Vor allem geht es hier um die Orte und Gelegenheiten, um Menschen zu begegnen, die aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihres Familienstandes, ihrer Sprache, ihrer aktuellen Probleme oder ihrer Wissens als Partner_in für eine wiederholte Kommunikation geeignet sind.

Die Großstadt Köln ist dabei gekennzeichnet durch die Vielfalt der Möglichkeiten. Es gibt zahlreiche Anbieter_innen von Sprach- und Integrationskursen, Beratungsstellen sowie ehrenamtliche Initiativen und Projekte. Die zugleich große Zahl von Fluchtmigranten in der Stadt macht es mithin wahrscheinlicher, Menschen – Einheimische wie auch andere Geflüchtete – zu treffen, mit denen man „auf einer Wellenlänge“ liegt. So gab es beispielsweise in Köln, im Gegensatz zum klein- bis mittelstädtisch geprägten Kreis Heinsberg, gut erreichbare Integrations- und Sprachkurse mit Kinderbetreuung. Solche Angebote erleichtern Müttern nicht nur den Weg in Ausbildung und Arbeit, sondern schaffen auch die Chance, sich mit Frauen auszutauschen, die sich in einer ähnlichen Lebenslage befinden. Das breitere Angebot thematisch eingegrenzter Kulturprojekte (z.B. Schauspielerei) bietet eher die Gelegenheit, Gleichgesinnte zu finden. Die große, multikulturelle Einwohnerschaft ermöglicht zudem ein ökonomisch tragfähiges ethnisches Angebot von Waren und Dienstleistungen. Diese Geschäfte, die auch von außerhalb Kölns lebenden Personen aufgesucht werden, schaffen wiederum die Gelegenheit, Kontakte zu Menschen gleicher Sprache und Herkunft zu knüpfen.

Auf der anderen Seite sind die sozialen Kontakte und Hilfsangebote in der Großstadt von einer stärkeren Unverbindlichkeit und Flexibilität gekennzeichnet. Manche Angebote, wie das „Welcome Dinner“ beschränkten sich auf einmalige Begegnungen, aus denen entgegen der Absicht der Veranstalter kaum länger bestehende Kontakte resultieren. Andere Optionen, wie ein Welcome-Teamprojekt für Flüchtlinge an der katholischen Fachhochschule, waren tendenziell von „oben“ verordnet, was dazu führte, dass sich deutsche Studierende nicht verpflichtet sahen und sich die Fluchtmigranten eher ausgeschlossen als aufgenommen fühlten. Basierend auf den Aussagen der Interviewpartner kann geschlossen werden, dass es in einer großen Stadt wie Köln leicht ist, Gleichgesinnte zu treffen, aber auch Fremdenfeindlichkeit zu begegnen. Berichte über schlechte Erfahrungen mit Behörden oder mit der Polizei (Kontrollen nur von arabisch aussehenden Männern, Flyer der härtere Kontrollen anders aussehender Personen im Karneval ankündigt) äußerten in Köln wohnende Proband_innen in stärkerem Maße, wiewohl auch Befragte aus dem Kreis Heinsberg nicht frei von Rassismuserfahrungen waren.

Der klein- und mittelstädtisch geprägte Kreis Heinsberg bietet insgesamt weniger Gelegenheiten, sich mit anderen Geflüchteten oder Ortsansässigen zu treffen, dafür sind diese tendenziell stabiler und überschaubarer. Als Beispiel können hier Bushaltestellen oder der Bahnhof von Erkelenz dienen: Da Proband_innen häufiger benachbarte größere Städte besuchen wollen oder müssen (Besuch Arzt, Rechtsanwalt, Behörde) treffen sie hier auf andere, oft auch wiederholt dieselben, Personen in einer ähnlichen Situation und kommen über den Austausch von Informationen zu Fahrtzielen, Tarife und ähnliches ins Gespräch. Wenn Befragte sich direkt über die soziale Qualität ihres Wohnortes im Kreis Heinsberg äußern, so geschieht dies in überwiegend positiver Weise. Personen, die andere, bevölkerungsreichere Städte besucht haben, heben hervor, dass das Leben „auf dem Land“ besser sei als in der Großstadt. Betont werden eine größere Freundlichkeit, Kontakt- und Hilfsbereitschaft sowie mehr Verständnis der Menschen; dem gegenüber sei die Großstadt eher durch Egoismus, Überheblichkeit, Ignoranz und Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnet.

Die Interviews machen insgesamt deutlich, dass die Geflüchteten nicht auf eine homogene „deutsche“ Aufnahmegesellschaft treffen. Die Multikulturalität ist auch im klein- und mittelstädtischen Raum des Kreises Heinsberg durch die so genannte Gastarbeitermigration fortgeschritten, so dass viele Personen, denen Geflüchtete im Alltag begegnen (Nachbar_innen, Vermieter_innen, ehrenamtliche Helfer_innen, Geschäftsleute) einen Migrationshintergrund besitzen; sie stammen häufig aus der Türkei, aber auch aus anderen Ländern. Der Effekt dieser Begegnungen ist nicht eindeutig zu bewerten. Geflüchtete können zur Erkenntnis gelangen, dass selbst für langjährig in Deutschland lebende „Ausländer_innen“ eine Integration in die deutsche Gesellschaft schwierig ist. Andererseits kann das Gefühl, sich in eine deutsche Multikulturalität einfäden zu können, das Einleben befördern:

„Hier ich finde viele Ausländer, [...]; ich kann gar nicht sagen, was richtig deutsche Leute sind und was die über Flüchtlinge denken. Aber ich finde [die Leute] meistens nett.“ (Interview 24, Kreis Heinsberg)

Eine Rückkehr in das Herkunftsland wird von den meisten Gesprächspartner implizit oder explizit weitgehend ausgeschlossen. Manche bekunden eine auf emotionaler Verbindung beruhende moralische Verpflichtung, dem Herkunftsland zu helfen, sich zum Beispiel in Syrien am Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg zu beteiligen. Wird der Gedanke an eine Rückkehr aber explizit reflektiert, so wird er letztlich verworfen. Gründe hierfür sind die vermutete lange Dauer des Bürgerkriegs, das Andauern politischer Repression selbst nach einem Kriegsende oder die mit der Zeit wachsende Einbindung in die Aufnahmegesellschaft. „Mein Land braucht mich zum Wiederaufbau, dann ist aber alles verloren, was ich hier gemacht habe“ (IP 3 Köln). Ein hier aufgebautes Leben, die erworbene Sprach- und Systemkenntnis, die gewonnene Arbeitsstelle und die für den Alltag relevanten Sozialkontakte werden wahrscheinlich nicht mehr aufgegeben, mit Sicherheit nicht, wenn erst die eigenen Kinder in Sprache und Spielregeln der Aufnahmegesellschaft integriert sind. Des Weiteren ist bei vielen Gesprächspartner die soziale und materielle Basis im Herkunftsland längst erodiert: Das Haus der Familie zerstört, deren Mitglieder auf verschiedene Orte und Länder verteilt. Für Personen, die aus politischen, religi-

ösen oder ethnischen Gründen geflohen sind, stellt sich die Frage einer Rückkehr ohnehin nicht mehr, da diese radikale gesellschaftlich-politische Reformen voraussetzen würde.

4.4 Die Bedeutung des lokalen Kontextes für kommunale Integrationspolitiken⁹

Schließlich haben wir uns in unserem Projekt mit der Frage beschäftigt, wie sich Integrationsprozesse in verschiedenen lokalen Kontexten unterscheiden. Hierbei haben wir uns insbesondere dafür interessiert, wie mit den Herausforderungen durch das Zusammenspiel verschiedener (zum Teil neuer) lokaler Akteur_innen aus dem öffentlichen (z.B. kommunale Verwaltung, Wohlfahrtsorganisationen), privatwirtschaftlichen (z.B. Arbeitgeber) und zivilgesellschaftlichen Bereich (z.B. ehrenamtliche Initiativen) umgegangen wird. Vor dem Hintergrund, dass Integrationsprozesse wesentlich durch den jeweiligen Kontext beeinflusst werden, haben wir uns für die Logiken zentraler Akteur_innen interessiert, um zu zeigen, wer unter welchen Voraussetzungen lokale Integrationsbedingungen in welcher Weise gestaltet und steuert. Hierbei standen insbesondere jene Bereiche im Fokus, die für eine Integration maßgeblich sind: der Wohnungs- und Arbeitsmarkt, die Bildung, das nachbarschaftliche Zusammenleben. Hierbei treffen die Geflüchteten in unseren beiden Untersuchungsräumen auf ganz unterschiedliche räumliche Strukturen. Daher haben wir untersucht, inwieweit die Integration in den verschiedenen Feldern davon beeinflusst wird, ob sie in groß- oder kleinstädtischen Zusammenhängen bzw. in unterschiedlichen Phasen der Zuwanderung erfolgt.

Im Folgenden werden wir zunächst einen kurzen Überblick über den Forschungsstand zu neuen Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik geben (Kapitel 4.4.1). Im Anschluss daran werden wir auf Basis unserer eigenen empirischen Forschung unsere Ergebnisse zu kommunalen Integrationspolitiken in Köln und dem Kreis Heinsberg darstellen (Kapitel 4.4.2).

4.4.1 Konzeptioneller Rahmen: Neue Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik

Mit der seit Mitte der 2010er gewachsenen Zahl an Geflüchteten stehen die Städte und Gemeinden in Deutschland mit ihren kommunalen Ausländer- und Migrationspolitiken vor neuen Herausforderungen gesellschaftlicher Integration. Während die Ausländer- und Migrationspolitik gegenüber den Arbeitsmigranten seit den 1960er Jahren zunächst als eine reine „Ausländerbeschäftigungspolitik“ ausgerichtet war, verfolgte man gegenüber Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen auf Bundes- und Landesebene eine „Abschottungspolitik zur Abwehr des Imports von Armut“ (Filsinger 2018, S. 317). Auf kommunaler Ebene setzten jedoch schon früh schleichende Veränderungen in der Integrationspolitik ein und eine differenzierte „integrati-

⁹ Die in Kapitel 4.4 dargestellten Ergebnisse basieren im Wesentlichen auf dem eingereichten Artikel: Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C.: Kommunale Integrationspolitiken für Geflüchtete in nordrhein-westfälischen Groß- und Kleinstädten. Eingereicht in: Raumforschung und Raumordnung.

onspolitische Kompetenz der Kommunen“ bildete sich heraus (Filsinger 2018, S. 317; Aumüller 2018, S.174, 182). Ohne diese lokalen Ansätze wäre eine gesamtstaatliche Ausländer- und Migrationspolitik des Bundes und der Länder heute nicht mehr denkbar.

Grundsätzlich ist kommunale Integrationspolitik durch eine große Vielfalt an Akteur_innen und Aktivitäten in unterschiedlichen Handlungsfeldern gekennzeichnet (Bommes 2018). Bei rund 11.500 Gemeinden in Deutschland und einer verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung, die gewisse Spielräume für die Ausgestaltung einer kommunalen Politik eröffnet, sind unterschiedliche kommunale Migrations- und Integrationspolitiken nicht überraschend. Gleichzeitig ist dies der Hintergrund unseres Erkenntnisinteresses, die Integrationsbedingungen für Geflüchtete in Städten und Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung zu untersuchen.

Auch in den Wissenschaften hat die kommunale Integrationspolitik in jüngerer Zeit an Aufmerksamkeit gewonnen (Gesemann/Roth 2018). Die Integration von Geflüchteten in den Städten und Gemeinden wird nun in verschiedenen Handlungsfeldern thematisiert (El-Mafaalani et al. 2016; Bauer 2017; Hinger/Schäfer 2017). Hier findet die Integration Geflüchteter bei einer Vielfalt an Akteur_innen in so unterschiedlichen Handlungsfeldern wie Sprache, Bildung, Wohnen, Arbeit und Beruf statt (Aumüller 2018, S. 183). Bei den Zuständigkeiten auf kommunaler Ebene ist zu unterscheiden zwischen kreisfreien und meist kleineren kreisangehörigen Städten, in denen einzelne Aufgaben der kommunalen Verwaltung von den Landkreisen übernommen werden.

Die lokale Integration beginnt mit der Verteilung auf die Kommunen. Im Bereich Sprache und Bildung gilt der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse als Schlüssel für eine gelungene Integration (Aumüller 2018, S. 189). Grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache und deutschen Kultur werden in den Integrationskursen vermittelt, die das BAMF konzeptionell zu verantworten hat. Durchgeführt werden sie von den örtlichen Volkshochschulen oder anderen Bildungseinrichtungen (Schammann/Kühn 2016, S. 22). Kommunale Verantwortung liegt zudem in der Bereitstellung von Angeboten zur frühkindlichen Bildung sowie in der räumlichen und sachlichen Ausstattung von Schulen (Massumi et al. 2015, S. 41).

Die Kommunen sind verpflichtet, Wohnraum für die Geflüchteten bereitzustellen (BBSR 2017, S. 18). Dies kann sowohl in zentralen Gemeinschaftsunterkünften oder dezentral in Einzelwohnungen bzw. kleinen Wohneinheiten geschehen (Hinger/Schäfer 2017). Letztere Option ist allerdings in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten kaum umsetzbar (Ottersbach/Wiedemann 2017, S. 24). In einigen Städten wurden kommunale Leitlinien zur Unterbringung der Geflüchteten erarbeitet, um eine zielgerichtete Steuerung zu ermöglichen (Aumüller 2018, S. 186). Allerdings sind die Möglichkeiten, innerhalb einer Gemeinde unmittelbar Einfluss auf die Wohnungssuche der Geflüchteten zu nehmen, begrenzt (Noack et al. 2018, S. 39).

Auch der Bereich Arbeit und Beruf spielt für die Integration Geflüchteter eine wesentliche Rolle. Allerdings ist für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit der Aufenthaltsstatus der Geflüchteten ausschlaggebend (BAMF 2018a). Die Genehmigung zur Ausübung einer Beschäftigung wird

durch die kommunalen Ausländerbehörden ausgestellt. Liegt eine Genehmigung vor, übernehmen die Arbeitsagenturen, die Jobcenter bzw. die Integration Points wichtige Aufgaben im Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteur_innen, um eine Arbeitsmarktintegration zu erreichen (Schammann/Kühn 2016, S. 25).

Darüber hinaus werden das Ankommen und die Integration der Geflüchteten von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen (Vereine, Migrantenselbstorganisationen) unterstützt und gestaltet (Speth/Becker 2016, S. 11). Derzeit offen ist, welchen Stellenwert zivilgesellschaftliches Engagement für die Integration Geflüchteter zukünftig haben wird und wie sich dieses bürgerschaftliche Engagement im Verhältnis zu den Aktivitäten der kommunalen Verwaltungen entwickeln wird. Ein solches Engagement kann nicht staatlich verordnet werden.

4.4.2 Kommunale Integrationspolitik in Köln und ausgewählten Kommunen des Kreises Heinsberg

Einfluss von Vorgaben der Bundes- und Landespolitik

Die Gemeinden sind mit der Ausführung von Bundes- und Landesgesetzen betraut und gestalten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung den lokalen Kontext von Integration (Rudzio 2011). Der Rahmen kommunaler Integrationspolitik wird von der Bundesebene vorgegeben und in den Gemeinden umgesetzt. Im Folgenden wird anhand von Beispielen verdeutlicht, wie die kommunale Integration Geflüchteter in dieses Gefüge eingebunden ist, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind und wie kommunale Akteur_innen ihre Gestaltungsspielräume nutzen.

Das auf der Bundesebene in die Integrationspolitik eingeführte Konzept der „guten Bleibeperspektive“ (BAMF 2018a) ermöglicht bereits vor der Anerkennung eines Flüchtlingsstatus einen Zugang zu Integrationsmaßnahmen und einen erleichterten Arbeitsmarktzugang. Nach diesem Konzept richten sich zentrale kommunale Akteur_innen, wie Integrationsbeauftragte, Integration Points und Integrationskursträger.

„Der Gesetzgeber sagt, wir sollen Mittel nur für die Menschen verwenden, die auch eine Perspektive haben, hier zu bleiben. Die Menschen [aus anderen Ländern] haben sie angeblich nicht, sind aber de facto oft mehrere Jahre hier und sind oft auch sehr motiviert.“ (Integration Point, Köln)

Dieses Zitat einer Gesprächspartnerin aus Köln, die Geflüchtete in Maßnahmen vermittelt, verdeutlicht, dass das Konzept auf der lokalen Ebene zwar umgesetzt wird, gleichzeitig jedoch durchaus auch kritisch bewertet wird. Während die Integrationskurse des Bundes somit für Asylbewerber aus Ländern ohne gute Bleibeperspektive nicht zugänglich sind, zeigt sich, dass Akteur_innen auf anderen administrativen Ebenen ihre Spielräume nutzen. Das Land NRW hat ein Programm „Basis-Sprachkurse“ aufgelegt und die Teilnahme an diesen Kursen an die *individuelle Bleibeperspektive* von Asylbewerbern geknüpft. Dadurch können auch Asylbewerber aus anderen Ländern daran teilnehmen. Darüber hinaus bieten auf der kommunalen Ebene

ehrenamtliche Initiativen und NGOs Sprachkurse für Personen an, denen keine Integrationskurse zur Verfügung stehen. Die Vorgaben des Bundes erweisen sich jedoch als sehr wirkmächtig, da sie viele Asylbewerber von Integrationsangeboten ausschließen.

Bei der Steuerung der Flüchtlingsintegration spielt die Befürchtung, dass sich Geflüchtete in einer Stadt räumlich konzentrieren, eine zentrale Rolle. Dies soll durch die Einführung der Wohnsitzauflage im Integrationsgesetz auf Bundesebene sowie dem nordrhein-westfälischen Flüchtlingsaufnahmegesetz verhindert werden. Allerdings regelt die Wohnsitzauflage den Wohnstandort nicht innerhalb der Gemeinden. Hier lassen sich sehr unterschiedliche Auswirkungen der kommunalen Steuerung der Unterbringung beobachten. Die Großstadt Köln weist einen äußerst angespannten Wohnungsmarkt auf. Das knappe Angebot auf dem Wohnungsmarkt für preisgünstige Wohnungen regelt wesentlich die räumliche Verteilung der Geflüchteten. Diese unfreiwillige Konzentration von Geflüchteten wird durchaus als Problem der Stadtentwicklung wahrgenommen, allerdings wird die Steuerbarkeit der Verteilung als gering eingeschätzt. Eine Interviewpartnerin, die Wohnungen an Geflüchtete vermittelt, formuliert in diesem Zusammenhang:

„Mir geht es erstmal darum, dass die Menschen aus dem Wohnheim rauskommen [...]. Ich achte eher auf die Bedürfnisse der Klienten und des Vermieters. [...] Das Problem ist auch, dass wir uns an die Mietrichtlinien des Sozialamtes und Jobcenters halten müssen. In Köln sind die Mieten sehr hoch und es gibt Stadtteile, da werden wir keine Wohnungen finden, weil unsere Mietrichtlinien weit unter dem Mietspiegel für diesen Stadtteil sind. Wir finden eher eine passende Wohnung in Kalk, Porz und Chorweiler, wo leider schon ein hoher Migrantenanteil vorherrscht. Aber wir finden keine Wohnung in Stadtteilen wie Marienburg oder Lindenthal, da sind die Mieten einfach zu hoch. Wir können das nicht steuern. Unser Ziel ist es, die Leute in Wohnungen zu vermitteln.“ (Auszugsmanagement, Köln)

In den kleinstädtischen Strukturen des Kreises Heinsberg ist eine Steuerung der räumlichen Verteilung der Geflüchteten eher umsetzbar. Allerdings zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen den Gemeinden im Hinblick auf die Frage, in welche Richtung gesteuert wird. So ist die Belegungspolitik in einer Gemeinde des Kreises durch einen dezentralen Ansatz geprägt. Die Gemeinde konnte einen Großteil der Asylbewerber in Wohnungen unterbringen und ist nach Anerkennung des Schutzstatus darum bemüht, die Mietverträge auf die Geflüchteten zu übertragen. Weiterhin wurde seitens dieser Gemeinde in Eigenregie in zwei verschiedenen Ortsteilen jeweils ein Mehrfamilienhaus zur Unterbringung von Geflüchteten errichtet. Die dezentrale Verteilung Geflüchteter über das Gemeindegebiet ist somit Ausdruck einer aktiven Integrationspolitik. Gleichzeitig ist es auch Ausdruck einer Standortpolitik, da die Standorte so gewählt wurden, dass sie zur Stabilisierung der Grundschulen in diesen Ortsteilen beitragen. Im Gegensatz dazu ist die Steuerung der räumlichen Verteilung in einer anderen Gemeinde im Kreis Heinsberg auf eine Konzentration ausgerichtet. Die zunächst dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern wurde mit dem Rückgang der Bewerberzahlen zugunsten einer zentralen Unterbringung in einer peripher gelegenen ehemaligen Kaserne aufgegeben.

Diese Beispiele zeigen, dass insbesondere der Bund durch Gesetze einen großen Einfluss auf die Integration von Geflüchteten in den Gemeinden nimmt. Das Handeln der kommunalen Akteur_innen ist durch diese Vorgaben maßgeblich geprägt. Gleichzeitig werden dort aber

Handlungsspielräume genutzt, die spezifische Integrationspolitiken zur Folge haben. Teilweise unterscheiden sich diese Handlungsspielräume zwischen den Kommunen.

Kooperation und Kontroversen im Zusammenspiel verschiedener Akteur_innen

Innerhalb von Städten und Gemeinden ist eine Vielzahl von Akteur_innen an der Steuerung der Integration Geflüchteter beteiligt. Die Vernetzung zwischen diesen Akteur_innen wird von vielen unserer Gesprächspartner als Schlüssel für eine erfolgreiche Integrationsarbeit gekennzeichnet:

„...als Integrationsbeauftragter nehme [ich] an deren [Initiativen von Kirchengemeinden] Sitzungen und Besprechungen teil [...]. Wir beraten diese Gremien, wobei ich sagen muss, manchmal sind diese Gremien schneller als wir, in der Kenntnis über neue Rechtsentwicklungen, wir haben zum Beispiel so einen gewissen zeitlichen Nachlauf bei gesetzlichen Reformvorhaben, wo andere etwas früher informiert sind. Leider ist das so. Das ist diese träge Bürokratie. Wir tauschen uns aus, darüber, was man besser machen kann; wir verstehen uns als die Stelle, die das Feedback aus den Hilfsorganisationen wahrnehmen möchte, so dass wir uns in unserem Handeln und Wirken auch verbessern können“ (Stadtverwaltung Gemeinde 1, Kreis Heinsberg)

Es wird deutlich, dass die Vernetzung (z.B. zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft) zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einem Informationsaustausch in beide Richtungen führen kann. Da dieses Feld durch ständige Gesetzesänderungen und eine Vielzahl an neuen Programmen gekennzeichnet ist, ist dies überaus wichtig. Darüber hinaus ist eine gute Vernetzung auch für die alltagspraktische Unterstützung Geflüchteter förderlich.

Allerdings funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteur_innen nicht immer reibungslos. So wird vor allem das Zusammenspiel zwischen ehrenamtlichen Initiativen und der Verwaltung des Öfteren als schwierig gekennzeichnet. Im Gegensatz zum häufig schnellen und flexiblen Agieren ehrenamtlicher Initiativen, wird die Verwaltung eher als träge wahrgenommen. Darüber hinaus unterscheiden sich häufig auch die Handlungsziele der Akteur_innen. Das kann an einem Beispiel zur Arbeitssuche verdeutlicht werden.

Gesprächspartner aus der Verwaltung merkten häufig an, dass Ehrenamtler dazu tendieren, Geflüchtete in Hilfsjobs zu vermitteln. Vertreter der kommunalen Behörden und des Integration Point streben aber an, Geflüchtete in Ausbildungen zu bringen. Dadurch wollen sie verhindern, dass die Geflüchteten im Fall eines wirtschaftlichen Abschwungs als Ungelernte ihre Arbeit verlieren und wieder von Transferleistungen abhängig werden.

Es zeigt sich, dass die Akteur_innen unterschiedliche Blickwinkel haben – auf der einen Seite die Wahrung von Standards, auf der anderen Seite die Lösung akuter Probleme bei denen, die vor allem im direkten Kontakt mit den Geflüchteten im Vordergrund stehen. Es zeigt sich ein unterschiedliches Verständnis der Akteur_innen von Integration und gelungenen Integrationsverläufen.

Vergleicht man das Zusammenspiel der Akteur_innen in Köln mit den Gemeinden des Kreises Heinsberg, zeigen sich Unterschiede, die auf die Größe der Städte und Gemeinden zurückzuführen sind. Die Gesprächspartner aus dem Kreis Heinsberg sind häufig allein oder in kleinen

Teams in ihrem Arbeitsbereich tätig sind. Sie betonen, dass die nun verstärkte gemeindeübergreifende Vernetzung und der damit verbundene Austausch für sie gewinnbringend sind. Allerdings sind hier die Voraussetzungen für eine Vernetzung auch besonders gut, da der Kreis der Akteur_innen überschaubar ist und häufig auch private Kontakte bestehen. Anders stellt sich die Situation in Köln dar, wo die Integrationsarbeit durch einen großen Verwaltungsapparat und zum anderen durch eine schwer überschaubare Zahl weiterer Akteur_innen geprägt. Somit stellt sich in Köln die Vernetzung schwieriger dar. Gleichzeitig eröffnet die Größe auch alternative Möglichkeiten der Vernetzung. Eine Gesprächspartnerin, die eine Kölner Flüchtlingsberatung leitet, beschrieb die Zusammenarbeit mit den Ausländerämtern in den Stadtbezirken als schwierig. Mit Fragen wendet sie sich daher ausschließlich an die zentrale Ausländerbehörde der Stadt. In einer Gemeinde des Kreises Heinsberg steht eine Flüchtlingsinitiative hingegen aufgrund ihres schlechten Verhältnisses zur Verwaltungsspitze vor großen Schwierigkeiten, da in der kleinen Gemeinde keine alternativen Ansprechpartner existieren.

Insgesamt zeigen die Gespräche, dass Integration durch ein Zusammenspiel vielfältiger Akteur_innen gesteuert wird, deren Ziele jedoch im Widerspruch zueinander stehen können. Deutlich wird zudem, dass in einem Landkreis wie Heinsberg keine einheitliche Steuerung von Integration zu beobachten ist, sondern zwischen den einzelnen Gemeinden zu differenzieren ist.

Veränderungen der kommunalen Politiken seit der Phase des Ankommens

Infolge der verstärkten Zuwanderung Geflüchteter seit dem Spätsommer 2015 hat sich der Arbeitsalltag kommunaler Akteur_innen, die an der Integration der Geflüchteten beteiligt sind, verändert. Dabei lassen sich vier Aspekte herausstellen:

(1) Die Herausforderung spontaner Steuerung

Die erfolgreiche Unterbringung der Geflüchteten und die Vermeidung von Obdachlosigkeit war für die hauptamtlich bei den Kommunen oder Wohlfahrtsverbänden Tätigen in beiden Untersuchungsräumen eine enorme Herausforderung und Belastung. Zwar hatte es in Köln schon seit einigen Jahren ein Konzept zur Unterbringung Geflüchteter gegeben (Stadt Köln 2004; vgl. Abschnitt 4.1.2), doch konnten die hier festgelegten Leitlinien aufgrund der hohen Zuweisungszahlen in 2015/16 nicht umgesetzt werden. Stattdessen erfolgte die Unterbringung spontan an den Orten, an denen Kapazitäten vorhanden waren (z.B. Turnhallen, Container, Hotels). Dieses Vorgehen wurde von einigen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen, die sich für die Belange der Geflüchteten einsetzen, kritisiert. Mittlerweile ist das zuständige Wohnungsamt bemüht, sich bei der Unterbringung Geflüchteter wieder auf ihre zuvor erarbeiteten Konzepte zu besinnen.

Im Kreis Heinsberg gab es zuvor kein übergeordnetes Konzept zur Unterbringung Geflüchteter. Daher entwickelten die Gemeinden recht spontan vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Unterbringungskapazitäten und der persönlichen Überzeugung einzelner Mitarbeiter verschiedene Möglichkeiten. Die Unterbringung erfolgte auch hier in Gruppenunterkünften und Containern. Allerdings spielte in den meisten kleineren und mittleren Gemeinden des Kreises von

Beginn an auch die Unterbringung in privaten Wohnungen eine zentrale Rolle. Diese wurden von privaten Eigentümern angeboten und von den Gemeinden angemietet. Die kommunalen Verwaltungen konnten durch diese Angebote von privater Seite eine umfassende Belegung von Turnhallen vermeiden. Allerdings wurden in der Anfangsphase auch Wohnungen in schlechtem Zustand angemietet und überbelegt. Die Verwaltungen sind mittlerweile dazu übergegangen, Überbelegungen zu reduzieren und keine Wohnungen mit schwerwiegenden Mängeln (Schimmelbefall, Dichtungsprobleme etc.) mehr anzumieten.

(2) Das Aufkommen neuer Akteur_innen

Auf Seiten der Zivilgesellschaft engagierten sich von Beginn an viele ehrenamtliche Initiativen, ohne die eine rasche Versorgung der Geflüchteten nicht flächendeckend hätte sichergestellt werden können. Mittlerweile haben sich die Bedarfe der Geflüchteten verändert und somit auch die Anforderungen an die Unterstützungsarbeit der Ehrenamtler. Heute geht es weniger um die unmittelbare Versorgung als vielmehr um Unterstützung bei der strukturellen Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie den hiermit verbundenen Umgang mit der Bürokratie. Nicht wenige Ehrenamtler sind mittlerweile in rechtlichen Belangen und über behördliche Verfahren gut informiert und werden von hauptamtlich Tätigen als kompetente Akteur_innen wahrgenommen.

Darüber hinaus wurden im Zuge der Flüchtlingszuwanderung auch Akteur_innen aktiv, die bis dahin keine oder nur wenige Berührungspunkte zur Gruppe der Geflüchteten hatten, wie beispielsweise die Industrie- und Handelskammern, Sparkassen, Lions- oder Rotarier-Clubs. Mittlerweile sind vielfältige Akteur_innen an der Integration Geflüchteter beteiligt – und zwar in einem stärkeren Ausmaß aus dem zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Bereich, als dies vor 2015 der Fall war.

(3) Die Einführung neuer Maßnahmen

Diese unterschiedlichen Akteur_innen haben früh Einrichtungen aufgebaut und Maßnahmen entwickelt, um die Integrationsprozesse Geflüchteter möglichst von Beginn an positiv zu gestalten. Dies zeigt sich beispielsweise seit 2015 bei der Einrichtung der sogenannten Integration Points in zahlreichen nordrhein-westfälischen Kommunen, in denen Mitarbeiter aus Jobcentern und Arbeitsagenturen Geflüchtete bei einer frühzeitigen Vermittlung in den Arbeitsmarkt unterstützen.

Darüber hinaus mussten zum Teil neue Konzepte entwickelt und erprobt werden, da anfangs kaum Informationen über Qualifikationen, Erfahrungen, gesundheitliche Belastungen oder Lebensumstände der Geflüchteten vorlagen. Allerdings waren nicht alle Maßnahmen sofort erfolgreich. Geflüchtete berichteten bspw. von Schwierigkeiten, morgens pünktlich zum Sprachkurs zu erscheinen, wenn die ÖPNV-Verbindungen unzureichend sind oder vorher noch die Kinder zu den jeweiligen Betreuungseinrichtungen gebracht werden müssen – sofern überhaupt Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind. Maßnahmen, die sich nicht mit den Erfordernissen der Alltagsorganisation der Geflüchteten in Einklang bringen lassen, erreichten deutlich weniger Teilnehmer_innen als erhofft. Der Umgang einzelner Akteur_innen mit diesen Erfahrungen ist unterschiedlich. Die meisten Akteur_innen sind bemüht, die gewünschten Ziel-

gruppen über eine Nachjustierung bzw. Ergänzung der Maßnahmen besser zu erreichen (z.B. Vormittagskurse für Frauen; Ganztagskurse mit Mittagessen). Andere hingegen führen niedrige Teilnehmerzahlen in Integrationsmaßnahmen auf eine zu geringe Integrationsbereitschaft der Geflüchteten zurück und reagieren nicht mit einer Modifikation sondern mit einer Reduzierung bestehender Angebote.

(4) Die aktive Etablierung neuer Netzwerke.

Im Zusammenspiel der verschiedenen Akteur_innen wird eine gute Netzwerkarbeit wichtiger. Mit der verstärkten Zuwanderung 2015/16 arbeiteten die Kommunalverwaltungen unvorhergesehen mit vielen verschiedenen, unbekanntem, Akteur_innen zusammen, die selten einen professionellen Hintergrund besaßen. Diese Zusammenarbeit war für die Kommunen einerseits eine große Unterstützung, andererseits bedurfte die Steuerung und Unterstützung der ehrenamtlichen Initiativen zusätzlich Arbeitskraft und -zeit. Nicht immer erwies sich die Zusammenarbeit als sinnvoll, so dass einige Akteur_innen auch nicht mehr in die Zusammenarbeit einbezogen wurden. Insgesamt zeichnet sich mittlerweile eine Phase der Konsolidierung ab, in welcher die Kontakte zu stabilen Netzwerkpartnern aus dem öffentlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich ausgebaut und verfestigt werden. Aber auch zwischen Akteur_innen des gleichen Kontexts, zu denen vor der Flüchtlingszuwanderung nur geringer oder kein guter Kontakt bestand, hat sich das Verhältnis häufig hin zu einer engeren, konstruktiven Zusammenarbeit verändert.

5 Fazit

5.1 Zusammenfassung

Seit der im Sommer 2015 plötzlichen und verstärkten Zuwanderung Geflüchteter aus politischen Krisengebieten steht die kommunale Integrationspolitik in den Städten und Gemeinden in Deutschland vor besonderen Herausforderungen. In unserem Forschungsprojekt sind wir der Frage nachgegangen, wie verschiedene Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit diesen Herausforderungen umgehen. Im Verlaufe unserer zahlreichen Gespräche mit lokalen Akteur_innen der kommunalen Stadtverwaltungen, karitativer Einrichtungen, aus Bildungseinrichtungen und mit Ehrenamtlichen zeigten sich die umfassenden und vielfältigen Anstrengungen und Bemühungen, den Geflüchteten den Schutz und die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen, um in Deutschland ein neues Zuhause finden zu können. Im Verlaufe der letzten drei Jahre hat sich die Stimmung in der Politik und der Bevölkerung deutlich geändert. Die erste Euphorie ist einer zunehmenden Skepsis gewichen, ob eine Integration der Geflüchteten möglich ist und welche Folgen dies für unser gesellschaftliches Zusammenleben haben könnte. Auch in unseren Interviews mit lokalen Akteur_innen und den Geflüchteten wurde dieser Stimmungswandel häufig thematisiert. Allerdings hatten wir in unserem Forschungsprojekt die Möglichkeit, mit vielen engagierten Menschen zu sprechen, die sich tagtäglich für die gesellschaftliche Integration der Geflüchteten und ein respektvolles gesellschaftli-

ches Miteinander einsetzen und mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement in den letzten Jahren zahlreiche positive Entwicklungen und Erfolge im Bereich der Integration erreichen konnten. Diese Erfolge sollten der Öffentlichkeit klarer als bislang vermittelt werden.

Darüber hinaus hatten wir über die Gespräche mit Geflüchteten die Möglichkeit, ihre jeweilige Perspektive auf das Leben in Deutschland kennenzulernen. Wir kamen ins Gespräch mit Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern, mit verschiedensten Biographien und Familiensituationen, die nach ihrem ersten Ankommen in Deutschland zunehmend mit den Herausforderungen einer längerfristigen Integration konfrontiert sind. So vielfältig die Lebenssituationen und Hintergründe der Geflüchteten sind, so vielfältig und komplex sind auch die Herausforderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, vor denen sie stehen. Unsere Gesprächspartner haben uns geschildert, wie sie mit diesen Herausforderungen umgehen. Hierzu braucht es Ausdauer, Kraft, Engagement – und eine Aufnahmegesellschaft, die sich tatsächlich öffnet und einen Weg in die Gesellschaft ermöglicht.

Im Folgenden möchten wir zunächst noch einmal zusammenfassen, welche Erfahrungen (sowohl positive als auch negative) die von uns interviewten lokalen Akteur_innen und Geflüchteten mit der Integration in Köln und im Kreis Heinsberg gemacht haben. Hierbei hat sich gezeigt, dass die von uns untersuchten Kommunen trotz einheitlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen durch die Bundesgesetzgebung und die geltenden Landesgesetze die Unterbringung und Integration der Geflüchteten durchaus unterschiedlich gestalten – und somit auch unterschiedliche Rahmenbedingungen der Integration für Geflüchtete schaffen. Im ersten Abschnitt werden wir daher die Ergebnisse zur Bedeutung kommunaler Integrationspolitiken für die Integrationsprozesse Geflüchteter zusammenfassen (5.1.1). In den folgenden Abschnitten der Ergebnisdarstellung orientieren wir uns an den von uns untersuchten Dimensionen Wohnen (5.1.2), Spracherwerb (5.1.3), Arbeitsmarktzugang (5.1.4) und soziale Beziehungen (5.1.5). Im Verlaufe des Projektes wurde erneut sehr deutlich, wie eng die verschiedenen von uns als Untersuchungsdimensionen verwendeten Bereiche (Sprache, Arbeit, Wohnen, Netzwerke) miteinander verwoben sind – und dass Integrationsprozesse sich nicht über die isolierte Betrachtung dieser Dimensionen abbilden lassen. So haben sich insbesondere Fragen des politischen und öffentlichen Umgangs und auch des medialen Diskurses als zentrale Aspekte herausgestellt, die sowohl die Integrationsbereitschaft der Geflüchteten als auch die Unterstützungsbereitschaft und das Engagement der aufnehmenden Gesellschaft (Stadtverwaltung, karitative Einrichtungen, Ehrenamtler, Wirtschaft) hemmen können. Auf die Verknüpfungen und Begrenzungen der Dimensionen wird in den jeweiligen Abschnitten hingewiesen. Abschließend werden in Abschnitt 5.2 offene Fragestellungen genannt, die durch künftige Forschungsarbeiten beantwortet werden sollten.

5.1.1 Bereich Kommunale Integrationspolitik

Im Hinblick auf den lokalen Kontext zeigt sich in unserer Studie, dass Kommunen im Zusammenspiel der verschiedenen Akteur_innen, die zur Integration von Geflüchteten vor Ort beitragen, „unterschiedlichen Modi der Koordination“ (Einig et al. 2005, S. II) unterliegen. Während das Verhältnis zu den Akteur_innen der Bundes- und Landesebene durch ein hierarchi-

ches Verhältnis direkter Regelung und Kontrolle geprägt ist, ist das Verhältnis zu den zivilgesellschaftlichen Akteur_innen eher durch ein heterarchisches Verhältnis mit Kooperation auf Augenhöhe geprägt.

So beeinflussen die Vorgaben der Bundes- und Landesebene die kommunalen Handlungsspielräume in den verschiedenen Aufgabenfeldern zur Unterstützung der Geflüchteten und können zu Widersprüchen und Schwierigkeiten in der kommunalen Integrationspolitik führen. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass die Integrationskurse des Bundes nicht von Asylsuchenden ohne gute Bleibeperspektive absolviert werden können – obwohl diese zum Teil viele Jahre in Deutschland leben und die Kommunen daher durchaus ein Interesse daran haben, diesen Personen Integrationsperspektiven zu eröffnen.

Unsere Untersuchungen haben des Weiteren gezeigt, dass es in Groß- und Kleinstädten sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede im Umgang mit den Geflüchteten gibt. Für die Millionenstadt Köln und die verschiedenen Gemeinden im Kreis Heinsberg werden Unterschiede zwischen den kommunalen Integrationspolitiken bestätigt, die von sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort, spezifischen kommunalpolitischen Konstellationen, historisch gewachsenen Pfaden der institutionellen Bearbeitung, dem zivilgesellschaftlichen Organisationsgrad und der lokalen Kooperationskultur abhängig sind (Gesemann et al. 2012, S. 14). In einer großstädtischen Verwaltung wie in Köln konnten wir beispielsweise strategische Überlegungen zu einem planvollen Umgang der Integration Geflüchteter beobachten, die allerdings aufgrund der hohen Zuwanderung nicht durchzuhalten waren. Solche strategischen Konzepte zur Integration von Geflüchteten fehlten im Kreis Heinsberg. Überschaubare Verwaltungsstrukturen führten dort aber dazu, flexibel mit den Herausforderungen umgehen zu können. Die Größe einer Verwaltung in Köln hat auf der einen Seite den Nachteil, dass die Verwaltungsstrukturen mit einem hohen Maß an Arbeitsteilung für Außenstehende nur schwer nachzuvollziehen sind. Mit der stärkeren Spezialisierung ist auf der anderen Seite ein sehr differenziertes Verwaltungshandeln möglich, das auf die jeweilige Problemlage zugeschnitten ist. In den kleineren Gemeinden des Kreises Heinsberg sind die Aktivitäten zur Integration hingegen stärker an einzelne Persönlichkeiten gebunden, was durch eine dünne Personaldecke die Verwaltungsarbeit allerdings auch anfälliger macht.

5.1.2 Bereich Wohnen

Im Hinblick auf die *Unterbringung Geflüchteter und ihrer Integration auf den Wohnungsmarkt* konnte unsere Untersuchung zeigen, dass sich lokale Strategien mit deutlichen Unterschieden entwickelten – trotz identischer rechtlicher Rahmenbedingungen durch Bund- und Ländervorgaben in beiden Untersuchungsräumen. Diese Unterschiede sind in unseren Untersuchungsräumen erstens auf die Bedeutung des Themas und eine entsprechende Auseinandersetzung mit der Thematik vor 2015 zurückzuführen.

So gab es in Köln bereits seit dem Jahr 2004 Leitlinien zur Unterbringung Geflüchteter – allerdings konnten diese aufgrund der hohen Zuweisungszahlen nicht umgesetzt werden und mussten entsprechend den neuen Bedingungen angepasst werden. Das allgemeine politische Ziel,

nämlich eine dezentralen Unterbringung in Wohnungen, wurde jedoch nicht in Frage gestellt. Im Gegensatz dazu gab es im Kreis Heinsberg vor 2015 keine nennenswerte Zuwanderung durch Geflüchtete und entsprechend auch keine Auseinandersetzung über ihre Unterbringung. Dadurch waren die Gemeinden im Kreis zum Teil nicht auf die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben (nämlich die Unterbringung Geflüchteter) vorbereitet. Die Gemeinden entwickelten daher, zum Teil unter hohem Druck, individuelle Lösungen zur Unterbringung Geflüchteter und es zeigen sich z.T. deutliche Unterschiede zwischen den Gemeinden. Obwohl es im Kreis vorab keine Leitlinien zur Unterbringung gab, wurden die Maßnahmen oft von übergeordneten Diskursen über negative Auswirkungen von Massenquartieren beeinflusst und auf dezentrales Wohnen von Flüchtlingen ausgerichtet.

Dies verweist auf den zweiten Aspekt der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in unseren Untersuchungsräumen, nämlich die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Während der Wohnungsmarkt in Köln bereits vor 2015 angespannt war, war die Situation in Heinsberg zunächst noch entspannt. Mittlerweile übersteigt die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum jedoch auch das Angebot im Kreis Heinsberg. Dementsprechend gestaltet sich der Übergang in den Wohnungsmarkt *in beiden* Fallstudien nun schwierig. So haben in vielen Fällen Integrationsprozesse noch nicht begonnen, weil viele Geflüchtete z.T. auch noch nach Jahren in Gruppenunterkünften leben, was sich nicht nur auf das Wohlbefinden, sondern auch auf den Spracherwerb negativ auswirkt. Insbesondere die Großunterkünfte in räumlichen Randlagen erweisen sich als Hemmnis für die Integration von Flüchtlingen. Diese Lagen erschweren die Erreichbarkeit von Alltagsinfrastruktur, von Sprachkursen und Arbeitsplätzen. Darüber hinaus erlauben diese Standorte weder die Entwicklung von Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft noch die Entwicklung von Bindungen zu möglicherweise bestehenden lokalen ethnischen Gemeinschaften.

Unsere Untersuchung hat jedoch auch aufgezeigt, wie Kommunen trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen versuchen können, die Integration Geflüchteter auf dem Wohnungsmarkt zu unterstützen. Dazu gehören sowohl der Neubau bezahlbaren Wohnraums – davon profitiert die gesamte Stadtgesellschaft – als auch die Schaffung kommunaler Angebote zur Vermittlung von Wohnraum, wie es in Köln bereits 2011 durch das Auszugsmanagement etabliert wurde.

Bei der Wohnungssuche der Geflüchteten erweisen sich soziale Netzwerke als sehr nützlich. Dazu gehören sowohl Beziehungen zu Freund_innen und Verwandten als auch Kontakte zwischen Flüchtlingen und der lokalen Gesellschaft (z.B. Willkommensinitiativen, Berater_in in Flüchtlingsinformationszentren und Sprachlehrer). Sie bieten Informationen, Unterstützung bei der Sprache und sind oft auch Vertrauenspersonen für Flüchtlinge und Vermieter_innen. Diese Beziehungen und Kontakte spielen eine wichtige Rolle für den Zugang der Flüchtlinge zu Wohnungen in einem angespannten Wohnungsmarkt. Die soziale Integration der Flüchtlinge ist daher ein Schlüssel zu ihrer strukturellen Integration. Mit der Einführung der Wohnsitzauflage werden hilfreiche Kontakte jedoch auf lokale Bindungen beschränkt. So können Flüchtlinge beispielsweise nicht von sozialen Beziehungen zu Familie oder Freund_innen profitieren, die in anderen Teilen Deutschlands leben. So hat eine politische Entscheidung, die auf eine bessere

räumliche Steuerung der Flüchtlingsintegration abzielt, potenziell negative Auswirkungen auf ihre strukturelle Integration in den Wohnungsmarkt.

Unsere Ergebnisse unterstreichen die positiven Auswirkungen des Wohnens in einer eigenen Privatwohnung auf die Integration (z.B. Sprachenlernen). Der Übergang von der Flüchtlingsunterkunft zum Wohnungsmarkt führt jedoch oft zu Umzügen innerhalb der Stadt. Dadurch werden neu entwickelte soziale Kontakte unterbrochen und müssen in einem neuen Stadtteil von Grund auf neu entwickelt werden. Darüber hinaus führen große Entfernungen zwischen den Orten des alltäglichen Lebens der Geflüchteten (z.B. Schule, Sprachkurs und Wohnung) zu zusätzlichem Stress im Alltag.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Befragten oft keine Wahl bei ihrer Wohnungsentscheidung haben und daher nicht selten mit ihrer Wohnung oder ihrem Wohnstandort unzufrieden sind. Darüber hinaus sind Instabilität bei den Mietverhältnissen und kurzfristige Mietverhältnisse bei Flüchtlingen häufig. Unzufriedenheit und Unsicherheit können in Zukunft weitere Umzüge hervorrufen mit den oben beschriebenen Konsequenzen für die lokale Integration. Im schlimmsten Fall können unsichere Wohnverhältnisse schließlich zu Obdachlosigkeit führen (Flatau et al. 2015).

Es zeigt sich, dass der Übergang der Geflüchteten in den regulären Wohnungsmarkt durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren erschwert wird (z.B. begrenzte wirtschaftliche und kulturelle Ressourcen der Geflüchteten; begrenzte Anzahl von lokal verfügbaren Wohnungen; Interessenkonflikte potenzieller Vermieter_innen). Dementsprechend müssen auch Lösungen auf verschiedenen Ebenen gefunden werden (z.B. Wohnungsbau, finanzielle Mittel für die Kommunen und Kampagnen gegen Diskriminierung). Darüber hinaus zeigt das Beispiel der Wohnsitzauflage, dass die Umsetzung von Maßnahmen ambivalente Folgen haben kann. Die Wohnsitzauflage ermöglicht es beispielsweise Städten und Gemeinden, die benötigten Integrationsinfrastrukturen besser zu planen. Gleichzeitig stellt sie ein großes Hindernis für die Integration vieler Geflüchteter auf dem Wohnungsmarkt dar, da ihr Suchradius deutlich reduziert ist.

5.1.3 Bereich Spracherwerb

Das *Erlernen der Landessprache* gilt als Grundlage jeder weiterführenden Integration. Dies hat sich auch in unserer Untersuchung bestätigt. In allen untersuchten Bereichen (Wohnen, Arbeiten, soziale Kontakte) erwies sich die grundlegende Beherrschung der Landessprache als wichtige Zugangsvoraussetzung. Für den Alltag haben sich auch türkische Sprachkenntnisse als wichtig herausgestellt, da hierüber Kontakte zu türkischsprachigen Angehörigen der Ankunfts-gesellschaft geknüpft werden konnten, die beispielsweise Informationen zu Arbeits- oder Wohnmöglichkeiten vermitteln konnten.

Die Bedeutung des Erlernens der Landessprache verweist auf die enorm wichtige Rolle von Integrationskursen für den weiteren strukturellen und sozialen Integrationsprozess von Zugewanderten. Ein *früher* Zugang zu den Kursen ist wichtig für eine zügige Integration in diesen Bereichen – allerdings erwies sich als zentrales Problem, dass nicht alle Geflüchteten einen

raschen Zugang zu den Kursen bekommen. Dies betrifft zum einen Personen aus Ländern ohne gute Bleibeperspektive, die aber als Person möglicherweise trotzdem sehr lange in Deutschland bleiben werden. Hier sind die in NRW eingeführten Kurse für Personen mit individueller Bleibeperspektive ein sehr wichtiger Ansatz. Von Zugangsschwierigkeiten sind zum anderen Familien mit (kleinen) Kindern betroffen. Durch zu wenige Kursangebote mit Kinderbetreuung kommt es zu Verzögerungen des Spracherwerbs bei den Müttern oder beiden Elternteilen. Weiterhin hat sich die mangelnde Passgenauigkeit der Kurse als Hemmnis erwiesen, da die Kursteilnehmer zum Teil sehr unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten aufweisen oder auch unterschiedliche Sprachniveaus erreichen wollen. Hier wurde das Kursangebot in den letzten Jahren zwar kontinuierlich diesen Erfahrungen angepasst. Allerdings gibt es auch Grenzen der Ausdifferenzierung. Diese zeigen sich bspw. im ländlichen Raum durch die Größe der Nachfrage und die Erreichbarkeit von Angeboten mit dem ÖPNV. Vor diesem Hintergrund sind die gewinnbringenden Erfahrungen einiger Befragter mit Sprach-Selbstlernprogrammen aus dem Internet interessant. Es sollte überlegt werden, digital affinen Personen zu ermöglichen, offizielle Sprachzertifikate (A/B-Level) zumindest teilweise über Online-Lernangebote erwerben zu können. Der Ausbau solcher digitaler Sprachtutorials könnte helfen, in ländlichen Räumen das Problem des größeren zeitlichen Aufwandes für den Besuch von stationären Kursangeboten zu mindern. Auch für Familien mit Kindern könnten solche Angebote hilfreich sein, da dadurch das Problem der Zeitverzögerung des Spracherwerbs aufgrund fehlender Kinderbetreuung angegangen werden könnte.

Als große Barriere erweist sich auch der eingeschränkte Kontakt vieler Geflüchteter mit deutschsprachiger Bevölkerung, so dass sie nur eine geringe Sprachpraxis haben. Entsprechend äußerten nicht wenige Geflüchtete den Wunsch, die Landessprache stärker in einem praktischen oder beruflichen Umfeld erlernen zu können. Auch die ehrenamtliche Tätigkeit hat sich als förderlich für die Sprachpraxis erwiesen. Insgesamt sollte ehrenamtliche Tätigkeit Geflüchteter mehr Anerkennung erfahren und stärker als bisher als Integrationsleistung der Geflüchteten gewürdigt werden.

Der erfolgreiche Abschluss eines Integrationskurses ist die Voraussetzung für den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Viele Ausbildungsberufe, Tätigkeiten und auch ein Studienplatz erfordern ein höheres Sprachniveau als jenes, welches im Integrationskurs vermittelt wird. Hier haben sich deutliche Unterschiede zwischen unseren Untersuchungsgebieten dahingehend gezeigt, dass es in Köln ausreichende weiterführende Angebote gibt – allerdings fehlen häufig Informationen darüber, wie man an so einem Kurs teilnehmen kann und wer die Finanzierung übernimmt. In Heinsberg hingegen fehlten in vielen Gemeinden weiterführende Qualifikationsangebote. Dies verweist auf die Notwendigkeit, bei Integrationsanforderungen gegenüber Geflüchteten (Spracherwerb, Arbeitsmarktintegration) auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu berücksichtigen – insbesondere dann, wenn mit Sanktionen gearbeitet wird.

5.1.4 Bereich Arbeitsmarktzugang

Der Zugang zum Arbeitsmarkt erfolgt häufig über Praktika, Mini-Jobs oder Ausbildungen. Die Informationen über diese Angebote werden häufig über soziale Kontakte vermittelt, sei es in Form persönlicher Kontakte – diese haben sich insbesondere im Kreis Heinsberg als hilfreich erwiesen – oder in Form von institutionalisierten Coachings und einer sehr persönlichen Betreuung. Allerdings sollten die Informationen über Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten nicht vornehmlich von Zufall, Engagement und Kontakten einzelner Schlüsselpersonen (z.B. Leiter_innen von Sprach- und Integrationskursen, Ehrenamtler) abhängig sein. Vielmehr sollte die frühe Vermittlung zentraler Informationen zu Angeboten für verschiedene Ansprüche (Jobs, Ausbildungsplätze, Studiengänge, jeweils benötigte Voraussetzungen und der Weg zu diesen Voraussetzungen) stärker institutionalisiert werden (z.B. in den Orientierungskursen), so dass diese Informationen allen Interessierten zugänglich werden.

Sowohl in den Interviews mit Geflüchteten als auch in den Experteninterviews wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, Ausbildung und Berufseinstieg flexibler zu gestalten, so dass auch ein paralleles Sprachenlernen möglich ist. Hierbei ist allerdings auch zu bedenken, dass Geflüchtete sich über Beruf und Spracherwerb hinaus weiteren Anforderungen gegenübergestellt sehen (z.B. Familie, rechtlicher Status). Dies kann sich auf die Lernerfolge der Geflüchteten auswirken.

Praktika wurden seitens unserer Gesprächspartner häufig als vielversprechender Weg in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis geschildert. Allerdings garantieren sie keine Perspektive auf eine sicherere, qualifizierte Tätigkeit. Daher ist es wichtig, dass die Geflüchteten vorab (bspw. in den Orientierungskursen) über den Ablauf und die Rahmenbedingungen von Praktika informiert werden und auch grundlegende Informationen zu ihren Arbeitnehmerrechten erhalten, um eine mögliche Ausbeutung seitens der Arbeitgeber zu verhindern.

Insbesondere in unseren Experteninterviews wurde betont, dass ein Ausbildungsplatz für junge und lernorientierte Geflüchtete die größten Potenziale bietet. Diejenigen Geflüchteten, die zum Zeitpunkt des Interviews bereits eine Ausbildung finden konnten, waren sehr zufrieden damit. Auch an einem Studium in Deutschland bestand ein großes Interesse auf Seiten der Geflüchteten. Allerdings ist der Zugang, aufgrund der höheren Sprachanforderungen, deutlich schwieriger.

Komplizierter stellt sich der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für solche Geflüchtete dar, die bereits über berufliche Qualifikationen verfügen. Die langwierige und keineswegs immer erfolgreiche Anerkennung von Qualifikationen, das häufig geringe Vertrauen von Arbeitgebern in ausländische Qualifikationen, rechtliche Vorgaben bei reglementierten Berufen sowie mangelnde Sprachkenntnisse stellten hier zentrale Barrieren dar. Besonders betroffen sind in diesem Zusammenhang ältere (hoch-)qualifizierte Geflüchtete, und es stellt sich die Frage, wie hier Perspektiven entwickelt werden können, damit diese Menschen ihre Expertise in Deutschland einsetzen können.

Eine weitere Herausforderung stellen geringqualifizierte Menschen dar, die aufgrund ihres Alters (bislang) keinen Zugang zu solchen Qualifikationsmaßnahmen haben, die sich vor allem an jüngere Geflüchtete richten. Hier stellt sich die Frage, inwieweit alternative Qualifikationsangebote benötigt werden oder eine Tätigkeit im Niedriglohnsektor unterstützt wird.

Insgesamt zeigten sich im Bereich Arbeit zum Teil deutliche Unterschiede darin, welche beruflichen Ziele Geflüchtete (aber auch ihre Sachbearbeiter für sie) haben. Die Ziele reichten von einer finanziellen Unabhängigkeit von Transferleistungen bis zur beruflichen Selbstverwirklichung. Es ist zu fragen, welches Gewicht die Wünsche Geflüchteter gegenüber den Vorstellungen der Sachbearbeiter bei beruflichen Entscheidungen haben. Hierbei ist auch zu bedenken, dass eine mangelnde berufliche Perspektive zu einer umfassenden Resignation führen kann.

5.1.5 Bereich soziale Beziehungen

Im Hinblick auf den *Aufbau neuer lokaler Netzwerke* und ihrer Bedeutung für die Integration zeigt unsere Untersuchung, dass Kontakte zu anderen Geflüchteten eine wichtige Quelle praktischer Unterstützung und emotionalen Rückhalts in der Ankunftsgesellschaft darstellen (Uzelac et al. 2018; Stevens 2016; Palmgren 2017). Solche Kontakte werden zumeist in Wohnheimen, über Integrations- und Sprachkurse, bei Behördengängen oder bei ehrenamtlichen Initiativen geknüpft. Kontakte zu Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft werden vor allem über Sprachkurse und ehrenamtliche Initiativen geknüpft. Dabei erweist sich die Kontaktfreudigkeit und Eigeninitiative der Geflüchteten als wichtiger Faktor: Das schnelle Erlernen der Sprache und eigenes ehrenamtliches Helfen verschaffen Kontakte zu anderen Geflüchteten und Einheimischen. Initiativen ehrenamtlicher Hilfe können somit als wichtiges Medium der Integration betrachtet werden. Neben den bekannten Barrieren einer Kontaktaufnahme – Sprache, Zeit- und Geldmangel, kulturelle Distanz (vgl. Aumüller/Bretl 2008) – hatten bei unseren Gesprächspartnern individuelle Zurückhaltung und das gefühlte Misstrauen der Aufnahmegesellschaft eine hemmende Wirkung. Die Großstadt bietet vielfältige Gelegenheiten für neue soziale Kontakte, die sich aber nicht selten als flüchtig erweisen. Im klein- und mittelstädtischen Kontext hingegen erlaubt die Überschaubarkeit eine größere Stabilität in den sich neu entwickelnden Netzwerken.

Kontakte zu Familienmitgliedern, Verwandten und Freund_innen, die sich bereits in Deutschland befanden, stellen für einige Neuzugewanderte eine wichtige Unterstützung gerade zu Beginn des Aufenthaltes dar (z.B. gemeinsame Wohnung mit Geschwistern). Zum Teil verhindern die Rahmenbedingungen der Wohnsitzauflage das Zusammenleben und die gegenseitige Unterstützung von Familienmitgliedern. Andere Geflüchtete hingegen suchen nicht die Nähe zu ihren in Deutschland lebenden Verwandten. Die Bedeutung des verwandtschaftlichen Netzwerkes ist individuell sehr verschieden. Der Nachzug von Eltern, Ehepartnern oder Kindern wurde hingegen von fast allen Gesprächspartnern als unabdingbare Voraussetzung für das Einleben gewünscht.

5.2 Weiterer Forschungsbedarf

Weitere Forschungen werden bei folgenden Aspekten als sinnvoll erachtet:

- Geflüchtete, die noch Freund_innen oder Familienangehörige im Herkunftsland haben, berichten von relativ regelmäßigen Kontakten über digitale Kommunikationsmittel. Hierbei zeigt sich, dass intensive Kontakte zu Verwandten und Freund_innen in den Herkunftsländern gerade zu Beginn des Aufenthaltes sowohl emotional stützen als auch eine emotionale Belastung darstellen können. In letzterem Fall können sie einer Integration im Weg stehen, weil alle Sorge und Aufmerksamkeit auf die Zurückgebliebenen gerichtet ist. Es wäre interessant, die Bedeutung dieser Kontakte im Zeitverlauf zu untersuchen.
- Generell sind Langzeitstudien zur Integration von Geflüchteten nötig, um besser feststellen zu können, welche Rahmenbedingungen das Einleben in der Ankunftsgesellschaft ermöglichen oder auch verhindern. Im Rahmen solcher Langzeitstudien könnte genauer untersucht werden, welche Lerneffekte bei den Individuen über „dos and don'ts“, über Schwierigkeiten und Lösungswege beim Umgang mit der deutschen Ankunftsgesellschaft auftreten und inwiefern diese Lehren an andere, erst kürzlich eingetroffene Geflüchtete und potenzielle Zuwanderer_innen im Herkunftsland weitergegeben werden.
- Längerfristig zu untersuchen wäre auch die Wirkung der Wohnsitzauflage. Hierbei wäre von besonderem Interesse, ob die Auflage neben ihrer entlastenden Funktion für angespannte Wohnungsmärkte auch, wie beabsichtigt, zu einer Verwurzelung der Geflüchteten in den zugewiesenen Gemeinden führt. Im Zuge unserer Untersuchung ist jedoch auch die Frage aufgekommen, inwiefern Geflüchtete durch die Wohnsitzauflage beispielsweise bei der Wahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in ihren Optionen und Potenzialen eingeschränkt werden. Andererseits ist auch zu fragen, in welchem Umfang der zugewiesene Wohnort über die Wahl von anderen Ausbildungs- und Arbeitsorten wieder verlassen wird und welche Kriterien für die Wahl des Zielortes entscheidend sind.
- Insbesondere die Arbeitsmarktintegration von älteren Geflüchteten, die bereits über berufliche Qualifikationen verfügen, erweist sich als schwierig. Die Anerkennung von Qualifikationen sowohl formell als auch durch Arbeitgeber bleibt damit weiterhin ein wichtiger Untersuchungsgegenstand. Insbesondere Best Practice Beispiele können hier Hinweise darauf geben, in welchen Berufsfeldern unter welchen Voraussetzungen eine Integration bereits qualifizierter Beschäftigter in den Arbeitsmarkt gelingt.
- In weiteren Studien könnte es von Interesse sein, die Unterschiede in der kommunalen Integrationspolitik umfassend und systematisch in verschiedenen Städte- und Gemeindetypen zu untersuchen. Es ist zu vermuten, dass es zwischen der Situation in ost- oder westdeutschen Städten, in prosperierenden oder schrumpfenden Städten Unterschiede gibt, die von den Geflüchteten wahrgenommen werden und trotz des Instruments der Wohnsitzauflage zu weiteren Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands führen werden.

Literatur

- Ager, Alastair/Strang, Alison (2008): Understanding Integration: A Conceptual Framework. In: Journal of Refugee Studies 21, Nr. 2, S. 166-191.
- Alam, Khorshed/Imran, Sophia (2015): The Digital Divide and Social Inclusion Among Refugee Migrants: A Case in Regional Australia. In: Information Technology & People 28, Nr. 2, S. 344-365.
- Allen, Ryan/Goetz, Edward G. (2010): Nativity, ethnicity, and residential relocation: The experience of hmong refugees and african americans displaced from public housing. In: Journal of Urban Affairs 32, Nr. 3, S. 321-344.
- Anthias, Floya (2007): Ethnic ties. Social capital and the question of mobilisability. In: The Sociological Review 55, Nr. 4, S. 788-805.
- Attenberger, Tim (2016): Wohnungsbau: Stadt Köln will Wettrennen um den höchsten Preis stoppen. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 18.10.2016, <https://www.ksta.de/koeln/wohnungsbau-stadt-koeln-will-wettrennen-um-den-hoechsten-preis-stoppen-24931388> (Zugriff: 07. Nov. 2017).
- Aumüller, Jutta (2018): Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer VS, S. 173-198.
- Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin (2008): Lokale Gesellschaften und Flüchtlinge: Förderung von sozialer Integration. Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung, https://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/Kommunale_Integration_von_Fluechtlingen.pdf (Zugriff: 24. Mai 2018).
- Aumüller; Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Robert Bosch Stiftung, http://wiki.fhpi.de/_media/bosch_studie_aufnahme_fluechtlinge_2015.pdf (Zugriff: 24. Mai 2018).
- Baier, Andreea/Siegert, Manuel (2018): Die Wohnsituation Geflüchteter. BAMF-Kurzanalyse Ausgabe 02/2018, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse1_1_iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-wohnsituation.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 11. Jul. 2018).
- Bauer, Isabella (2017): Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung, State-of-Research Papier 10, Verbundprojekt ‚Flucht: Forschung und Transfer‘, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2017/05/IB-SoR-10-BAUER_Konfliktmediation-1.pdf (Zugriff 08. Okt. 2018).
- Behnen, Ulrike (1995): In einem Fremdenland. Flüchtlinge und Deutsche erzählen, Münster: Unrast.

- Block, Karen/Gibbs, Lisa (2017): Promoting Social Inclusion through Sport for Refugee-Background Youth in Australia: Analysing Different Participation Models. In: *Social Inclusion* 5, Nr. 2, S. 91-100.
- Böhme, Christa (2015): Sozialraumorientierte Integration von Flüchtlingen. Lernen vom Programm Soziale Stadt? In: *Difu Berichte* 4/2015, S. 14.
- Bommers, Michael (2018): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 99-123.
- Borevi, Karin/Bengtsson, Bo (2015): The tension between choice and need in the housing of newcomers: A theoretical framework and an application on Scandinavian settlement policies. In: *Urban Studies* 52, Nr. 14, S. 2599-2615.
- Bourdieu, Pierre (1986): The Forms of Capital. In: Richardson, John G. (Hrsg.): *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*, New York, S. 241-258.
- Brücker, Herbert (2018): Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten beschleunigt sich. In: IAB Forum 07.09.2018, <https://www.iab-forum.de/arbeitsmarktintegration-von-gefluechteten-beschleunigt-sich/> (Zugriff: 11. Okt. 2018).
- Brücker, Herbert/Hauptmann, Andreas/Vallizadeh, Ehsan (2015): Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. In: *Aktuelle Bericht des IAB*, 14, http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1514.pdf (Zugriff: 10. Feb. 2016).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2016, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201612-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 08. Okt. 2018).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2018a): FAQ: Integrationskurse für Asylbewerber, <http://www.bamf.de/DE/Infothek/FragenAntworten/IntegrationskurseAsylbewerber/integrationskurse-asylbewerber-node.html> (Zugriff: 12. Sep. 2018).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2018b): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe: August 2018, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-august-2018.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 08. Okt. 2018).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2017): *Integration von Flüchtlingen in den regulären Wohnungsmarkt.* BBSR-Online-Publikation 21/2017, Bonn, <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2017/bbsr-online-21-2017-dl.pdf> (Zugriff: 04. Apr. 2018).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2018): *Anerkennung in Deutschland.* <https://www.anererkennung-in-deutschland.de> (Zugriff: 08. Okt. 2018).

- Christ, Simone/Meininghaus, Esther/Röing, Tim (2017): „All Day Waiting“. Konflikte in Unterkünften für Geflüchtete in NRW. *bicc\working paper 3*, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_WP_3_2017_web.pdf (Zugriff: 04. Apr. 2018).
- Czaika, Mathias/De Haas, Hein (2013): The Effectiveness of immigration policies. In: *Population and Development Review* 39, Nr. 3, S. 487-508.
- Dangschat, Jens/Alisch, Monika (2014). Soziale Mischung – die Lösung von Integrationsherausforderungen? In Gans, Paul (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, Hannover: ARL., S. 200–218.
- Darling, Jonathan (2016): Asylum in Austere Times: Instability, Privatization and Experimentation within the UK Asylum Dispersal System. In: *Journal of Refugee Studies* 29, Nr. 4, S. 483-505.
- Deutscher Bundestag (2017): *Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016*. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/131/1813120.pdf> (Zugriff: 08. Okt. 2018).
- Doomernik, Jeroen/Glorius, Birgit (2016): Refugee Migration and Local Demarcations: New Insight into European Localities. In: *Journal of Refugee Studies* 29, Nr. 4, S. 429-439.
- Einig, Klaus/Grabher, Gernot/Ibert, Oliver/Strubelt, Wendelin (2005): *Urban Governance. Einführung*. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 9/10, S. I-IX.
- El-Mafaalani, Aladin/Waleciak, Julian/Weitzel, Gerrit (2016): Flüchtlinge in den Kommunen – Herausforderungen und Perspektiven. In: *Stadt Land Bildung – Magazin für kommunales Bildungsmanagement* 2, S. 6-9.
- Erel, Umut (2010): Migrating Cultural Capital. Bourdieu in Migration Studies. In: *Sociology* 44, Nr. 4, S. 642-660.
- Esser, Hartmut (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie: Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*, Darmstadt (u.a.): Luchterhand.
- Esser, Hartmut (2001): *Integration und ethnische Schichtung*. Mannheim. = *Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung* 40.
- Esser, Hartmut (2003): Ist das Konzept der Assimilation überholt? In: *Geographische Revue* 5, Nr. 2, S. 5-22.
- Esser, Hartmut (2006): *Migration, Sprache und Integration*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI), AKI-Forschungsbilanz 4, Berlin.
- Esser, Hartmut (2009): Pluralisierung oder Assimilation? Effekte der multiplen Inklusion auf die Integration von Migranten. In: *Zeitschrift für Soziologie* 38, Nr. 2, S. 358-378.
- Etzold, Benjamin (2018): Arbeit trotz Asyl? Erlebte Chancen und Hürden von Geflüchteten beim Zugang zu Arbeit. In: Becker, Manuel/Kronenberg, Volker/Pompe, Hedwig (Hrsg.): *Fluchtpunkt Integration*, Wiesbaden: Springer VS, S. 319-353.

- Fenicia, Tatjana/Gamper, Markus/Schönhuth, Michael (2010): Integration, Sozialkapital und soziale Netzwerke. Egozentrierte Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern. In: Gamper, Markus/Reschke, Linda (Hrsg.): Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung, Bielefeld: transcript, S. 305-333.
- Filsinger, Dieter (2018): Entwicklung, Konzepte und Strategien der kommunalen Integrationspolitik. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer VS, S. 315-343.
- Flatau, Paul/Smith, Jessica/Carson, Georgina/Miller, Jake/Burvill, Angela/Brand, Rachael (2015): The housing and homelessness journeys of refugees in Australia, AHURI Final Report No. 256. Melbourne: Australian Housing and Urban Research Institute Limited, https://www.ahuri.edu.au/__data/assets/pdf_file/0026/5759/AHURI_Final_Report_No256_The-housing-and-homelessness-journeys-of-refugees-in-Australia.pdf (Zugriff: 11. Okt. 2018).
- Föbker, Stefanie/Imani, Daniela (2017): The Role of Language Skills in the Settling-in Process. Experiences of Highly-Skilled Migrants' accompanying Partners in Germany and the UK. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 43, Nr. 16, S. 2720-2737.
- Foroutan, Naika/Hamann, Ulrike/El-Kayed, Nihad/Jorek, Susanna (2017): Berlin und Dresden. Welchen Zugang haben Geflüchtete zum Wohnungsmarkt? https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Fluechtlinge_Wohnungsmarkt.pdf (Zugriff: 04. Apr. 2018).
- Fozdar, Farida/Hardley, Lisa (2014): Housing and the Creation of Home for Refugees in Western Australia. In: Housing, Theory and Society 31, Nr. 2, S. 148-173.
- Francis, Jenny/Hiebert, Daniel (2014): Shaky foundations: Refugees in Vancouver's housing market. In: The Canadian Geographer 58, Nr. 1, S. 63-78.
- Gericke, Dina/Burmeister, Anne/Löwe, Jil/Deller, Jürgen/Pundt, Leena (2018): How do refugees use their social capital for successful labor market integration? An exploratory analysis in Germany. In: Journal of Vocational Behavior 105, S. 46-61.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer VS.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland/Aumüller, Jutta (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland, Berlin: BBSR/DESI.
- Glick Schiller, Nina/Çağlar, Ayse (Hrsg.) (2011): Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants, Ithaca.
- Goethe-Institut (2016): Rahmencurriculum für Integrationskurse. Deutsch als Zweitsprache, https://www.goethe.de/resources/files/pdf132/rahmencurriculum-integrationskurs_201712.pdf (Zugriff 08. Okt. 2018).
- Haug, Sonja (2006): Interethnische Freundschaften, interethnische Partnerschaften und soziale Integration. Diskurs. In: Kindheits- und Jugendforschung 1, S. 75-91.
- Haug, Sonja/Pointner, Sonja (2007): Sozialkapital und Migration. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47, S. 367-396.

- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft 4, Nr. 1, S. 68-79.
- Hebbani, Aparna/Colic-Peisker, Val/MacKinnon, Mairead (2017): Know thy Neighbour: Residential Integration and Social Bridging among Refugee Settlers in Greater Brisbane. In: Journal of Refugee Studies 31, Nr. 1, S. 82-103.
- Held, Tobias/Waltersbacher, Matthias (2015): Wohnungsmarktprognose 2030. In: BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2015, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2015/DL_07_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (Zugriff 08. Okt. 2018).
- Hendorf, Matthias (2017): Konzeptvergabe und Baulandmodell: Sozialer Wohnungsbau in Köln soll angeschoben werden. In: Kölnische Rundschau, 20.11.2017, <https://www.rundschau-online.de/region/koeln/konzeptvergabe-und-baulandmodell-sozialer-wohnungsbau-in-koeln-soll-angeschoben-werden-28875094> (Zugriff: 26. Apr. 2018).
- Hetfleisch, Gerhard (2013): Migrationsforschung als Apologie herrschender Verhältnisse am Beispiel Hartmut Essers. In: Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romaner, Elisabeth (Hrsg.): Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive. Wiesbaden, S. 213-229.
- Hinger, Sophie/Schäfer, Philipp (2017): Wohnst Du schon – oder wirst Du noch untergebracht? Eine Bestandsaufnahme der Wohnsituation Asylsuchender in Deutschland. Fokus Migration. Kurzdossier Perspektiven auf die Integration von Geflüchteten in Deutschland, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/243947/wohnst-du-schon-oder-wirst-du-noch-untergebracht> (Zugriff: 24. Mai 2018).
- Jurt, Luzia/Roulin, Christophe (2018): Familiäre Trennung und Familiennachzug – Herausforderungen für Flüchtlingsfamilien. In: Migration und Soziale Arbeit 04/2014, S. 343-349.
- Kingsbury, Diana M./Bhatta, Madhav P./Castellani, Brian/Khanal, Aruna/Jefferys, Eric/Hallam, Jeffery S. (2018): The Personal Social Networks of Resettled Bhutanese Refugees During Pregnancy in the United States: A Social Network Analysis. In: Journal of Community Health. DOI: 10.1007/s10900-018-0518-9 [Epub ahead of print].
- Koch, Ute (2018): Integrationstheorien und ihr Einfluss auf Integrationspolitik, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/269373/integrationstheorien?p=a> II (Zugriff: 10. Sep. 2018).
- Koschnitzke, Lukas (2017): 860.000 Menschen in Deutschland haben keine Wohnung, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-11/wohnungslosigkeit-obdachlose-fluechtlinge-armut> (Zugriff: 08. Okt. 2018).
- Kreis Heinsberg (2014): Integrationskonzept für den Kreis Heinsberg, http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/sites/default/files/public/system/steckbriefe/integrationskonzept_ki_kreis_heinsberg_dezember_2014_0.pdf (Zugriff: 07. Nov. 2017).
- Kreissparkasse Köln KSK – Immobilien (2018): Marktbericht Immobilien 2018, <https://www.ksk-koeln.de/immobilien/presse/marktbericht-2018.pdf?forced=true> (Zugriff: 30. Jul. 2018).

- Kühne, Peter/Rüssler, Harald (2000): Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland, Frankfurt/Main: Campus.
- Kutscher, Nadia/Kreß, Lisa-Marie (2018): The Ambivalent Potentials of Social Media Use by Unaccompanied Minor Refugees. In: Social Media + Society 4, Nr. 1, S. 1-10.
- Landesdatenbank NRW (2016): Bevölkerungsstand Basis Zensus 2011 nach Nationalität und Geschlecht - Gemeinden - Stichtag 31.12.2016. <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online/data;jsessionid=42A6D5978B3E5D4CE216C3B4C1632BB7.ldb2?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1539340613083&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=1241000iz&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf> (Zugriff: 12. Okt. 2018).
- Lawaetz-Stiftung (2014): Auswertung Qualifikationserhebung. 2. Befragung zur Qualifikation der Teilnehmenden der Projekte des ESF-Bundesprogramms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt II. Zwischenauswertung im Rahmen der Programmevaluation. http://www.xenos-de.de/xenos/SharedDocs/Publikationen/Bleiberecht/2014_09_08_qualifikationserhebung.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff: 10. Feb. 2016).
- Mabeya, Danvas Ogeto (2015): Capital Matters: "Found" Social Capital of the Sudanese Refugee Lost Boys Living in Kansas City Area. In: SAGE Open. DOI: 10.1177/2158244015621955.
- Massumi, Mona/von Dewitz, Nora/Grießbach, Johanna/Terhart, Henrike/Wagner, Katarina/Hippmann, Kathrin/Altinay, Lale (2015): Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem: Bestandsaufnahme und Empfehlungen. https://www.mercatorinstitut-sprachfoerderung.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Publikationen/MI_ZfL_Studie_Zugewanderte_im_deutschen_Schulsystem_final_screen.pdf (Zugriff: 16. Mai 2018).
- Murdie, Robert A. (2008): Pathways to Housing: The Experiences of Sponsored Refugees and Refugee Claimants in Accessing Permanent Housing in Toronto. In: International Migration and Integration 9, S. 81-101.
- Noack, Michael/Raspel, Julia/Weingarten, Jörg/Wohlert, Jale (2018): Unterbringung geflüchteter Menschen in Essen. In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie 42, Nr. 1, S. 35-41.
- OECD (2016): Erfolgreiche Integration. Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige, http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/social-issues-migration-health/erfolgreiche-integration_9789264251632-de#page1 (Zugriff: 10. Feb. 2016).
- Ottersbach, Markus/Wiedemann, Petra (2017): Die Unterbringung von Flüchtlingen in nordrhein-westfälischen Kommunen. Aspekte eines integrierten Gesamtkonzepts zur nachhaltigen Integration von Flüchtlingen am Beispiel von Köln, Düsseldorf: FGW.
- Pätzold, Ricarda (2017): Sozialer Wohnungsbau – Vom Hoffnungskonzept zum „Ghetto“ und zurück. In: Planerin 1, S. 8-10.

- Palmgren, Pei (2017): Survival and integration: Kachin social networks and refugee management regimes in Kuala Lumpur and Los Angeles. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 43, Nr. 13, S. 2247-2264.
- Pott, Andreas (2002): Ethnizität und Raum im Aufstiegsprozess. Eine Untersuchung zum Bildungsaufstieg in der zweiten türkischen Migrantengeneration, Opladen: Leske und Budrich.
- Pries, Ludger (2003): Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum- und Sozialwissenschaften. In: *Geographische Revue* 5, S. 23-39.
- Putnam, Robert D. (2000). *Bowling Alone: the Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon and Schuster.
- Rudzio, Wolfgang (2011): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS.
- Ryan, Louise (2011): Migrants' Social Networks and Weak Ties: Accessing Resources and Constructing Relationships Post-Migration. In: *The Sociological Review* 59, Nr. 4, S. 707-724.
- Ryan, Louise/Sales, Rosemary/Tilki, Mary/Siara, Bernadetta (2008): Social Networks, Social Support and Social Capital: The Experiences of Recent Polish Migrants in London. In: *Sociology* 42, Nr. 4, S. 672-690.
- Schammann, Hannes/ Kühn, Boris (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf> (Zugriff: 08. Okt. 2018).
- Söhn, Janina/Birke, Peter/Bluhm, Felix/Marquardsen, Kai/Prekodravac, Milena/Vogel, Berthold/Prahms, Alicia (2017): Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen. Göttingen: Forschungsbericht Bundesministerium für Arbeit und Soziales FB484.
- Speth, Rudolf/Becker, Elke (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. In: *Opusculum* 92, https://web.maecenata.eu/images/resources/2016_op92.pdf (Zugriff: 16. Mai 2018).
- Stadt Köln (2004): Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln. Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20.07.2004, Köln.
- Stadt Köln (2011): Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft, <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/integration/konzept-zur-staerkung-der-integrativen-stadtgesellschaft> (Zugriff: 26. Apr. 2018).
- Stadt Köln (2016a). Rat beschließt Mindeststands zur Unterbringung Geflüchteter, <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/rat-beschliesst-mindeststandards-zur-unterbringung-gefluechteter> (Zugriff: 26. Apr. 2018).
- Stadt Köln (2016b): Das beste Konzept soll gewinnen, <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/das-beste-konzept-soll-gewinnen> (Zugriff: 26. Apr. 2018).
- Stadt Köln (2017a): Einwohnerentwicklung 2016 – Weiterhin Wachstum in Köln, https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-einwohner-und-haushalte/einwohnerentwicklung_2016_weiterhin_wachstum_in_k%C3%B6ln_ew_pk_2017_2.pdf (Zugriff: 05. Apr. 2018).

- Stadt Köln (2017b): Mindeststandards für die Unterbringung Geflüchteter, <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/rat-beschliesst-mindeststandards-fuer-die-unterbringung-gefluechteter> (Zugriff: 11. Okt. 2018).
- Stadt Köln (2017c): Flüchtlinge in Köln, <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/koeln-hilft-fluechtlingen/fluechtlinge-koeln> (Zugriff: 11. Okt. 2018).
- Stadt Köln (2018): Kölner Stadtteilinformationen. Einwohnerzahlen 2017, https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-standardinformationen/k%C3%B6lner_stadtteilinformationen_einwohner_2017.pdf (Zugriff: 17. Jul. 2018).
- Stevens, Matthew R. (2016): The Collapse of Social Networks Among Syrian Refugees in Urban Jordan. In: *Contemporary Levant* 1, Nr. 1, S. 51-63.
- Stoldt, Till-Reimer (27.09.2017): Wenn die Asylbewerber ins Villenviertel ziehen. In: *Die Welt*, <https://www.welt.de/regionales/nrw/article132660320/Wenn-die-Asylbewerber-ins-Villenviertel-ziehen.html> (Zugriff: 26. Apr. 2018).
- Taha Basch, Hevin/Panzer-Krause, Sabine (2016): Auf der Flucht! Die Bedeutung persönlicher Netzwerke für den Wanderungsprozess syrischer Flüchtlinge nach Deutschland. In: *Hildesheimer Geographische Studien*, Bd. 6, S. 1-25.
- UN (2009): The Right to Adequate Housing. Fact Sheet No. 21, http://www.ohchr.org/Documents/Publications/FS21_rev_1_Housing_en.pdf (Zugriff: 11. Okt. 2018).
- Uzelac, Ana/Meesterm, Jos/Goransson, Markus/van den Berg, Willem (2018): The Importance of Social Capital in Protracted Displacement. In: *Forced Migration Review* 57, Nr. 2, S. 28-30.
- Vogel, Dita/Rinke, Berit (2008): Sprache als der Schlüssel zur Integration? Theoretische Überlegungen und qualitativ-empirische Befunde zu Sprachfunktion im Integrationsprozess. In: Hillmann, Felicitas/Windzio, Michael (Hrsg.): *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration*, Opladen, S. 261-277.
- Wägerle, Jennifer (2012): *Asyl und Kirche. Exegese, Analysen und Experteninterviews zu Verantwortung und Möglichkeiten der Kirche in der Flüchtlingsarbeit*, Saarbrücken.

Anhang

Anhang 1: Leitfaden für Interviews mit Geflüchteten

Leitfaden - Fluchtmigranten - Integrationsprozesse asylberechtigter Flüchtlinge

A. Einleitung

Vorstellung des Projekts

Können Sie uns bitte etwas über ihre Person und ihrer Zeit, bevor Sie nach Deutschland gekommen sind, erzählen? (Geburtsort, Ausbildung, Familiensituation, seit wann in D.?)

B. Ankommen und Einleben

Wie erleben / haben Sie die erste Zeit in Deutschland bzw. in Köln / Heinsberg erlebt?

- Wie haben Sie sich Ihr Leben in Köln / Heinsberg vorgestellt?
- Was waren überraschende / positive / negative Erlebnisse in der ersten Zeit und aktuell?
- Was haben Sie selber unternommen, um sich zurechtzufinden? Wie wurde Ihnen geholfen?

C. Alltag

Damit wir eine Vorstellung davon bekommen, wie Ihr Leben (& das Ihrer Familie) in dieser Stadt verläuft, würde ich Sie bitten, uns den **Ablauf eines normalen Tages zu beschreiben**.

- Was machen Sie, wenn Sie keine Termine haben (Freizeit)? Mit wem? Was machen sie freitags und sonntags?
- Welche Probleme gibt es in Ihrem Alltag?
- Welche Orte spielen in Ihrem Alltag eine besondere Rolle?
- Welche **Sprachen** sprechen sie im Alltag? Wie lernen Sie Deutsch? Welche Erfahrungen machen Sie beim Lernen? Wo gibt es Kommunikationsprobleme? Wie lösen Sie sie?
- Wo **wohnen** Sie? Suchen Sie aktuell nach einer Wohnung? Wie suchen Sie und welche Erfahrungen machen Sie dabei? Unterstützung? Was ist Ihnen wichtig bzgl. des Wohnens?
- **Arbeiten** Sie in Deutschland? Was? Falls Arbeit: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Arbeit? Suchen Sie aktuell? Wonach? Was haben Sie im Heimatland beruflich gemacht? Erhalten Sie Unterstützung bei der Suche? Welche Erfahrungen machen Sie bei der Suche?

D. Netzwerke

Wir würden gern erfahren, welche Personen in Ihrem Alltag sehr wichtig sind.

- Mit wem besprechen Sie wichtige Angelegenheiten?
- Zu wem gehen Sie, wenn Sie Hilfe brauchen / wem helfen Sie in Notfällen weiter?
- Welche Rolle spielen im Alltag Personen im Herkunftsland oder an anderen Orten? (Skype, WhatsApp, FB: wie viel, mit wem?)
- Wo und wie lernen Sie neue Leute kennen? Schwierigkeiten / Hindernisse? Sind unter den neuen Bekannten auch Kölner / Heinsberger?
- Welche Erlebnisse / Erfahrungen hatten / haben Sie mit den Menschen hier?

E. Resümee

- Was läuft in Ihrem Alltag in Köln / Heinsberg gut, was läuft schlecht? Was könnte besser laufen?
- Unter welchen Bedingungen würden Sie sich in Deutschland zuhause fühlen? (Integration)
- Was sind ihre Pläne für die nächsten fünf bis zehn Jahre? (Deutschland, Rückkehr in die Heimat oder Drittland?)

Vielen Dank

Anhang 2: Leitfaden für die Interviews mit lokalen Akteur_innen

Expertenleitfaden

A. Einleitung

Vorstellung des Projekts (Hinweis auf unsere Untersuchungsgruppe)

Bitte um kurze Vorstellung der Person und ihrer Funktion

B. Erfahrungen aus der eigenen Arbeit

Was tun Sie / Ihre Organisation für die Flüchtlinge? Mit welchen Flüchtlingsgruppen haben Sie zu tun?

Könnten Sie uns schildern, welche Erfahrungen Sie mit dem Einleben von Flüchtlingen in Köln / Heinsberg machen? Wir beschäftigen uns mit der Situation von asylberechtigten Flüchtlingen / Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive in Köln / Heinsberg. Können Sie uns noch etwas zu Ihren Erfahrungen mit dieser speziellen Gruppe sagen?

Welche besonderen Erfolge / Misserfolge haben Sie in der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen erlebt? Können Sie Beispiele nennen? Gibt es Gruppen, die Sie nicht erreichen?

Was sind Ihrer Erfahrung nach die wichtigsten Probleme, Bedürfnisse und Wünsche der Flüchtlinge? Hier die speziellen Felder (AX, WX, SX, NX) abfragen, je nach dem welches Feld als Antwort auf die narrative Frage vom IP benannt wird

Welche Rolle spielt Sprache in Ihrer Arbeit mit Flüchtlingen?

- In welcher Sprache findet Ihre Arbeit mit Flüchtlingen statt? Welche Muttersprachen der Flüchtlinge werden gesprochen?
- Welche Kommunikationsprobleme/Sprachbarrieren treten zwischen Fluchtmigranten und Angestellten auf?
- Wie wird mit diesen Schwierigkeiten umgegangen? (Dolmetscher, Fortbildungen)

C. Fragen zur Integration

Wie würden Sie die Einstellung gegenüber Flüchtlingen in Köln / Kreis Heinsberg Ihrer Erfahrung nach beschreiben und wie hat sich die Einstellung entwickelt? (Bürgerschaft / Politik)

Wann würden Sie einen Flüchtling, mit dem Sie zusammenarbeiten, als in Deutschland integriert bezeichnen?

Was verstehen Sie unter Integration? Wie und wann kann aus Ihrer Sicht Integration erfolgreich sein?

D. Erweiterung auf gesamtstädtische Ebene

Was sollten/könnten die Verwaltung/ Bevölkerung/ Flüchtlinge besser machen im Hinblick auf die Integration?

Welche (Hilfs-)angebote für Flüchtlinge, außer denen von Ihnen angebotenen, finden Sie in Köln / Kreis Heinsberg besonders bemerkenswert? **Frage nach weiteren Gesprächspartnern**

Vielen Dank

Individuell anpassbare Zusatzfragen aus den vier Integrationsfeldern

Je nach Interviewpartner folgende Fragen in den Leitfaden aufnehmen:

(SX) Bildung und Sprache: Welche Rolle spielt Sprache in Ihrer Zusammenarbeit mit Flüchtlingen?

- Welche (Sprach)angebote bietet Ihre Organisation wo und in welchem Rahmen an? Welche weiteren wichtigen Anbieter gibt es, wie ist das Unterstützungsangebot strukturiert?
- Wer nutzt diese Angebote?
- Gibt es bestimmte Angebote, die bevorzugt werden?
- Gibt es Gruppen, die nicht erreicht werden? (Unterschiede Herkunft / Status / Geschlecht)
- Welche Barrieren bezüglich des Erlernens der Sprache gibt es seitens der Fluchtmigranten?
- Welche Barrieren gibt es seitens der Anbieter?

(WX) Wohnen: Wie finden Flüchtlinge in Köln / Heinsberg eine Wohnung?

- Wann erfolgt in der Praxis der Umzug aus einer städtischen Unterkunft in den freien Wohnungsmarkt? Gibt es Fristen, wann Flüchtlinge spätestens von einer städtischen Unterkunft in den freien Wohnungsmarkt wechseln müssen?
- Welche Wohnstandorte werden von den Fluchtmigranten bevorzugt, welche Wohnform benötigen/wünschen sie? Welche Wohnstandorte / Wohnformen können sie tatsächlich realisieren? (Woher kommen die Informationen?)
- Welche konkreten Barrieren treten bei der Wohnungssuche auf? (Unterschiede im Hinblick auf Herkunft / Status / Geschlecht)? Welche Barrieren gibt es seitens der Anbieter?
- Wie werden die Flüchtlinge unterstützt, die keine eigene Wohnung finden können?
- Ist die Konzentration von Flüchtlingen im Stadtgebiet in Ihrer Arbeit ein wichtiges Thema, wie wird damit umgegangen?
- Wie wird in Köln/Heinsberg die Wohnsitzregelung aus dem Integrationsgesetz gehandhabt?

(AX) Arbeit: Wie finden Flüchtlinge in Köln / Heinsberg eine Arbeit?

- Welche Wünsche und Vorstellungen haben Flüchtlinge in Bezug auf Arbeit?
- Was sind Voraussetzungen, um einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden?
- Welche Wege sind nach Ihrer Erfahrung erfolgreich? Erfolgsgeschichten?
- Welche Schwierigkeiten treten bei der Suche nach Arbeit auf? (Auslegung arbeitsrechtlicher Regeln, Vorrangprüfung; Anerkennung von Qualifikationen; Unterschiede im Hinblick auf Herkunft / Status / Geschlecht etc.?)
- Welche Schwierigkeiten treten im Arbeitsalltag auf?
- Wie werden die Flüchtlinge unterstützt, die selber keine Arbeit finden können?
- Welche Arbeitspositionen können sie tatsächlich realisieren?

(SX) Soziale Netzwerke: Welche Bedeutung haben soziale Netzwerke für das Einleben?

- Wo und wie kommt man zusammen? (Bedeutung von Nachbarschaften)
- Welche Rolle spielen organisierte Begegnungsangebote, damit Flüchtlinge und Kölner/Heinsberger sich kennen lernen können? Inwiefern werden Patenschaften vermittelt? Wer nutzt diese Angebote?
- Gibt es Beispiele, wo vor Ort das Zusammenleben von Flüchtlingen und Kölnern/Heinsbergern besonders gut funktioniert/nicht so gut funktioniert?
- Welche Wünsche haben Flüchtlinge im Hinblick auf Kontakte?
- Welche Probleme bestehen bei Aufbau und Pflege sozialer Kontakte auf Seiten der Flüchtlinge / der Aufnahmegesellschaft?
- Wie stark wird der Alltag durch Kontakte im Herkunftsland oder an anderen Orten geprägt?

Über die Autor_innen



Prof. Dr. Carmella Pfaffenbach

Professorin für Kulturgeographie an der RWTH Aachen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Stadt- und Migrationsforschung aus einer sozialgeographischen Perspektive. In ihren aktuellen Forschungsprojekten untersucht sie internationale Migration nach Deutschland und in die Golf Staaten.



Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt

Professor für Stadt- und Regionalforschung an der Universität Bonn. In seinen aktuellen Forschungsprojekten setzt er sich insbesondere mit der Bedeutung von Digitalisierungsprozessen auf verschiedene räumliche Kontexte sowie die Internationalisierung städtischer Gesellschaft auseinander.



Dr. Günther Weiss

Privatdozent am Institut für Geographiedidaktik der Universität zu Köln. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der geographischen Energieforschung, der Internationalisierung städtischer Gesellschaften und der Geographiedidaktik.



Dr. Stefanie Föbker

Postdoc am Geographischen Institut der Universität Bonn. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich aktuell mit dem Einleben internationaler Migrant_innen in der Ankunftsgesellschaft. Im Mittelpunkt stehen dabei unterschiedliche Gruppen: Hochqualifizierte, Familienmigrant_innen sowie Geflüchtete.



Francesca Adam (M.Sc.)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Lehr- und Forschungsgebiet Kulturgeographie der RWTH Aachen. Zwischen August 2016 und August 2018 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt "Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden".



Daniela Imani (M.A.)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Geographischen Institut der Universität Bonn. Zwischen Oktober 2016 und August 2018 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt "Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden".

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Integrierende Stadtentwicklung“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs Integrierende Stadtentwicklung des FGW ist es, eine integrative Stadtpolitik auf der Grundlage eines sozial-räumlichen Lastenausgleichs in den genannten Themenfeldern zu unterstützen. Dabei ist das bereits vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen im Sinne einer integrativen Stadtpolitik zusammen zu führen, sind jeweils lokal dominante Spannungsfelder und Konflikte zu benennen und Möglichkeiten der Entwicklung aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in einen übergeordneten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein. Durch Forschungssynthesen, die Förderung kleinerer und größerer Projekte sowie die Förderung eines ressort- und fachübergreifenden Dialogs der an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligten Akteure will der Arbeitsbereich Stadtentwicklung dazu beitragen, eine gesicherte Wissensgrundlage z.B. für ein Monitoring integrativer Stadtentwicklungspolitik und damit einen gemeinsamen Bezugsrahmen einer integrativen Stadtentwicklungspolitik zu schaffen.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:

www.fgw-nrw.de/stadtentwicklung
